

Udo Benzenhöfer

**Das kleine 68:
Proteste von Medizinstudenten
in Frankfurt am Main um 1968**

Mit einem Beitrag des ehemaligen Frankfurter
AStA-Vorsitzenden Hans-Jürgen Birkholz

**Klemm + Oelschläger
Münster/Ulm 2011**

Bibliografische Information der Deutschen Nationalbibliothek.
Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation
in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische
Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

1. Auflage, 2011

Copyright bei den Autoren und beim Verlag Klemm + Oelschläger
Alle Rechte vorbehalten!

Umschlaggestaltung und Satz: Ralph Gabriel, Wien
Druck und Bindung: CPI buchbücher.de, Birkach

ISBN 978-3-86281-017-8

Inhalt

Dank	7
1. Einleitung	9
2. Vorgeschichte und Hintergrund der Studentenproteste um 1968	12
3. Die „politisch aktiven“ Medizinstudenten in Frankfurt vor Mitte 1968	
3.1. Die Zeit von ca. 1964 bis Ende Sommersemester 1967: Höfliche Studenten	24
3.2. Das Wintersemester 1967/68: Man nimmt die Unruhe auf der „anderen“ Mainseite wahr	29
4. Das „kleine 68“ der Medizinstudenten in Frankfurt	
4.1. Das Sommersemester 1968: Die Proteste beginnen, es wird gestreikt (15.5.1968)	40
4.2. Das Wintersemester 1968/69: Vollversammlungen und Streikdrohungen	46
4.3. Das Sommersemester 1969: Die Proteste erreichen ihren Höhepunkt, eine Fakultätssitzung wird gesprengt (8.5.1969)	54
4.4. Exkurs: Die Basisgruppe Medizin	67
5. Wann endete das „kleine 68“? Die politisch aktiven Medizinstudenten in Frankfurt im Wintersemester 1969/70 und im Sommersemester 1970	77

6. Schlusszusammenfassung	87
7. Anhang: Überblick über die mir vorliegenden Ausgaben der Zeitschrift Sectio	91
8. Quellen	92

Hans-Jürgen Birkholz: 1968 und die Medizin in Frankfurt aus der Sicht des damaligen AStA-Vorsitzenden	95
--	-----------

Dank

Mein herzlicher Dank für Hilfen und Hinweise gilt Frau Monika Birkenfeld, M.A., Herrn Hans-Jürgen Birkholz, Frau Michaela Edelmann, Frau Christa Eid, Herrn PD Dr. Ralf Forsbach, Herrn Dr. med. Ernst Girth und Herrn Dr. med. Kristian Hahn. Dr. Hahn habe ich besonders zu danken; ohne seinen freundlicherweise zur Verfügung gestellten Ordner mit Material aus der Zeit um 1968 hätte die vorliegende Arbeit in dieser Form nicht geschrieben werden können. Ich danke auch den zahlreichen weiteren ehemaligen Frankfurter Medizinstudenten, die bereit waren, mir in Telefongesprächen ihre Erinnerung an die Zeit um 1968 mitzuteilen. Ich habe mich in der vorliegenden Untersuchung allerdings bis auf wenige Ausnahmen auf schriftliche Quellen bezogen.

1. Einleitung

Es gibt diverse Bezeichnungen für das, was sich an Universitäten und auf Straßen in der Bundesrepublik Deutschland und Westberlin in den Jahren um 1968 abspielte.¹ Oft werden dafür die Begriffe Studentenbewegung, Studentenrevolte oder Studentenrebellion appliziert.² Diese Begriffe wurden zweifellos mit Bezug auf das geprägt, was man das „große 68“ nennen könnte: Das 1968 der Soziologie- und Philosophiestudenten, das 1968 von Dutschke, Krahl und Cohn-Bendit, das 1968 der Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg, gegen die Notstandsgesetze und die Springer-Presse. Nach meiner These gab es „unterhalb“ des „großen 68“ viele „kleine 68“: Das 1968 z. B. der Medizinstudenten, das 1968 der „Namenlosen“ (denen man mit einiger Anstrengung durchaus Namen geben kann), das 1968 der Proteste vor allem gegen „Binnenthemen“ (wie z. B. die Reform des jeweiligen Studienfaches).

Für diese „kleinen 68“ erscheint es ange raten, als Orientierungsbegriff nicht Studentenbewegung, -revolte oder -rebellion,³ sondern

- 1 Zum Feld insgesamt vgl. die materialreiche Darstellung von Bauß 2. Auflage 1983 (1. Auflage 1977) sowie die Arbeiten von Gilcher-Holtey 2008, Frei 2008, Kraushaar 2008 und Aly 2008.
- 2 Vgl. dazu z. B. Kraushaar S. 50f.: „Mal war es eine Revolte, mal eine Rebellion, dann wieder ein Aufstand oder gar eine gescheiterte Revolution. [...]. Es wurde als eine Studenten-, eine Jugend- bzw. eine außerparlamentarische Bewegung bezeichnet [...]“.
- 3 Studentenbewegung ist als Bezeichnung für „1968“ möglich, wenn man davon ausgeht, dass zahlreiche Studenten „politisiert“ waren und an Demonstrationen und anderen Aktionen teilnahmen. Problematisch an der Bezeichnung ist aber, dass sie eine einheitliche Bewegung suggeriert. Die Begriffe Studentenrevolte bzw. -rebellion können m.E. selektiv für bestimmte Universitäten und bestimmte Fakultäten angewandt werden.

Studentenproteste zu wählen. In der vorliegenden Studie werden also die Studentenproteste im Bereich der Medizin in Frankfurt am Main um 1968 im Detail analysiert (Literatur zu diesem Thema wurde nach meinem Wissen bis dato nicht vorgelegt).⁴

Als Quellen dienen vor allem vier „Corpora“ (die unter 1, 2 und 3 aufgelisteten Sammlungen werden abgekürzt mit der ehemaligen Ordnernummer, die vierte Sammlung wird mit Ordner Hahn zitiert):

1. Die Protokolle bzw. Protokollentwürfe der Sitzungen der Medizinischen Fakultät Frankfurt von Ende 1967 bis Mitte 1970 (Ordner o.391 zu den Sitzungen vom 2.11.1967 bis zum 15.7.1969, Ordner o.481 zu den Sitzungen vom 16.10.1969 bis zum 4.6.1970).
2. Eine Sammlung mit diversen Unterlagen zum Thema Medizinstudenten („Studenten, Allgemeines“) aus der Zeit von ca. 1963 bis 1970, die im Dekanat der Medizinischen Fakultät Frankfurt angelegt wurde (Ordner o.939).
3. Eine Sammlung mit diversen Unterlagen zum Thema Medizinstudenten („Studentenschaft“) aus der Zeit von ca. 1966 bis 1972, die ebenfalls im Dekanat der Medizinischen Fakultät Frankfurt angelegt wurde (Ordner o.384).
4. Ein Ordner aus dem Besitz eines ehemaligen Mitglieds der Fachschaft Medizin und der Basisgruppe Medizin mit Flugblättern, Zeitschriften und anderen Dokumenten aus der Zeit um 1968 (Ordner Hahn).

Mit Bezug auf alle Universitäten in der BRD bzw. in Westberlin um 1968 erscheinen die Begriffe überzogen; an den meisten Universitäten lief der Betrieb trotz der Proteste weiter.

- 4 Zum Thema „Die 68er und die Medizin“ vgl. demnächst die Überblicksarbeit von Forsbach, die 2011 erscheinen wird. Hier wird nach freundlicher Auskunft des Autors auf Frankfurt nur am Rande eingegangen.

Durch die Benutzung dieser „Corpora“ wird sichergestellt, dass sowohl die Perspektive der Studenten als auch die der Professoren erkennbar wird.

Bevor auf die Proteste der Medizinstudenten um 1968 in Frankfurt einzugehen ist, sei in der gebotenen Kürze die Vorgeschichte bzw. der Hintergrund der „großen“ Studentenproteste um 1968 skizziert.

2. Vorgeschichte und Hintergrund der Studentenproteste um 1968

Im Folgenden liegt der Fokus auf der BRD und Westberlin, wohl wissend, dass der Ursprung der Studentenproteste der 60er Jahre in den USA zu finden ist.⁵ In den USA waren in theoretischer Hinsicht vor allem die Students for a Democratic Society relevant, die im Port Huron Statement 1962 ihr Unbehagen an der Gesellschaft formuliert hatten. Sie riefen zum Widerstand gegen den drohenden Atomkrieg, den militärisch-industriellen Komplex und die Rassendiskriminierung auf, sie setzten sich für die Bekämpfung der Armut in den Überfluggesellschaften und in der Dritten Welt ein (Gilcher-Holtey S. 18). Ziel dieser Studenten war zusammen mit der Free Speech-Bewegung und mit Gruppen der Neuen Linken die Schaffung einer „participatory democracy“ (Gilcher-Holtey S. 20). Eine wichtige Symbolhandlung in diesem Zusammenhang war die Errichtung der ersten Free University in Berkeley 1965. Wichtig als Vorbild für die Studenten in der BRD und in Westberlin war natürlich auch der Protest amerikanischer Studenten gegen den Vietnamkrieg (Frei S. 48-57).

In der BRD und in Westberlin waren es vor dem 2. Juni 1967 (Erschießung Benno Ohnesorgs, siehe dazu unten) vor allem drei Komplexe, an denen sich studentische Proteste „entzündeten“: 1. Notstandsgesetzgebung, 2. Vietnamkrieg und 3. Bildungs- und Hochschulreform.⁶

⁵ Vgl. dazu vor allem Gilcher-Holtey S. 17-20 und Frei S. 31-75.

⁶ Ich beziehe mich im Folgenden vor allem auf die materialreiche Darstellung von Bauß, auch wenn ich nicht alle der von ihm vorgebrachten Interpretationen teile.

Ad 1: Notstandsgesetze

Die ersten Pläne zur Schaffung von Notstandsgesetzen waren von der Bundesregierung 1958 publik gemacht worden (Bauß S.112). Die Notstandsgesetze sollten unter bestimmten Bedingungen („Gefahr im Verzug“) Streiks de facto illegal machen, sie sollten Not- bzw. Zivildienstverpflichtungen erlauben, das Postgeheimnis, das Recht auf freie Meinungsäußerung und andere Grundrechte sollten eingeschränkt werden dürfen (Bauß S.112). Von Anfang an waren viele Gewerkschafter gegen die geplante Gesetzgebung. Ab 1963 wuchs der Widerstand auch in intellektuellen Kreisen (Bauß S.123). Studenten stießen ab dem Frühjahr 1965 in größerem Umfang zur Bewegung gegen die Notstandsgesetzgebung. Der Kongress „Demokratie vor dem Notstand“ (u. a. vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund, abgekürzt: SDS, organisiert) am 30.5.1965 in Bonn markiert laut Bauß den Beginn dieser Entwicklung (Bauß S. 126).⁷

Als klar wurde, dass auch die am 1.12.1966 gebildete Große Koalition (unter Kiesinger) an der Notstandsgesetzgebung festhalten wollte, nahm der Widerstand zu. Vor der ersten Lesung des Regierungsentwurfs kam es im ganzen Bundesgebiet zu Protestveranstaltungen (Bauß S. 145). Am 28.6.1967 fand in Frankfurt eine Demonstration mit ca. 3.000 Teilnehmern statt (Bauß S.145). Zu den Veranstaltern gehörten auch der SDS und der Sozialdemokratische Hochschulbund (SHB) (Bauß S. 145). In die Hochschule getragen wurde der Protest gegen die Notstandsgesetzgebung in Frankfurt spätestens Ende 1967: Am 20.11.1967 machten Frankfur-

7 Am 30.10.1966 fand in Frankfurt der Kongress „Notstand der Demokratie“ statt, das vorbereitende Kuratorium bestand vor allem aus Gewerkschaftern, aus Professoren, aus Schriftstellern und aus Vertretern der evangelischen Kirche (Bauß S.138). Den Kongress besuchten ca. 8.500 Personen, die Abschlusskundgebung ca. 24.000 (die Zahl der teilnehmenden Studenten ist nicht bekannt).

ter Studenten durch ein Go-in in eine Vorlesung von Carlo Schmid (Professor und Bundesratsminister) auf die Frage der Notstandsgesetzgebung aufmerksam (Bauß S. 93). Am 21.11.1967 folgte ein weiteres Go-in bei dem Politikwissenschaftler Prof. Iring Fetscher (Bauß S. 93).

Am 11.5.1968 erlebte die Bundesrepublik eine ihrer bislang größten Demonstrationen, den Sternmarsch der „Notstandsgegner“ auf Bonn, mit ca. 60-80.000 Teilnehmern, darunter ca. 15.000 Studenten (Bauß S. 152). Doch weder dieser Sternmarsch noch die Aktionen vor der zweiten Lesung (15./16. Mai 1968) bzw. der dritten Lesung (Ende Mai 1968) fruchteten (große Demonstrationen gab es auch in Frankfurt, und zwar am 15.5.1968 und am 27.5.1968), die Gesetze wurden (in etwas entschärfter Form) verabschiedet (Bauß S. 161).

Ad 2: Vietnamkrieg

Ein weiterer Kristallisationspunkt der Studentenproteste war das Thema Vietnam.⁸ Besonders aktiv waren diesbezüglich Studenten in Westberlin. Im Dezember 1965 wurde hier eine Ausstellung über den Vietnamkrieg gezeigt (Bauß S. 30), am 5.2.1966 gab es eine Demonstration gegen den Krieg (Bauß S. 191). Auch in Frankfurt gab es bemerkenswerte Aktivitäten: In den Räumen der Universität fand am 22.5.1967 der vom SDS veranstaltete Kongress „Vietnam – Analyse eines Exempels“ statt (das Hauptreferat hielt

8 Ich denke, dass Bauß nicht Unrecht hatte, als er schrieb, dass sich die „antiautoritären“ Studenten mit den Kämpfern in Vietnam und in der Dritten Welt identifizierten (S. 200). Dafür spricht auch, dass zu den viel gelesenen Texten in dieser Zeit Texte von Frantz Fanon („Die Verdammten dieser Erde“) und Ernesto Che Guevara („Schaffen wir zwei, drei, viele Vietnam“) zählten (Gilcher-Holtey S. 45f.). Ein weiterer wichtiger zeitgenössischer Autor für die politisch aktiven Studenten um 1968 war Herbert Marcuse („Der eindimensionale Mensch“, „Repressive Toleranz“).

Herbert Marcuse, es sollen über 2.000 Studenten teilgenommen haben) (Bauß S.181). Studentische Demonstrationen gegen den Vietnamkrieg gab es in Frankfurt am 11.2.1967 und am 7.5.1967 (Bauß S.191). An der Zustimmung der offiziellen Repräsentanten der BRD zu den Aktionen der amerikanischen Regierung änderte sich jedoch nichts (Bauß S.186).



Aufruf zum Protest gegen den Vietnam-Krieg (Photo nach einem Plakat im Besitz von Kristian Hahn).

Ad 3: Bildungs- und Hochschulreform

Die Diskussion über Hochschule und Hochschulreform in den Jahren 1965 bis 1967 war eingebettet in die Debatte um Bildung, Bildungschancen und Bildungsnotstand in der Bundesrepublik. Diese Debatte führte zweifellos zu einer „Politisierung“ vieler Stu-

den. In diesem Zusammenhang ist vor allem die „Aktion 1. Juli“ zu nennen.⁹

Nach einem Flugblatt (verantwortlich: Sekretariat Aktion 1. Juli, c/o AStA Universität Freiburg i. Br.; o.939) riefen die „Studentenschaften der Bundesrepublik Deutschland“ zum 1. Juli 1965 zu Kundgebungen und Demonstrationen gegen den Bildungsnotstand auf. Nach einem Bericht des Frankfurter AStA-Vorsitzenden Schellenberg vom 23.7.1965 (o.939) ließ der AStA Frankfurt in diesem Zusammenhang 400 Plakate „Bildung sichert die Zukunft“ und 70 Plakate „Studenten demonstrieren“ aufhängen. Am Demonstrationzug in Frankfurt beteiligten sich laut Schellenberg 1.700 bis 2.000 Personen, an der Kundgebung auf dem Römerberg 3.000 bis 4.000 Personen.¹⁰

Vorschläge zur Hochschulreform „von oben“ enthielten die am 14.5.1966 vom Wissenschaftsrat veröffentlichten „Empfehlungen zur Neuordnung des Studiums an den wissenschaftlichen Hochschulen“. U. a. plädierte man für die Einführung eines berufsbefähigenden Grundstudiums mit anschließendem Aufbaustudium für an der Forschung interessierte Studenten (Bauß S. 246). Der Wissenschaftsrat forderte auch verbindliche Regelstudienzeiten (Bauß S. 246). Widerstand gegen diese „Empfehlungen“ gab es zunächst in Berlin, vor allem an der Freien Universität (FU). Aus Protest

- 9 Die Darstellung von Bauß S. 243 hierzu ist irreführend (Stichwort: Student aufs Land).
- 10 Im Ordner o.939 findet sich eine Ausgabe der Studentenzeitschrift „partout“ vom Oktober 1967 (herausgegeben vom RCDS Frankfurt), in der kurz über die Aktivitäten des AStA im Sommersemester 1967, u. a. über den Schweigemarsch nach dem Tod Benno Ohnesorgs und die „Notstandswoche“ im Juni 1967 berichtet wurde. Laut RCDS könne man „über die Wichtigkeit dieser Aktionen geteilter Meinung sein“. In der Notiz hieß es auch, dass der AStA in Frankfurt die „Aktion 1. Juli“ 1967 trotz mehrfacher Ankündigung habe absagen müssen. Laut RCDS sei der Grund, dass die zuständigen Parlamentarier für diese „sinnvolle“ Aktivität keine Kapazität mehr gehabt hätten.

u. a. gegen geplante Zwangsexmatrikulierungen (für Langzeitstudenten) kam es am 22.6.1966 an der FU zum ersten Sit-in an einer deutschen Universität (Bauß S. 248).¹¹ Die Studenten forderten die Einsetzung einer Studienreformkommission. Am 19.4.1967 gab es an der FU ein weiteres Sit-in, auf das die Universitätsspitze mit einem Polizeieinsatz reagierte (Bauß S. 250f.). Der AStA forderte in einem Flugblatt daraufhin studentische Mitbestimmung (von Drittelparität war noch nicht die Rede).

Zur „Politisierung“ der Studenten trug auch die Diskussion um die Hochschulgesetzgebung der Länder bei. Seit Mitte der 60er Jahre wurden in den Bundesländern Hochschulgesetze entworfen bzw. beraten (Bauß S. 270). Der hessische Gesetzesentwurf gestand den Studenten einerseits gewisse Mitbestimmungsrechte zu, enthielt andererseits einen Negativkatalog, der Mitbestimmung z. B. in den Bereichen Berufungen und Habilitationen ausschloss (Bauß S. 274). Am 24.11.1967 wurde auf Antrag des AStA in Frankfurt im Rahmen einer Versammlung von über 1.000 Studenten eine Resolution verabschiedet, in der man eine Streichung des Negativkatalogs und die Drittelparität in den akademischen Beschlussgremien für die Studenten forderte (Bauß S. 274).¹²

Es waren jedoch nicht die Proteste gegen die Notstandsgesetzgebung, gegen den Vietnamkrieg und gegen die Situation an den Hochschulen, sondern es war ein singuläres Ereignis, das im Jahr 1967 in der BRD und in Westberlin zu „1968“ führte: die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch den Polizisten Kurras (Kopfschuss von hinten) in Berlin (Bauß S. 53). Nach diesem Ereignis im Zusammenhang mit dem Staatsbesuch des Schahs von Persien am 2.6.1967 gab es die bis dahin heftigsten Protestaktionen deutscher Studenten gegen die „Staatsgewalt“ im wahrsten Sinne des Wortes.

11 Auf S. 30 gab Bauß als Datum für das Sit-in den 23.6.1966 an.

12 Eine Drittelparitätsforderung gab es schon am 6.11.1967 durch AStA-Mitglieder bei einer Podiumsdiskussion in Marburg (Bauß S. 272).

Med. Dekanat.

ka

JOHANN WOLFGANG GOETHE-UNIVERSITÄT
Der Rektor

Rektor, Prorektor und Dekane beschliessen, dass
während der Beisetzung des in Berlin getöteten
stud.phil. Ohnesorg Vorlesungen und Übungen ruhen.

Sie wollen damit nicht der rechtlichen Beurteilung
vorgreifen, die eine rasche und vollständige Klärung
der Vorgänge voraussetzt. Vielmehr bekunden sie
damit ihre Bestürzung angesichts eines gewaltsamen
Todes und gleichzeitig die Überzeugung, dass das
notwendige Recht freier politischer Auseinander-
setzungen weder durch Unwahrheit und Demagogie
noch durch rohe Gewalt eingeschränkt werden darf.

Frankfurt a.M., 6.6.1967

In Vertretung:



Prorektor

Mitteilung des Frankfurter Rektors vom 6.6.1967 (0.939).

Nach Angabe eines Studentenfunktionärs nahmen in der Woche vom 2. bis zum 9.6.1967 mehr als 100.000 Studenten an Trauerkundgebungen und an Demonstrationen teil (Bauß S.55). Eine Trauerkundgebung für Ohnesorg fand auch in Frankfurt statt (Bauß S.54).¹³

Im Anschluss an die Beisetzung Ohnesorgs (er wurde in Hannover beerdigt) fand am 9.6.1967 in Hannover der Kongress Hochschule und Demokratie statt (Bauß S.61). Auf diesem Kongress mit ca. 5.000 Teilnehmern plädierte Rudi Dutschke für das Konzept der „illegalen Aktion“ (genauer: für „Aktionen, die die eigentlich illegalen Verbote und Anordnungen der [...] Exekutive bewußt übertreten“; Bauß S.63). Der Frankfurter Professor für Philosophie und Soziologie Jürgen Habermas forderte auf dem Kongress vom Staat juristische und politische Konsequenzen der Ereignisse des 2.6.1967, sonst würde dieser Tag als ein Tag in Erinnerung behalten werden müssen, an dem die Gefahr einer „manifesten Erschütterung der Demokratie in unserem Lande“ sichtbar geworden sei (Bauß S.63). Habermas relativierte aber die Rolle der studentischen Oppositionsbewegung: „Die Aufgabe der studentischen Opposition in der Bundesrepublik war es und ist es, den Mangel an theoretischer Perspektive, den Mangel an Sensibilität gegenüber Verschleierungen und Verketzerungen, den Mangel an Radikalität bei der Auslegung und Praktizierung unserer sozialrechtsstaatlichen und demokratischen Verfassung, den Mangel an Antizipationsfähigkeit und wachsamer Fantasie, also Unterlassungen zu kompensieren“ (Bauß S.64). In einem spontanen Diskussionsbeitrag am Ende des Kongresses warf er Dutschke „linken Faschismus“ vor. Dieser habe in seiner Rede eine „voluntaristische Ideologie“ entwickelt, die man 1848 „utopischen Sozialismus“ genannt hätte (Bauß S.64).

13 Nach einer Mitteilung des Rektors vom 6.6.1967 hatten Rektor, Prorektor und Dekane beschlossen, dass während der Beisetzung des in Berlin getöteten Studenten Ohnesorg Vorlesungen und Übungen in Frankfurt ruhen sollten (0.939).

Nach dem 2. Juni 1967 nahm die Militanz zumindest unter einigen studentischen Aktivisten deutlich zu. In diesem Kontext ist zu erwähnen, dass in dieser Zeit von Studenten die sogenannte Anti-Springer-Kampagne gestartet wurde. Vor allem die (zweifelloso vorhandene) „Hetze“ in der Bild-Zeitung wurde mit als Grund für die Erschießung Ohnesorgs angeführt, es wurde der Slogan geprägt: „Bild schoß mit!“ (Bauß S. 69). Auf der 22. Delegiertenkonferenz des SDS vom 4. bis 8.9.1967 in Frankfurt am Main nahm die Anti-Springer-Kampagne einen breiten Raum ein (Bauß S. 84-86). Auch auf der Frankfurter Buchmesse Anfang Oktober 1967 wurde gegen Springer demonstriert (Bauß S. 93).

Westberliner Studenten reagierten auf die Erschießung von Benno Ohnesorg u. a. mit dem Aufbau einer Kritischen Universität nach dem Vorbild von Berkeley (Bauß S. 253). Der akademische Senat der FU verbot zwar am 18.9.1967 die Kritische Universität, am 1.11.1967 fand dennoch die Gründungsversammlung statt (Bauß S. 262). Es wurden zum Wintersemester 1967/68 mehr als 30 Arbeitskreise eingerichtet, für die sich mehr als 200 Studenten anmeldeten (Bauß S. 255). Alle Arbeitskreise fanden laut Bauß auch statt.¹⁴

Den Versuch der Einrichtung einer Kritischen Universität gab es später auch in Frankfurt. Hier wurde Ende Mai 1968 von Studenten die Gründung der „Karl-Marx-Universität“ bekannt gegeben (Bauß S. 266). Die Seminare konnten allerdings nicht sehr lange abgehalten werden. Am 30.5.1968 beendete die Polizei nach einer tumultartigen Rektoratsbesetzung durch Studenten die Aktivitäten der Gegenuniversität (Bauß S. 267).¹⁵ Am folgenden Wochenende,

14 Nur nebenbei: Im Bereich Medizin gab es Arbeitskreise zu den Themen Arbeitsmedizin, Medizin ohne Menschlichkeit (d.h. NS-Medizin), Arzt und Gesellschaft und psychosomatische Medizin (Bauß S. 255).

15 Es sei hier nur am Rande erwähnt, dass im Dezember 1968 in Frankfurt von Studenten noch ein „Kritisches Institut“ „eingerrichtet“ wurde: Am 9.12.1968 wurde das Soziologische Seminar besetzt und in „Spar-

am 1. und 2.6.1968, fand in Frankfurt ein Schüler- und Studentenkongress des Verbandes Deutscher Studentenschaften, abgekürzt: VDS, statt, daran nahmen allerdings nur ca. 1.000 Teilnehmer teil (erwartet worden waren 10.000; Bauß S. 267).

Es ist im Übrigen schwer, sich ein Bild von der Mobilisierung der Studenten um 1968 zu machen. Laut Frei gab es 1968 rund 300.000 Studenten in der Bundesrepublik (S. 148). Gut die Hälfte davon sei bis in den Sommer hinein auf den Straßen dabei gewesen oder habe sich doch von Zeit zu Zeit an den Protesten beteiligt (S. 148f., Frei gibt als Quelle einen Aufsatz von Max Kaase aus dem Jahre 1971 an). Laut Aly, der eine Zahl von 280.000 Studenten nennt, hatten laut einer vom Spiegel in Auftrag gegebenen Emnid-Umfrage Anfang 1968 36% aller westdeutschen Studenten Erfahrungen auf Demonstrationen gemacht (S. 82).

Ein bestimmtes Ereignis sorgte im April 1968 auf jeden Fall für die weitere Mobilisierung und partiell auch Radikalisierung¹⁶

takus-Seminar“ umbenannt. Nach Intervention der Professoren wurde das Seminar am 18.12.1968 von der Polizei geräumt. Es soll Theodor W. Adorno gewesen sein, der die Polizei rief (vgl. Gilcher-Holtey S. 108). Zum Stichwort Adorno: Die Frage, ob die Frankfurter Schule Einfluss auf die protestierenden Studenten um 1968 hatte, liegt natürlich nahe. Frei (S. 93f.) wies diesbezüglich darauf hin, dass die Kritische Theorie, die Adorno und Max Horkheimer vertraten, als Anleitung für eine „radikale“ Praxis nicht zu gebrauchen war. Laut Frei hatten aber die Warnungen dieser Philosophen vor einem Nachleben des Nationalsozialismus in der Demokratie durchaus Auswirkungen auf das „studentische Bewusstsein“. Frei wies auch darauf hin, dass trotz der von Adorno vertretenen Theorie der „Negativen Dialektik“ (Zitat aus den „Minima Moralia“: „Es gibt kein richtiges Leben im falschen“) die Vertreter der Frankfurter Schule stets bereit waren, sich für das Gelingen einer bürgerlichen Demokratie einzusetzen (S. 93).

- 16 Zum Stichwort Radikalisierung muss im Kontext Frankfurt noch erwähnt werden, dass in den frühen Morgenstunden des 3.4.1968 in zwei Frankfurter Kaufhäusern Feuer gelegt wurde (Quelle: Internet). Die Aktion richtete sich gegen Konsumterror und den Krieg in Viet-

von Studenten: Am 11.4.1968 wurde der „Studentenführer“ Rudi Dutschke auf dem Kurfürstendamm in Westberlin durch einen rechtsorientierten Arbeiter niedergeschossen und schwer verletzt (Bauß S. 90). Die Schüsse auf Dutschke führten zu einer (nun deutlich militanteren) Reaktivierung der Anti-Springer-Kampagne (Bauß S. 96-104). Es kam zu Blockaden gegen die Auslieferung von Zeitungen aus dem Springer-Verlag, in Westberlin schon in der Nacht vom 11. auf den 12. April. Ähnliche Aktionen gab es in zahlreichen Städten in Westdeutschland. In der Nacht vom 12. (Karfreitag) auf den 13.4.1968 wurde in Frankfurt die Auslieferung der Bild-Zeitung verhindert (Bauß S. 100).

Anstachelnd für die Studenten in der BRD und in Westberlin waren sicher auch die Ereignisse im Mai 1968 in Frankreich (vgl. dazu Frei S. 9-29). Hier griffen die Studentenproteste (als „Studentenführer“ profilierte sich in Frankreich Daniel Cohn-Bendit) auch auf die Arbeiterschaft bzw. die Gewerkschaften über. Es kam zu wilden Streiks und zu einem (allerdings nur kurzen) Generalstreik, der beinahe zum Sturz der Regierung de Gaulle führte. Nach der „Räumung der Barrikaden“ durch die Polizei und nach weiteren Demonstrationen der Macht des Staates ebten die Proteste in Frankreich nach Pfingsten 1968 ab.

Bevor auf die Entwicklung im Bereich der Medizin in Frankfurt um 1968 einzugehen ist, muss noch die Frage gestellt werden, wann das „große 1968“ in der BRD und in Westberlin endete. Für Frei (2008, S. 147) war die „Studentenbewegung“ schon im Sommer/Herbst 1968 am Ende. Die Aktivisten seien erschöpft gewesen, es habe sich eine gewisse Streikroutine eingeschlichen. Außerhalb der Universität hätten sich für Aktivisten neue Herausforderungen entwickelt, es habe sich ein breites „Gelände“ alternativer

nam. Am 5.4.1968 wurden Andreas Baader, Gudrun Ensslin, Thorwald Proll und Horst Söhnlein festgenommen. Sie wurden zu drei Jahren Gefängnis verurteilt.

Subkulturen entfaltet. Für Gilcher-Holtey (2008, S. 107) setzte sich die „Studentenbewegung“ im „Wintersemester 1968/69 fort, doch einen gesamtgesellschaftlichen Mobilisierungsgrad wie im Mai 1968 auf dem Höhepunkt der Kampagne gegen die Notstandsgesetze erreicht[e] sie nicht mehr“. Für Aly (2008, S. 8) dauerte die „Revolte“ dagegen etwas länger, und zwar „von 1967 bis Ende 1969. Danach zerfiel sie rasch in dies und das“. Auch Kraushaar (2008, S. 57) datierte die „Achtundsechzigerbewegung“ auf die Zeit „von 1967 bis 1969“. Diese Einschätzungen mahnen auf jeden Fall dazu, die Analyse auch des „kleinen 68“ der Frankfurter Medizinstudenten nicht mit Ende 1968 abzuschließen.¹⁷

17 Auch Forsbach (im Erscheinen) begrenzte den Untersuchungszeitraum nicht auf 1968/69. Er verfolgte den von 1968 bzw. von den „68ern“ ausgehenden Einfluss sogar weiter bis ins Jahr 2010.

3. Die „politisch aktiven“ Medizinstudenten in Frankfurt vor Mitte 1968

3.1. Die Zeit von ca. 1964 bis Ende Sommersemester 1967: Höfliche Studenten

Zunächst einige Basisinformationen zum Medizinstudium Mitte der 60er Jahre:¹⁸ Das Studium dauerte (nach der Bestallungsordnung für Ärzte vom 15.9.1953, die am 1.4.1954 in Kraft getreten war)¹⁹ mindestens 11 Semester.²⁰ Es bestand aus einem vorklinischen Teil von mindestens 5 und einem klinischen Teil aus mindestens 6 Semestern. Es waren ein Krankenpflegedienst von wenigstens 8 Wochen Dauer und Famulaturen von mindestens 3 Monaten Dauer abzuleisten. Es bestand kein Numerus clausus, aber da für die Kurse in Frankfurt nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen zur Verfügung stand, ergab sich nach einem „Merkblatt über die Studiemöglichkeiten“ „eine Beschränkung von selbst“. Seit dem Winter-

18 Das Folgende im Wesentlichen nach einem im Mai 1968 versandten Merkblatt über die Studiemöglichkeiten an der Medizinischen Fakultät (0.939) (Stand etwa Ende 1967, Anfang 1968).

19 Vgl. Brauer, Stobrawa 1994, S. 11.

20 Die heute gültige Mindeststudiendauer von 6 Jahren wurde in der Approbationsordnung vom 28.10.1970 festgelegt, die wegen der durchgreifenden Änderungen des Medizinstudiums (vor allem des Prüfungsverfahrens, Stichwort: bundeseinheitliches Multiple-choice-Verfahren) aber erst am 1.10.1972 in Kraft trat; vgl. dazu Brauer, Stobrawa 1994, S.12-14. Nach dieser AO konnte das Physikum nach vier Semestern abgelegt werden. Als neue Stoffgebiete wurden Medizinische Psychologie, Medizinische Soziologie, das ökologische Stoffgebiet und die Allgemeinmedizin eingeführt. Eine Medizinalassistentenzeit war nicht mehr vorgesehen (1988 wurde dafür der „Arzt im Praktikum“ eingeführt, der inzwischen wieder aufgegeben wurde).

semester 1957/58 (Grundlage laut Internet: Bestallungsordnung für Ärzte in der Fassung vom 14.7.1957) war nach dem 2. Semester die naturwissenschaftliche Vorprüfung, nach dem 5. Semester die ärztliche Vorprüfung abzulegen. Am Ende des Studiums stand das Staatsexamen mit einer großen Zahl von mündlichen Prüfungen. Nach der ärztlichen Prüfung folgte eine zweijährige Zeit als Medizinalassistent, erst danach konnte die Bestallung als Arzt beantragt werden.

Die Zahl der Medizinstudenten in der BRD und in Westberlin insgesamt etwa Mitte der 60er Jahre ist mir nicht bekannt geworden. Für Frankfurt habe ich Zahlen für 1967 und 1968 gefunden: Hier studierten im Sommersemester 1967 ca. 1.800 Studenten Medizin (ohne Zahnmedizin), ein Jahr später lag die Zahl bei über 1.900.²¹

Die Medizinstudenten wurden damals (wie auch heute) offiziell von der Fachschaft Medizin vertreten. Über die Arbeit der Frankfurter Fachschaft Mitte der 60er Jahre kann man sich orientierend anhand eines Berichts informieren, der von dem Studenten H. D. Schulz für den AstA-Hochschulführer 1964 geschrieben wurde.²² Demnach bestand die Vertretung der Medizinstudenten in Studentenparlament und Fachschaft zu dieser Zeit aus acht ehrenamtlich tätigen Studenten.²³ Von diesen wurden in jedem Semester jeweils vier neu gewählt. Es gab einen Fachschaftssprecher, einen Sozialreferenten (zuständig für Fragen der Stipendienvergabe und der

21 Nach einer Notiz vom 24.4.1967 („i. A. Sekretärin“) in einem Dekanatsordner waren „im Sommersemester 1967“ an der Medizinischen Fakultät der Universität Frankfurt „ca. 1.800 Studierende immatrikuliert“ (0.939). In einer Notiz von Dekan Prof. Wacker vom 7.3.1968 (0.939) heißt es: „In der Medizinischen Fakultät sind immatrikuliert: 1.027 Vorkliniker, 895 Kliniker. Insgesamt: 1.922 Medizinstudenten“ (0.939).

22 Die Kopie aus dem AstA-Hochschulführer 1964 wurde freundlicherweise von H.-J. Birkholz zur Verfügung gestellt.

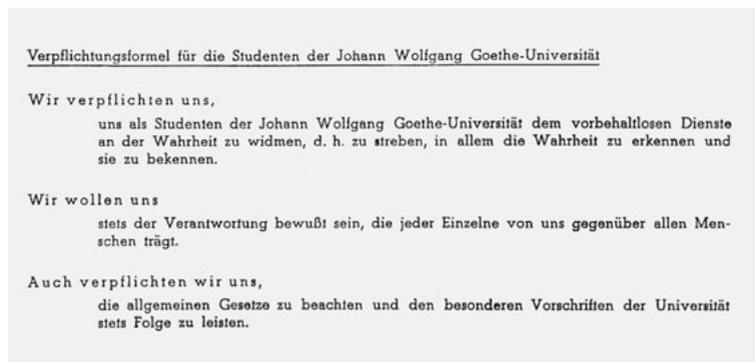
23 Dies wurde später offenkundig geändert, im Bericht von W. Günther zum SS 1967 (siehe unten) wurden nur sechs Vertreter (plus ein kooperiertes Mitglied) erwähnt.

„Buchverbilligung“), einen Auslandsreferenten und einen Studienberater. Für Studenten, die Bücher verkaufen wollten, vermittelte die Fachschaft ohne Provision Käufer. Zusammen mit freiwilligen Helfern veranstaltete sie einen Straßenbahnumzug zum Sommerfest, ein Faschingsfest, einen Medizinerball und kleinere Feste. Die Fachschaft unterhielt laut Schulz überdies täglich im Mensagebäude auf dem Gelände der Universitätskliniken zwischen 12 Uhr und 14 Uhr einen „Schalterdienst“.

Die Geisteshaltung der „politisch aktiven“ Medizinstudenten in Frankfurt Mitte der 60er Jahre lässt sich am besten mit einem Zitat darstellen. Am 20.10.1964 schrieb ein gewählter Vertreter der Medizinstudenten an den neuen Dekan der Medizinischen Fakultät: „Wir glauben fest, daß sich das gute Verhältnis in den letzten Jahren [!] zwischen Professoren und Studentenvertretung weiter verbessern wird. Ansichtlich [!] des Entwurfs für ein neues hessisches Hochschulgesetz sind wir sicher, daß sich diese von Vertrauen getragene Zusammenarbeit [zu ergänzen: weiter] zum Wohle der gesamten Universität auswirken wird. Die Studentenvertreter würden sich freuen, sich Ihnen im Laufe der nächsten Tage einmal persönlich vorstellen zu dürfen“ (o.939). Die Vertreter der Medizinstudenten in Frankfurt waren demnach höflich ihrer „Obrigkeit“²⁴ gegenüber,

24 Zum Stichwort Obrigkeit: In den Jahren vor 1968 versuchte die Universitätsleitung in Frankfurt, durch ein Gelöbnis eine einheitliche Verpflichtung der Studenten auf ihre Hochschule im Rahmen von Immatrikulationsfeiern durchzusetzen. 1966 hatte es eine Änderung in Bezug auf die Immatrikulationsfeier gegeben. Der Senat hatte am 2.2.1966 beschlossen, dass ab SS 1966 die Feier für jede Fakultät gesondert veranstaltet werden sollte. Die neu Immatrikulierten sollten dazu persönlich eingeladen werden (o.939). Nach der Einladung zum SS 1966 waren die neu eintretenden Studenten sogar verpflichtet, an der Feier teilzunehmen (o.939). Dieser Passus war in der Einladung vom November 1967 nicht mehr enthalten (o.939). An der medizinischen Fakultät gab es auf jeden Fall Probleme (die Gründe wurden nicht angeführt). Nach einem Schreiben vom 21.2.1967 von Dekan Käser sollte hier im SS 1967 keine Feier stattfinden (o.939), nach einem Schreiben von Dekan Wacker vom

sie waren kooperativ, fast ein wenig devot. Ohne dies in irgendeiner Weise zu werten, kann man sagen, dass eine solche Grundeinstellung bei den studentischen „Aktivisten“ spätestens Mitte 1968 nicht mehr vorhanden war!



Verpflichtungsformel der Frankfurter Studenten, ohne Datum, ca. 1967 (0.939).

Über die Arbeit der „politisch aktiven“ Medizinstudenten im Sommersemester 1967 informiert ein vom Fachschaftssprecher Wolfgang Günther verfasster Bericht.²⁵ Demnach bestand die Fachschaft

21.3.1968 wurde auch die Feier im SS 1968 abgesagt (0.939; eventuell befürchtete man Störungen). Die zu sprechende „Verpflichtungsformel“ lautete: „Wir verpflichten uns, uns als Studenten der Johann Wolfgang Goethe-Universität dem vorbehaltlosen Dienste an der Wahrheit zu widmen, d.h. zu streben, in allem die Wahrheit zu erkennen und sie zu bekennen. Wir wollen uns stets der Verantwortung bewußt sein, die jeder Einzelne von uns gegenüber allen Menschen trägt. Auch verpflichten wir uns, die allgemeinen Gesetze zu beachten und den besonderen Vorschriften der Universität stets Folge zu leisten“ (0.939f). Man beachte angesichts 1968 vor allem den letzten Passus!

25 Vgl. zum folgenden Absatz, wenn nicht anders ausgewiesen, einen Bericht der Fachschaft Medizin (unterzeichnet von Wolfgang Günther,

Medizin nun aus sechs gewählten Mitgliedern und einem kooptierten Mitglied. Laut Bericht galt ein beträchtlicher Teil der Arbeit der Fachschaft im Sommersemester 1967 den Problemen der „Studienreform“ bzw. der Studienorganisation (die Fachschaft hatte drei Sitze mit Stimme in der Fakultät). Der „Überhang“, der bei einigen scheinpflichtigen Kursen schon seit einigen Semestern bestand, habe Anlass gegeben, „an die Notwendigkeit der Studienreform zu erinnern und die Forderung nach Durchführung von Ferien- und Parallelkursen voranzutreiben“. Im SS 1967 hätten sich laut Bericht 325 Bewerber für den physiologisch-chemischen Kurs in Frankfurt gemeldet, für den es nur 147 Plätze gab. Auf Initiative der Fachschaft sei ein Parallelkurs (mit 60 Plätzen, beginnend im Oktober) eingerichtet worden. Laut Bericht hatte die Fachschaft weiter in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe für Ausbildungsforschung in München (Dr. Kapuste) in Frankfurt eine schriftliche Basisprüfung für Staatsexamenskandidaten durchgeführt. Es sollte der Aussagewert einer nach amerikanischem Muster aufgebauten schriftlichen Examensprüfung untersucht werden.²⁶

Der Bericht zeigt, dass die aktiven Medizinstudenten im SS 1967 bestimmte Forderungen bezüglich des Studiums stellten und eine eigene Meinung zu Prüfungsfragen hatten, es ergeben sich aber keine Hinweise auf Protestaktionen im Sinne eines (frühen) „kleinen 68“.

dem Fachschaftssprecher) zum Sommersemester 1967 (Eingang im Dekanat der Medizin: 31.7.1967) (o.939). Dieser Fachschaftsbericht entspricht dem Bericht im AStA-Führer 1967, so H.-J. Birkholz. Nota bene: Zum Jahr 1967 konnten für diese Studie nur wenige Unterlagen ausgewertet werden. So lagen z. B. die Protokolle der Medizinischen Fakultät nur für das Wintersemester 1967/68 vor.

²⁶ Der genaue Zeitpunkt der Prüfung wurde nicht genannt, die Ergebnisse lagen offenkundig noch nicht vor. An der Prüfung hatten laut Bericht 44% der Examenskandidaten teilgenommen.

3.2. Das Wintersemester 1967/68: Man nimmt die Unruhe auf der „anderen“ Mainseite wahr

Man erinnere sich: Die Studentenproteste in der BRD und in Westberlin nahmen nach dem 2. Juni 1967 an Quantität und Intensität deutlich zu. Wie sah es in Frankfurt im Bereich der Medizin in der zweiten Hälfte des Jahres 1967 und Anfang 1968 aus? Was bewegte die Fakultät?²⁷

Die erste Sitzung der medizinischen Fakultät im WS 1967/68, zu der mir ein Protokoll vorlag, fand am Donnerstag, den 2.11.1967 statt (o.391). Dekan war Prof. Wacker, Studentenvertreter waren die Herren Günther, Kaiser und „German“ [richtig: Germann]. Unter TOP 1, Unterpunkt b ging es um eine „Sitzung“ in Büdingen am 14./15.10.1967 (nach freundlicher Auskunft von H.-J. Birkholz handelte es sich um eine Klausurtagung des Senats der Universität Frankfurt). Auf dieser Sitzung (anwesend war u. a. der Jurastudent Hans-Jürgen Birkholz als AStA-Vorsitzender) war über die neue Universitätssatzung diskutiert worden, die noch im November vom „verfassungsgebenden“ Konzil beraten werden sollte.

Unter TOP 1 wurde die Sitzung des Senats der Universität Frankfurt vom 1.11.1967 thematisiert. Auf dieser Sitzung waren die durch den bevorstehenden Übergang der Universität von der Stadt Frankfurt auf das Land Hessen entstehenden Besoldungsprobleme besprochen worden. Es wurde auch darauf hingewiesen, dass der Wechsel vieler Biologiestudenten („Pseudobiologen“) zur Medizin zu einer Überfüllung des Medizinstudiums führe, die eventuell eine Zulassungsbeschränkung notwendig mache.²⁸

27 Für das folgende Kapitel dienten vor allem die Fakultätsprotokolle als Quellen. Im Ordner Hahn findet sich kaum Material zum WS 1967/68.

28 Nach einem Bericht von Prof. Greven auf der Fakultätssitzung (TOP 5) sollten 1968 220 Medizinstudenten zugelassen werden (im Wintersemester mehr als im Sommersemester). In der Naturwissenschaftlichen Fakultät seien gegenwärtig schon 170 Studenten immatrikuliert, die zur

Unter TOP 2 (Neue Universitätssatzung) wurde zunächst berichtet, dass das satzungsgebende Konzil nach einem Vorschlag des Rektors am 29.11.1967 einberufen werden sollte (S. 4). Es wurde bekannt gegeben, dass der hessische Ministerpräsident einer studentischen Kommission eine 20%-Beteiligung an allen akademischen Gremien zugesagt habe, der AStA-Vorsitzende Birkholz habe Drittelparität für die Studenten gefordert (S. 6). Im Verlauf der Fakultätssitzung wurden zahlreiche Vorschläge zur Zusammensetzung des Konzils diskutiert (die Diskussionslage war dabei, um es vorsichtig auszudrücken, unübersichtlich). Die Fakultät stimmte schließlich für den Vorschlag der Philosophischen Fakultät der Universität Frankfurt (der leider aus dem miserablen Protokollentwurf der Fakultätssitzung nicht exakt zu rekonstruieren ist).²⁹

Für die Vermittlung zwischen Medizinstudenten und Ordinarien setzte sich vor allem Prof. Hövels (Kinderheilkunde) ein. Am 4.12.1967 sandte er Rektor Rüegg einen Bericht über eine Diskussionsveranstaltung (o.384). Demnach hatten am 30.11.1967 in der Universitäts-Kinderklinik Ärzte der Klinik mit Vertretern des AStA und der Fachschaft Medizin „über Probleme unserer Universität“ diskutiert. Durch ein „Missverständnis“ (gemeint wohl: bei der Ein-

Medizin wechseln wollten (vor allem „Pseudobiologen“). Im Sommersemester sollte man deshalb nur Studenten wechseln lassen, die schon im 2. Semester seien. Die Fakultät stimmte schließlich dem Vorschlag zu, zum SS 1968 60 deutsche und sechs ausländische Medizinstudenten aufzunehmen, dazu 16 deutsche und einen ausländischen Zahnmedizinstudenten.

²⁹ Zitat aus dem Protokollentwurf: „Die Philosophische Fakultät schlug vor, daß alle Ordinarien vertreten sein sollten, die Nichtordinarien sollten 50% der Ordinariensitze haben, und die Nichthabilitierten 27%. [So weit, so klar! Dann heißt es aber noch:] Von den Studentenvertretern wurden 80 Sitze oder 20% gefordert“ (S. 6). Nur nebenbei: Unter diesem TOP wurde von Prof. Gerchow erwähnt, dass Rudi Dutschke in Frankfurt immatrikuliert sei (S. 14). Nach freundlicher Auskunft von Herrn Dr. M. Maaser vom Universitätsarchiv Frankfurt ist diese Angabe falsch, es existiert keine Studentenkarte Dutschke in Frankfurt.

ladung) seien auch nicht eingeladene Studenten wie die SDS-Vertreter „Fräulein Gruneberg, Herr Riechmann und andere“ gekommen. Ein Diskussionspunkt lautete „Methoden studentischen Protestes und die Reaktion der Universitätsleitung“. Dabei seien auch die Ereignisse „der letzten Woche“ erörtert worden. Laut Hövels habe eine „große Mehrheit“ der Diskussionsteilnehmer das „Vorgehen des SDS missbilligt“. Die Diskussionsteilnehmer seien der Meinung gewesen, dass der SDS vorher (gemeint: vor dem Go-in in die Vorlesung von Prof. Carlo Schmid am 20.11.1967) mit Schmid hätte sprechen müssen. Doch die Teilnehmer hätten auch darin übereingestimmt, dass die Kennzeichnung des „zweifellos ordnungs- und gesetzwidrigen Verhaltens der Studenten“ durch den Rektor als „Einübung faschistischer Terrormethoden“ „unglücklich und unangemessen“ gewesen sei. Die „vorläufige Suspendierung“ des SDS erscheine als „unverhältnismäßig harte Maßnahme“. Hövels bat den Rektor um Rücknahme seiner Anzeige gegen die beteiligten SDS-Vertreter, er sah die Möglichkeit, dass auch die SDS-Vertreter ihre Gegenanzeige zurückziehen könnten.

Nota bene: Bei dem Go-in am 20.11.1967 in die Vorlesung von Prof. Schmid war es um die Notstandsgesetze gegangen. Die Diskussion auf der „Medizinerseite“ des Mains drehte sich offenkundig aber nicht um dieses „große“ Thema, sondern um das Verhältnis der Universitätsobrigkeit zu den Studenten.

Auf der Fakultätssitzung am Donnerstag, den 7.12.1967 (Studentenvertreter: die Herren Kaiser und Antaszek und „Fräulein“ Oesterheld; dazu teilweise Herr Germann) wurde über Turbulenzen im Zusammenhang mit der Senatssitzung vom Vortag an der Hauptuniversität berichtet (0.391).³⁰ Es war um die zukünftige Universitäts-

30 Auf einem Schreiben (Flugblatt?) von ca. Ende 1967 (ohne Datum, wahrscheinlich vom Rektorat oder der Pressestelle der Universität herausgegeben) hieß es zu den Vorfällen von Ende 1967: „Für den 24. November war eine Podiumsdiskussion [zum Thema studentische Beteiligung an

~~XXX~~ II. Teil, Beginn 18.00 Uhr.

Vor Eintritt in den II. Teil der Tagesordnung um 18,00 Uhr ~~begrüßte~~ begrüßt der Dekan die neuen Studentenvertreter, Frll. Oesterheld, Herrn Kaiser und Herrn Antaszek. *dam Gesm Ann*

↳

Bericht über Sitzungen:

II. a) Fakultätssitzung vom 2. 11. 1967

Auf Anfrage des Herrn Dekans wurden keine Fragen über die letzte Fakultätssitzung erheben. Das Protokoll wurde damit genehmigt.

II. b) Senatssitzung vom 6. 12. 1967

Der Dekan teilte mit, daß für Gastvorlesungen noch 1900,-DM vorhanden seien, es sollten entsprechende Anträge gestellt werden. Keine weiteren Fragen und Diskussion.

II. 3. Universitäts-Satzung

Der Herr Dekan führte aus, daß sich seit der letzten Fakultätssitzung, besonders unter dem Eindruck der Ereignisse des vergangenen Abends in der Universität *(= 6. 12. 67)* einiges geändert hätte. Es sei dringend notwendig, die Fakultät über die Lage zu informieren. Anschließend hieran verlas der Herr Dekan die verschiedenen Presse-Berichte, u. a. aus der Frankfurter Allgemeinen Zeitung und Die Zeit über Studentenunruhen an den Universitäten. Der Herr Dekan ~~bete~~ bat Herrn Kollegen Hövels einen vorbereiteten Vortrag über das Thema: "Analyse der politischen Situation an deutschen Universitäten" zu halten. Nach dem Herr Kollege Hövels seinen Vortrag beendet hat, dankte der Herr Dekan ihm und wies darauf hin, daß die studentischen Vertreter vor kurzem noch mit 20 % Konzilsbeteiligung zufrieden waren, heute ~~fördere~~ *fordere* der ~~SVS~~ *SVS* IX 1/3 Parität und einen studentischen Konrektor. Der Herr Dekan schlägt dann vor, heute nur die Frage der Universitäts-Satzung zu besprechen und eröffnet die Diskussion.

Protokoll der Fakultätssitzung vom 7.12.1967, S. 5: Die Ereignisse auf der „anderen“ Mainseite werden zur Kenntnis genommen (0.391).

satzung, speziell um die Frage der studentischen Beteiligung an den Gremien gegangen (S. 6). Das Fakultätsprotokoll war wieder nicht durchgängig verständlich abgefasst, deutlich wird aber, dass einige Studenten (darunter auch der AStA-Vorsitzende Birkholz) erneut mehr als die zugestandene 20%-Beteiligung gefordert hatten (S. 6). Laut Student Germann würde das ebenfalls am 7.12. tagende Studentenparlament explizit die Drittelparität und kurzfristig den Rückzug der Studentenvertreter aus den Gremien fordern (S. 6). Laut Germann hätten sich die Vertreter der medizinischen Fachschaft aber zur Weiterarbeit in den Gremien (vor allem im satzungsgebenden Konzil) entschieden (S. 6f.).

der Selbstverwaltung; Anmerkung U.B; vgl. Kommentar von K. Scheunemann im Hessischen Rundfunk, 25.11.1967, o.384)] vereinbart. Statt einer Diskussion wurden Anklagereden gehalten und von einem lautstarken Publikum akustisch begleitet. Am 27. November folgte eine Teach-In genannte Szene vor dem Rektorat [dabei ging es um die Behandlung der Fälle Kurras und Teufel durch die Westberliner Justiz; Anm. U.B.; vgl. Scheunemann a.a.O.]. Am 6. Dezember 1967 wurde versucht, das Konzil der Universität mit Lärm unter Druck zu setzen. Konzilsmitglieder wurden körperlich behindert [!]. Am Nachmittag und Abend desselben Tages wurden ultimative Forderungen an den Senat gestellt, seine Sitzung wurde gestört, seine Mitglieder wurden umstellt und angepöbelt“ (o.384). Nach dem Protokoll der Fakultätssitzung vom 7.12.1967 (o.391) war nach den Turbulenzen am 6.12.1967 eine Schließung der Universität im Gespräch (S.7). Prof. Rotter meinte dazu, dass eine Schließung die Situation verschlimmern würde (S.7). Er schlug vor, ein Aktionskomitee zu bilden, das Fakultät und Studentenschaft „objektiv“ unterrichten sollte. Prof. Käser wies darauf hin, dass die Frauenklinik schon eine Kollegstunde für eine „sehr nützliche Diskussion“ mit Studenten zur Verfügung gestellt habe und empfahl dieses Beispiel (S.8). Nur nebenbei: Auf der Fakultätssitzung am 7.12.1967 hielt Prof. Hövels einen Vortrag über das Thema „Analyse der politischen Situation an deutschen Universitäten“ (o.391). Dazu gab es keine genaueren Angaben im Protokoll (S.5). Er hatte das Referat schon am 5.12.1967 an Dekan Wacker übersandt, der Text fehlte jedoch im Ordner o.384.

Bemerkenswert ist noch eine Veranstaltung, die am 12.12.1967 stattfand. Nach einer Notiz für die Presse diskutierten an diesem Tag „Medizinstudenten der klinischen Semester mit Prof. Dr. Hövels, dem Leiter der Universitäts-Kinderklinik, dem stellvertretenden AStA-Vorsitzenden Streeck, Fachschaftsvertretern und Vertretern des SDS. Außerdem waren anwesend der Dekan [...] Prof. Dr. Wacker, die Professoren Käser und Harbauer und Assistenten der Universitäts-Kinderklinik“ (o.384). Die Mehrheit der Anwesenden war laut Notiz mit Fachschaftssprecher Meyer einer Meinung, „daß die Mindestforderung von 20% Studentenvertretern im satzungsgebenden Konzil nicht einfach auf ein Drittel erhöht werden könne“. Laut Streeck (AStA) gebe es im Studentenparlament eine Tendenz, die 20% für das satzungsgebende Konzil zu akzeptieren, dann aber anschließend über eine Erhöhung des Quorums in den Gremien zu diskutieren. Die Notiz endete wie folgt: „Durch Akklamation der meisten Zuhörer wurde das Schlusswort von Prof. Hövels begrüßt: Es sei sinnvoller, das Ziel einer Neuordnung der Universität auf dem Wege der Evolution anzustreben als mit Methoden, die auch Gesetzesübertragungen in Kauf nehmen würden“ (o.384).

Die erste Fakultätssitzung des Jahres 1968 fand am 11.1. statt (o.391). Dekan war Prof. Wacker, Studentenvertreter waren die Herren Meyer, Antaszek und Fausel (sie betraten laut Protokollentwurf nach zwei Probevorlesungen den Raum).³¹

Besprochen wurde u. a. die Senatssitzung vom 3.1.1968. Der Dekan berichtete ohne nähere Spezifikation über die vom Rektor

31 Nach einem Schreiben von Klaus Germann an den Dekan vom 23.11.1967 nahm nach der Konstituierung der neuen Fachschaft Christian Antaszek den Platz von Götz Kaiser und Hermann Fausel den Platz von Regine Oesterheld ein. Er selbst sei bestätigt worden. Als „ständigen Stellvertreter“ für alle Genannten wurde Erhard Meyer benannt (o.384). Nach einem Schreiben vom 21.11.1967 der Fachschaft Medizin hatte die Wahlbeteiligung bei den Fachschaftswahlen bei (sehr hohen) 45% gelegen. Neben Meyer, Germann, Fausel und Antaszek wurden Hannelore Neben und Gert Franke (richtig: Gerd Francke) gewählt (o.384).

eingeleiteten Maßnahmen im Zusammenhang mit der Störung des Hausfriedens der Universität durch den SDS (S. 4).

Die Fakultät diskutierte dann intensiv über eine neue Studienordnung. Offenkundig war ein Modell in der Diskussion, das als wichtigsten Punkt den „bettnahen Unterricht“ enthielt (dieses Modell wurde in der Diskussion als „Frankfurter Modell“ bezeichnet, vgl. S. 8; genau genommen kam es aus den USA). Als problematisch schätzte man ein, dass nicht alle derzeit Studierenden nach dem neuen Modell unterrichtet werden könnten, man müsste Übergangslösungen finden (S. 7). Auch könne es Schwierigkeiten geben, da eine neue Bestallungsordnung in Vorbereitung sei (S. 7).

Es wurde auch über eine auf Vorschlag von Prof. Hövels zu gründende Kommission für studentische Angelegenheiten diskutiert (nicht zu verwechseln mit der Kommission für die Studienreform und der Kommission für den Stundenplan). Student Meyer sah die Aufgabe der zu gründenden Kommission mehr als Schlichtungsstelle zwischen Lehrkörper und Studenten an. Dekan Wacker sah ihre vordringliche Aufgabe in der Satzungsdebatte, doch auch er hielt sie für ein mögliches „Verständigungsmittel für die zu erwartenden Unruhen“ (S. 9). Prof. Hövels, der den Vorsitz übernehmen sollte, wurde in dieser Diskussion im Übrigen von Prof. Holtz als „sehr progressistisch eingestellt“ bezeichnet (S. 9). Holtz hielt es für besser, wenn die Studenten die Meinung der Professoren aus dem Munde eines Konservativen hören würden. Auf Vorschlag von Prof. Rotter wurde daraufhin Prof. Wezler als 2. Vorsitzender der Kommission bestimmt. Mit 31 Jastimmen bei einer Neinstimme und zwei Enthaltungen wurde die Kommission eingesetzt (S. 9).³²

32 Im Ordner o.939 findet sich ein Sitzungsprotokoll der Kommission für studentische Angelegenheiten (10.4.1968). Die Sitzung fand im Zimmer von Prof. Hövels statt. Von studentischer Seite waren Werner Brassek, Klaus Germann, Klaus Eggenberger und Heidi Laßmann anwesend. Es wurde festgelegt, dass im SS 1968 fünf Diskussionsabende zum Thema

Unter TOP 7 gab der Dekan bekannt, dass die Diskussion um die Satzung noch nicht weitergekommen sei. Student Meyer berichtete, dass es einen Ausschuss gebe, der einen Satzungsentwurf der Studenten beraten würde, in diesem Ausschuss sei jedoch kein Medizinstudent.

Student Antaszek bat die Fakultätsmitglieder dann um die Ausweitung einer bisher nur in der Universitätskinderklinik geübten Praxis auf andere Kliniken und Institute, nämlich einer „Vorlesungskritik“ (S.10).³³ Prof. Hübner schlug vor, statt Vorlesungskritik Vorlesungsbesprechung zu sagen. Der Dekan entgegnete, dass die Fakultät diesbezüglich keinen Beschluss fassen könne. Man könne nur eine Empfehlung aussprechen (formal wurde eine solche laut Protokoll allerdings nicht ausgesprochen).

Student Antaszek bat schließlich um die Veröffentlichung der Prüfungsthemen für das Staatsexamen. Es wurde von studentischer Seite auch angeboten, Themen von Doktorarbeiten, die von Professoren zur Verfügung gestellt würden, an interessierte Studenten weiterzugeben (S.10).

Am 1.2.1968 fand eine außerordentliche Fakultätssitzung statt (Studentenvertreter: Germann, Antaszek, Meyer) (o.391). Es ging zunächst um die Frage, ob und wenn ja, wie viele Chefärzte der akademischen Lehrkrankenhäuser Sitz und Stimme in der Fakultät erhalten sollten. Nach eingehender Diskussion wurde ein Beschluss gefasst, wonach die Chefärzte 17 Stimmen erhalten sollten.

Unter TOP 2 wurde über die Senatssitzung vom 31.1.1968 berichtet. Demnach sei die geplante Sitzung des satzungsgebenden Konzils am 14.2.1968 abgesagt worden, da eine offizielle Stellungnahme der Studentenvertreter nicht vorgelegen habe (S.3). Der Rektor

Satzung stattfinden sollten. Auch wurde ein Mediziner-Stammtisch (einmal im Monat) vereinbart.

33 Ein undatierter Fragebogen „Vorlesungskritik“ findet sich im Ordner Hahn, 1.

Herr Käser stellte die Frage, ob die neue Approbations-Ordnung die Freiheit des Studienablaufes ^{lassen} werden. Herr Gerchow bejahte dies, da aber drei Prüfungsabschnitte vorgesehen seien, würde der Stundenplan dadurch indirekt geregelt. Herr Kollege Wezler fragte, welche andere Fakultät auch im Sommersemester 1968 bereits mit der Studienreform beginnen würde, man sollte doch im Interesse der Studenten nicht vor^{preschen} ~~preschen~~ und nur für die Dauer von 1 - 2 Semestern eine da derartige Neuerung einführen. Herr Kollege Geißendörfer stellte die Frage, warum man nicht als Übergangslösung die Fakultät Famulaturen ausbauen könnte. Herr Meyer entgegnete dem, daß das Famulieren bisher nicht gezielt betrieben worden sei. Der neue Stundenplan würde außerdem weitgehend bereits auf die neue Bestallungsordnung eingehen. Herr Käser machte den Vorschlag, ~~das~~ das Frankfurter Modell der Studienreform dem Referentenausschuß zur Verfügung zu stellen. Herr Rotter sprach sich eindringlich dafür aus, unbedingt mit dem neuen Stundenplan zu beginnen, im wesentliche-n sei hier nur die ^{Präparanden} ~~Beschreibung~~ gestärkt worden, sonst seien nur wenige Umstellungen vorgenommen worden. Man solle nicht wieder aufschieben aber selbstverständlich neueste Erkenntnisse ~~arbeiten~~ einarbeiten.

Bevor der Herr Dekan diesen Punkt der Tagesordnung abschloß, gab Herr Kollege Vosteen bekannt, dass am Montag, 15. 1. 1967, 17.00 Uhr et eine Sitzung der Kommission für Studienreform und Stundenplan stattfinden werden.

5. Kommission für Stundenplan

Herr Kollege Rotter berichtet über die Arbeit der Kommission. Der Stundenplan für das erste Studienjahr und die folgenden 3 Semester mit ~~beträhen~~ am Unterricht sei erstellt worden. Herr Kollege Pirlat war nicht zur Kommissionsitzung eingeladen worden und glaubte, nicht im Stundenplan aufgef^{hört} ~~haben~~ worden zu sein. Herr Andraschek wies darauf hin, daß die physikalische Therapie im 2. Semester gelesen werden ~~so~~ würde.

6. Kommission für studentische Angelegenheiten

Der Herr Dekan verliest einen Antrag von Herrn Kollegen Hübels auf Bildung einer Kommission für studentische Angelegenheiten. Während Herr Meyer die Aufgabe dieser Kommission mehr als einer Schlichtungsstelle zwischen Lehrkörper u. Studentenschaft ansah,

Protokoll der Fakultätssitzung vom 11.1.1968, S. 8: Man diskutiert über die Studienreform (0.391).

wollte am 2.2.1968 beim Ministerium vorstellig werden und darum bitten, die alte Satzung bis zum 30.6.1968 in Kraft zu lassen.

Unter TOP 2 wurde von einem Mitglied der Fakultät noch gefragt, ob der vom AStA proklamierte „vorlesungsfreie Tag“ am 8.2.1968 stattfinden würde (S. 4). Der Tag sollte laut Student Meyer nach einem Beschluss des Studentenparlaments als Diskussions-tag für die Hochschulsatzung dienen. Prof. Hövels sagte, dass es dazu noch keinen Senatsbeschluss gebe; der Rektor sei aber bereit, den 8.2.1968 zum vorlesungsfreien Tag zu erklären, wenn eine Versammlung zur Information über eine Urabstimmung von den Studenten gewünscht werde. Prodekan Prof. Käser erklärte abschließend, dass er allen Fakultätsmitgliedern vorschlage, die Vorlesungen auch bei einem Streik abzuhalten, wenn keine anderen Weisungen kämen (S. 4).

Auf der Fakultätssitzung am 8.2.1968 (es sind keine Studentenvertreter als anwesend vermerkt; es ist anzunehmen, dass dies auf den oben erwähnten „vorlesungsfreien Tag“ zurückzuführen war) ging es u. a. darum, dass ein Studentendekan oder, wie Prof. Hövels formulierte, ein Studiendekan eingesetzt werden solle (0.391). Hövels wies darauf hin, dass ein Fakultätsbeschluss in dieser Richtung vorliege. Für den Studiendekan wurde eine H3-Stelle vorgesehen (S. 3).

Auf der Fakultätssitzung am 22.2.1968 (Studentenvertreter: Germann, Antaszek, Fausel, als Gast Meyer) wurde unter TOP 7 über den neuen Stundenplan diskutiert (0.391). Der Plan wurde leicht modifiziert angenommen. Es wurde auch über u. a. über den Antrag der Studentenschaft diskutiert, die Praktika während der Hauptvorlesung entfallen zu lassen. Wegen der geltenden Bestallungsordnung müssten diese Praktika, wie Prof. Hövels ausführte, allerdings beibehalten werden (S. 7).

Zieht man an dieser Stelle einen Schnitt, so kann man sagen, dass die „politisch aktiven“ Medizinstudenten 1967/68 (genauer: von Anfang 1967 bis zum Beginn des Sommersemesters 1968) vor allem „kleine Verbesserungen“ im Bereich des Medizinstudiums

anstreben. Ihre Einstellung war pragmatisch. Tiefgreifende Differenzen zwischen Medizinstudenten und Professoren waren nicht zu erkennen. Die Ereignisse auf der „anderen Mainseite“ wurden zur Kenntnis genommen. Sie wirkten sicher im Sinne einer „Politisierung“, doch eine direkte „Ansteckung“ ist nicht zu erkennen.

4. Das „kleine 68“ der Medizinstudenten in Frankfurt

4.1. Das Sommersemester 1968: Die Proteste beginnen, es wird gestreikt (15.5.1968)

Es ist anzunehmen, dass die Schüsse auf Rudi Dutschke am 11.4.1968 in Berlin, die anschließend wieder aufflammende Anti-Springerkampagne und die Ereignisse im Mai in Frankreich (mit Barrikaden und kurzzeitigem Generalstreik) auch auf die politisch aktiven Medizinstudenten mobilisierend (z. B. durch Teilnahme an Aktionen auf der „anderen“ Mainseite) und partiell auch radikalisierend wirkten. Spuren der genannten Ereignisse fanden sich in den von mir gesichteten Unterlagen allerdings nicht.

Nach den von mir gesichteten Unterlagen entzündeten sich die Studentenproteste auf der Medizinerseite zunächst an den Themen Reform des Medizinstudiums, allgemeine Hochschulreform und Probleme im Bereich Medizinalassistenten, etwas später kam der „große“ Komplex Notstandsgesetzgebung dazu.

Auf der Fakultätssitzung am 9.5.1968 (Studentenvertreter: Meyer, Fausel, Antaszek) gab Dekan Prof. Wacker einen Überblick über die Entwicklung der Diskussion über die Reform des Medizinstudiums in Frankfurt (0.391). Er erwähnte en passant, dass außer in Frankfurt bisher nur in Hamburg Unterricht am Krankenbett eingeführt worden sei. Prof. Hövels berichtete über die Arbeit der Kommission für studentische Angelegenheiten. Es sei ein Antrag der Fachschaft Medizin diskutiert worden, in den Hauptvorlesungen (gemeint war vor allem die Chirurgievorlesung von Prof. Geißendörfer) auf das Aufrufen von Studenten zu verzichten (S. 2f.). Das Fakultätsprotokoll zu diesem Punkt ist nicht sehr klar, deut-

lich wird nur, dass man festlegte, dass (zunächst versuchsweise) im Vorlesungssemester weiter aufgerufen werden sollte, im Semester mit Unterricht am Krankenbett jedoch nicht.

Unter TOP 3 wurde über die neue Universitätsatzung debattiert. Laut Protokoll würden derzeit fünf Entwürfe erörtert (S. 3). Der Dekan hielt fest, dass die jetzige Satzung am 30.6.1968 auslaufe; wenn es keine neue geben würde, gelte die alte gewohnheitsrechtlich weiter (S. 3). Im Zuge der Diskussion meldete sich Prof. Gerchow zu Wort. Er stellte die Frage, warum die Studenten sich, wie der AstA-Vorsitzende Birkholz gesagt habe, an der Rektorwahl (am 19.6.1968) beteiligen wollten, nachdem sie sich aus allen Gremien zurückgezogen hätten. Student Antaszek sprach in diesem Zusammenhang dem AstA-Vorsitzenden Birkholz die Berechtigung ab, „für die Studentenschaft zu sprechen“ (S. 4).

Unter TOP 4 wurde über die Senatssitzung vom 27.4.1968 berichtet. Auf dieser Sitzung wurde laut Bericht der Beschluss gefasst, dass bei Antrittsvorlesungen kein Talar mehr getragen werden solle, der Rektor solle jedoch noch seine Amtskette tragen (S. 6). Auf dieser Senatsitzung wurde laut Bericht des Weiteren ein Antrag der Studentenschaft auf Errichtung eines Benno-Ohnesorg-Denkmal abgelehnt; das Denkmal habe keine Beziehung zu Frankfurt, die eingereichte Begründung sei in einer „ideologisch überladenen Form“ abgefasst (S. 6). Student Meyer „protestierte“ (so die problematische Formulierung im Protokoll) dagegen, „daß keine Beziehung zwischen den Vorgängen in Berlin und Frankfurt“ bestünde (S. 6).

Unter TOP 8 wurde vermerkt, dass zum WS 1968/69 160 Medizin- und 16 Zahnmedizinstudenten zugelassen werden könnten. Zusätzlich könnten bis zu 20 Biologen in die Medizin und bis zu 8 in die Zahnmedizin wechseln (S. 8).

Unter TOP 18 erklärte Student Antaszek den Fakultätsmitgliedern die Fragebogen, die für die Vorlesungskritik erstellt worden waren. Es hatte im Vorfeld eine Anfrage von Journalisten gegeben, wie sich die Professoren zu diesem Vorschlag stellen würden. Der

Dekan sagte, er werde der Presse mitteilen, dass die Professoren der Kritik positiv gegenüberstehen (S. 12).

Student Meyer referierte unter TOP 19 über die zum Teil verzweifelte Lage der Medizinalassistenten. Durch freien Zugang zum Medizinstudium bis 1963 habe sich die Zahl der Medizinalassistenten stark erhöht. Viele Assistenten könnten ihre Ausbildung nicht in der gesetzlich vorgesehenen Zeit ableisten (S. 12). Am Tag des Deutschen Ärztetages sei eine Aktion auf Bundesebene geplant, am 14.5.1968 würden in allen Fachschaften Medizin, also auch in Frankfurt, Protestveranstaltungen stattfinden (S. 13).³⁴

In der nächsten Zeile heißt es dann im Protokoll, dass für Dienstag, den 14.5.1968 ein Vorlesungsstreik geplant sei. Dazu ein wörtliches Zitat: „Der Antrag der Studenten am Dienstag, 14.5.1968 von 8 Uhr bis 18 Uhr einen Vorlesungsstreik durchzuführen, wird von der Fakultät ohne Gegenstimmen u. Enthaltungen angenommen“ (S. 13). Es ist unklar, ob dieser Streik (und wenn ja, in welchem Umfang) in Frankfurt durchgeführt wurde, denn kurzfristig entwickelte sich eine andere „Streikdynamik“.

Dies wird anhand des Protokolls der außerordentlichen Fakultätssitzung vom 16.5.1968 (Donnerstag) erkennbar (Studentenvertreter: Antaszek, Fausel, Meyer) (o.391). Dekan Prof. Wacker ging unter TOP 1 auf die Ereignisse an der Universität und an der Medizinischen Fakultät „in den letzten 48 Stunden“ ein (S. 1). Er

34 Nach einem im Internet zugänglichen Artikel im Spiegel Nr. 22 vom 27.5.1968 (S. 157) hatten am Dienstag der vorletzten Woche (gemeint wohl: Dienstag, der 14.5.1968) Protestaktionen von Medizinstudenten und Medizinalassistenten in „nahezu allen“ deutschen Universitätsstädten stattgefunden. Demnach würden viele Krankenhäuser die „bezahlten“ Stellen künstlich knapp halten, um sich „unbezahlte“ Medizinalassistenten zu sichern. Das Durchschnittsgehalt eines Medizinalassistenten betrug zu dieser Zeit 500 DM pro Monat. In dem Artikel wurde auch das Go-in von ca. 60 Studenten und MA in eine Sitzung des 71. Ärztetags „am Montag letzter Woche“ in Wiesbaden erwähnt.

Entwurf

Außerordentliche Fakultätsstizung der Med. Fakultät
am Donnerstag, 16. 5. 1968, im Sitzungszimmer des
Verwaltungsgebüdes der Universitätsklinik
2. Stock, Tel. 2112

Beginn: 18.15 Uhr Ende: 21.00 Uhr

Anwesende: Wacker (Dekan)
Starck, Schmidt, Wezler, Grewen, Schroeder, ~~KXXK~~
Holtz, Rotter, Hübner, Herrmann, Geißendörfer, Strnad,
Lorenz, Taubert, Siede (ab 19.30), Frey, Pirllet, Knothe,
May, Kuck, Vosteen, Doden, Ruf (18.45 Uhr), Bochnik,
Schoob, Gerchow, Degenhardt, Artel (ab 18.30 Uhr),
~~KXXXX~~ Matner, Hoffmann, Dus, Zimmer, Schöffling,
Contzen, Möhrchen, ^[Antascheck, Fausel, Meyer] *Dr. de. l. e.*

Endschuldigt fehlten: Heintz, Käiser, von Reckow, Harbauer, Krücke
<Antascheck>

Um 18.15 Uhr begrüßte der Dekan die anwesenden Fakultätsmitglieder und teilt mit, daß bei dieser außerordentlichen Fakultätsitzung zwei Punkte auf der Tagesordnung ständen

1. die Durchführung von Lehrveranstaltungen und Prüfungen,
2. Verschiedenes.

Hiernach eröffnet der Herr Dekan die Tagesordnung und geht über zu Punkt 1.

I. Durchführung von Lehrveranstaltungen u. Prüfungen.

Der Dekan führt aus, daß nach § 16 des Hess. Hochschulgesetzes der Dekan für die innere Ordnung der Fakultät verantwortlich ist. Danach ging er auf die Ereignisse der letzten 48 Stunden an der Universität, im allgemeinen und der Med. Fakultät ~~insbesondere~~ im besonderen ein.

Folgende Punkte seien besonders bemerkenswert gewesen:

1. Der VDS habe am 12.5.1968 an die Rektoren und Studenten appelliert, Lehrveranstaltungen nicht durchzuführen. Von einem Streik sei kein Wort gesagt worden.
2. Vorlesung der Antwort des Rektors vom 14.5.1968
Es wurde vorgeschlagen, über die Durchführung oder Nichtdurchführung von ~~XXXXXXX~~ Lehrveranstaltungen in den jeweiligen Vorlesungen abstimmen zu lassen.
3. Brief des Studentenparlamentes vom 13.5.1968, worin für Mittwoch, 15.5.1968 zum Streik ohne Gewaltanwendung aufgerufen wurde.
4. Vorlesung eines Flugblattes mit einem Streikaufruf des SHB.

Ergänzend ~~sind~~ hierzu teilte der Dekan mit, daß von Streikposten am Betreten der Universität gehindert worden sei. Herr Hövels berichtete danach über den Verlauf der Senatssitzung. Diese habe im Kuratorium stattgefunden, da die Universität von Streikenden g abgesperrt war. Der Kultusminister habe ab 10.00 Uhr teilgenommen. Im Haupthaus der Universität konnten keine Diskussionen geführt werden. Prüfungen von der Wirtschafts- u. Sozialwissenschaftlichen Fakultät sowie der Juristischen Fakultät wurden jedoch ungestört durchgeführt. Es sei dann zu einer Abstimmung über Weiterführung des Streikes unter den vor der Universität anwesenden Studenten gekommen. Die Mehrheit sprach sich

Protokoll der Fakultätssitzung vom 16.5.1968, S. 1: Streikaufrufe (0.391).

berichtete, dass der Verband Deutscher Studentenschaften (VDS) am 12.5.1968 an Studenten und Rektoren appelliert habe, Lehrveranstaltungen nicht durchzuführen (gemeint war: am 15.5.1968, dem ersten Tag der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag). Der Rektor habe am 14.5. geantwortet und vorgeschlagen, in den jeweiligen Lehrveranstaltungen über Durchführung oder Nicht-Durchführung abstimmen zu lassen (S.1). Das Frankfurter Studentenparlament habe mit Brief vom 13.5. für Mittwoch, den 15.5., zum Streik ohne Gewaltanwendung aufgerufen. Daneben habe es laut Dekan noch einen Streikaufruf des Sozialdemokratischen Hochschulbundes (SHB) gegeben.

Im Folgenden ging es um Vorfälle am Mittwoch, den 15.5.1968, im Umfeld einer Senatssitzung. Prof. Hövels berichtete der Fakultät über die Senatssitzung, die an diesem Tag stattfand. Sie musste laut Hövels „im Kuratorium“ stattfinden, da die Universität „von Streikenden abgesperrt“ worden sei (S.1). Laut Hövels kam es „zu einer Abstimmung über Weiterführung des Streikes unter den von der Universität anwesenden Studenten“ (S.2). Die Mehrheit habe sich gegen die Weiterführung ausgesprochen (S.3). Hövels berichtet dann noch, wie der Senat „während der Diskussion mit den streikenden Studenten“ durch „ein Seitentor in die Universität eingezogen sei, nachdem sowohl durch den Rektor, Kultusminister, als auch Senatsmitgliedern [!] unter Mithilfe von Studenten die Barrikaden abgebaut worden seien“ (S.2).

Student Meyer gab eine Stellungnahme der Fachschaft Medizin zu den Vorgängen der letzten Tage ab. Am Montag, den 12.5., habe man sich entschlossen, dem Aufruf des VDS (also Streik am 15.5. wegen der Notstandsgesetzgebung) Folge zu leisten (S.2). Sowohl der AStA als auch die Fachschaft Medizin lehnten laut Meyer „alle Gewaltanwendung gegen Studienwillige“ ab. Das Protokoll (genauer: der Entwurf) weiter: „Am 16.5. sollten [gemeint: wieder] Vorlesungen stattfinden. Herr Meyer betont jedoch, dass damit die Diskussion über die Notstandsgesetze [!] und [die] Universitätsreform nicht aufhörten und bittet um weitere Möglichkeiten zu poli-

tischen Diskussionen“ (S. 2).³⁵ Der Dekan schlug vor, dass in jeder Vorlesung separat abgestimmt werden solle. Prof. Starck (Anatomie) beschrieb, wie er am 15.5. vorgegangen sei. Bei ihm hätte sich eine Mehrheit von 92 zu 84 für die Vorlesung ausgesprochen, wobei auch viele Nicht-Mediziner an der Abstimmung mitgewirkt hätten (S. 2). Student Meyer meinte dazu, „Abstimmungen seien fragwürdig, da viele Studenten nicht genügend informiert seien, um die richtige Motivierung zu haben [...]“ (S. 2).

Es ging dann um die Frage, ob Ermittlungen gegen Studenten in Gang gesetzt werden sollten (S. 3). Prof. Hövels sagte dazu (im Protokollentwurf steht hier fälschlicherweise „sagt zu“), dass der Senat Ermittlungen in Gang setzen würde. Student Antaszek sprach sich dagegen aus, es bestünde die Gefahr, dass sich viele Studenten mit dem SDS solidarisieren würden (S. 3). Als Gegenmaßnahme gegen eine solche Solidarisierung diskutierte die Fakultät (d.h. die Professorenschaft) u. a. die Vorschläge „Betonung“ (gemeint: Ausweitung) der Öffentlichkeitsarbeit, Herausgabe von Flugblättern und (gegebenenfalls) sogar einen Vorlesungsstreik der Professoren (S. 3). Prof. Holtz schlug vor, eine medizinische Hochschule zu gründen, die von der Universität unabhängig sei (S. 4). Prof. Hövels wandte sich gegen diesen Vorschlag (S. 5), über den im Übrigen auf der Fakultätssitzung am 12.12.1968 noch einmal diskutiert wurde (siehe dazu unten).

Es sei schon hier darauf hingewiesen, dass im Sommersemester 1968 die tendenziell linksorientierte studentische Basisgruppe Medizin (siehe dazu den Exkurs unten) erste Aktivitäten entfaltete. Sie machte u. a. den Kampf gegen die Notstandsgesetzgebung zu ihrem Thema und richtete darüber hinaus einen Arbeitskreis Medizinsoziologie ein.

35 Nach einem Protokoll einer Fachschaftssitzung vom 22.5.1968 (Ordner Hahn, 2) war am 24.5. eine Diskussion mit Bundestagsabgeordneten über die Notstandsgesetzgebung im Hörsaal der Anatomie geplant (es ist unklar, ob diese Diskussion stattfand).

4.2. Das Wintersemester 1968/69: Vollversammlungen und Streikdrohungen

Die Sitzung am 17.10.1968 war die erste Fakultätssitzung des Wintersemesters 1968/69 (o.391). Neuer Dekan war Prof. Knothe, als Studentenvertreter waren Fausel, Prassek, Kemmer und Meyer anwesend. Prodekan Prof. Wacker gab eingangs einen Bericht über die letzten Senatssitzungen (S. 1). In Bezug auf die Strafverfolgung von Studenten, die an der Rektorsbesetzung teilgenommen hatten, wurde mitgeteilt, dass der Schaden 80.000 DM betragen habe und vom Kurator in der Zwischenzeit beglichen worden sei. Die meisten Strafverfahren seien eingestellt worden. Im Februar 1969 würden eventuell zwei Disziplinarverfahren eingeleitet werden.³⁶

Die nächste Sitzung fand am 7.11.1968 statt (o.391). Die Studenten (Namensangaben fehlen) verließen die Sitzung laut Protokoll kurz nach Beginn, sie mussten zum „Wahlkampf“. Es wurde u. a. eine Kommission eingesetzt mit der Aufgabe, zu den Empfehlungen des Wissenschaftsrates von 1968 Stellung zu nehmen (S. 3).³⁷

36 Auf der Sitzung wurde auch über den Entwurf einer Stellungnahme der medizinischen Fakultät zum Referentenentwurf eines Gesetzes über die Universitäten des Landes Hessen abgestimmt (u. a. ging es dabei um die Einrichtung von Fachbereichen) (S. 5). Es wurde ferner ein Brief des Kurators (Strobel) an den Kultusminister bzgl. Wiedergutmachung von Dr. med. Hans Cohn besprochen (S. 7). Ich erwähne dies zum einen, weil sonst Wiedergutmachung in der Zeit um 1968 für die Fakultät kein Thema war, zum anderen, weil über Hans Cohn in der einschlägigen neueren Literatur (Heuer, Wolf; Drexler-Gormann) nichts zu finden ist (nur im Kallmorgen 1936 findet sich eine kurze Notiz; demnach „verzog“ Cohn 1933 „ins Ausland“). Der Kurator schlug im Übrigen vor, im Rahmen der Wiedergutmachung Cohn die Ruhestandsbezüge eines wissenschaftlichen Rates sowie die Führung des entsprechenden Titels zu genehmigen (S. 7). Die Fakultät erklärte sich einstimmig mit dem Vorschlag einverstanden.

37 Nebenbei: Unter TOP 10 (Verschiedenes) gab es u. a. eine Mitteilung von Prof. Wezler: „Es sei ihm ein Fall bekannt geworden, dass ein Studi-

Eine außerordentliche Fakultätssitzung wurde am 28.11.1968 abgehalten (o.391).³⁸ Es ging dabei um die Entwicklung der Datenverarbeitung in der Medizin. Anwesend war auch Ministerialdirigentin Dr. von Bila, die in dieser Zeit sehr einflussreich war. Es handelte sich um eine Informationsveranstaltung, ein Beschluss wurde nicht gefasst.

Auf der Fakultätssitzung am 12.12.1968 stellte der Dekan zunächst die neuen Fachschaftsvertreter vor (im Protokoll wurde vergessen, die Namen aufzuführen; auf S. 2 fällt der Name Hahn) (o.391). Es wurde unter TOP 1 über die Senatssitzung vom 11.12.1968 berichtet. Der Dekan verlas ein Gutachten, das der Rektor der Universität München über den Einsatz von polizeilichen Maßnahmen erbeten hatte (keine Angaben zum Inhalt).³⁹ Es wurde dann über die Möglichkeit der Abtrennung der medizinischen Fakultät von der Universität diskutiert, die Universitätsspitze, so Prof. Starck, sei dagegen, sie sehe „in der medizinischen Fakultät noch einen ruhenden Pol“ (S. 1). Die Abtrennung würde auch im Ministerium auf Widerstand stoßen.

Unter TOP 10 stellte Prof. Holtz die Frage, ob die Fachschaft Medizin wegen des geplanten Vorlesungsstreiks (es ist unklar, ob damit die Bestreikung der Chirurgievorlesung Prof. Geißendörfers oder die Umsetzung eines geplanten Streiks der „Hauptuniversität“

enstipendiat des Deutschen Volkes, der zu einem Aufenthalt nach den USA ging, von dort bereits vor Beendigung des Studiums abgeworben wurde“ (S. 7).

38 Im Protokoll waren studentische Vertreter nicht aufgeführt. Studenten waren jedoch „auf Holzstühlen“ anwesend (so ein Bericht in der Sectio Nr. 2, [Dezember 1968], S. 1, Ordner Hahn 1).

39 Nach einem anonymen Text in der Sectio [o.Nr:], [Februar 1969], S. 5 nahm das Gutachten (Verfasser: Prof. Lerche) zur Frage des Polizeieinsatzes auf „akademischem“ Boden in dem Sinne Stellung, dass ein solcher Einsatz rechtens sei. Nur nebenbei: In dieser Ausgabe der Sectio schrieb auch der Assistent Siegfried Granitzka über die „Möglichkeiten einer praktischen Studienreform“ (S. 10f.).

gemeint war) beim Dekan bzw. beim Rektor vorgesprochen habe. Die Frage wurde vom Dekan verneint (S. 3).

Die Unruhe unter den Frankfurter Medizinstudenten nahm gegen Ende des Jahres 1968 zu, erkennbar vor allem an der Häufung der Vollversammlungen. Pointiert kann man sagen, dass das Wintersemester 1968/69 zum „Semester der Vollversammlungen“ wurde.⁴⁰

Eine Vollversammlung fand laut Sectio Nr. 2, [Dezember 1968], S. 1 (Ordner Hahn, 1) am 13.12.1968 im Hörsaal Anatomie statt. Mehr als 500 Studenten wollten laut Sectio „Situationsberichte“ zum Streik an der Universität hören. U. a. referierten aus dem Bereich Soziologie Hans-Jürgen Krahl, aus dem Bereich Medizin Peter Crell. Es wurde laut Sectio der Beschluss gefasst, die Chirurgievorlesung von Prof. Geißendörfer zu bestreiken, wenn bis Montag, den 16.12.1968 die Anwesenheitskontrolle nicht abgeschafft und kein neues Vorlesungskonzept (unter Beteiligung der Studenten) vorgelegt worden sei.

Eine weitere Vollversammlung fand am 16.12.1968 statt (Sectio Nr. 2, [Dezember 1968], S. 1, Ordner Hahn, 1). Zwischenzeitlich hatte Prof. Geißendörfer wohl Zugeständnisse gemacht.⁴¹ Die Studenten beschlossen, den Streik auszusetzen, bei Nichtverwirklichung der

40 Bis zum 24.1.1969 fanden drei Vollversammlungen im WS 68/69 statt, an diesem Tag sollte die vierte stattfinden; vgl. K. Hahn: Zur Situation, Sectio [o. Nr:], [Januar 1969], o. S., Ordner Hahn, 1). – Nur nebenbei: Die Vollversammlung war keine Erfindung der Jahre um 1968. Kraushaar (S. 141) erwähnte en passant, dass es im Dezember 1952 eine Vollversammlung in der Frankfurter Aula gegeben habe.

41 A. Diethelm (von der Basisgruppe Medizin) schrieb in der Sectio [o. Nr:], [Januar 1969], o. S. von „seit langem bestehenden und bisher nie geänderten“ Missständen in der Vorlesung des Ordinarius für Chirurgie. Nach der Streikandrohung der Studenten hatten sich laut Diethelm Dekan und verschiedene Professoren (darunter Hövels) „vermittelnd“ eingeschaltet (Diethelm wertete dies als elastisches Abfedern, die Studenten sollten „beruhigt“ werden). Diethelm: „Wir dürfen nicht darauf warten, daß Professoren die Probleme in ihrem Sinne lösen! Wir dürfen nicht daran glauben, daß Sie unsere Interessen vertreten! Wir müssen unsere Fakultät selber neu gestalten!“ (Ordner Hahn, 1).

Zusagen neu zu entscheiden. Des Weiteren wurden vier studentische Arbeitskreise zur Neuordnung der Fakultät eingerichtet.

Am 17.12.1968 tagte die Fachschaft Medizin (Sectio Nr. 2, [Dezember 1968], S.2 (Ordner Hahn, 1). Laut Sectio war sie formal nicht beschlussfähig. Dennoch wählte man Studenten als Mitglieder der Kommissionen zur Neuordnung der Fakultät. Die „Gewählten“ waren: Ernst Girth, Gerd Francke, Peter Crell, Kristian Hahn, Artur Diethelm, Walter Schupfner und Hans-Heinrich Enders-Comberg (die zuerst genannten fünf Studenten gehörten der Basisgruppe Medizin an; Schupfner und Enders-Comberg sind in der mir vorliegenden Mitgliederliste der Basisgruppe nicht erwähnt, siehe dazu den Exkurs unten).

Nur nebenbei: In dieser Ausgabe der Sectio wurde nach den Berichten über die Vollversammlungen direkt hintereinander – seltsame Zusammenstellung – zum Winterball der Mediziner am 20.12.1968 und zu einem „interfakultativen Teach-In“ an der Hauptuniversität am 19.12.1968 eingeladen (Sectio Nr. 2, [Dezember 1968], S. 2, Ordner Hahn, 1).

Das Erstarken der tendenziell linksgerichteten Basisgruppe Medizin hatte direkte Folgen für die Fachschaft Medizin. Am 7.1.1969 traten Ulf Evertz und Mathias Reinhardt (beide aus der Gruppe Information) aus der Fachschaft aus. Sie distanzierten sich nach einem Bericht von „Paf“ („Austritt aus der Fachschaft“, Sectio [o.Nr:], [Januar 1969], o.S., Ordner Hahn, 1) von den „Vollversammlungen vom Dezember“ und warfen der „Redaktion“ der Sectio (gemeint: Hahn) vor, eigenmächtig Ausgaben herausgebracht zu haben. Evertz und Reinhardt befürchteten laut „Paf“, dass die Fachschaft einer „Linkstendenz“ erliege.⁴² Für die beiden Zurückgetretenen würden laut „Paf“ Walter Schupfner und – vorläufig – Elke Magnus nachrücken (in der Notiz hieß es noch, dass sich damit die Zahl der zurück-

42 Das gemeinsam von Ulf Evertz und Mathias Reinhardt unterzeichnete Rücktrittschreiben vom 7.1.1969 fand sich im Ordner o.384.

sectio

fachschaft
medizin
frankfurt



AUS DEM INHALT

- + Zur Situation (Kristian Hahn)
- + Die Verfolgung und Knebelung der studentischen Emanzipation, dargestellt durch die Vollversammlung der Medizinstudenten zu Frankfurt unter der Anleitung des Herrn Hövels (A. Diethelm)
- + Der Zopf muß ab oder
Wer hat Angst vorm bösen Streik (Peter Fülle)
- + Bericht von der Vollversammlung
17. 1. 1969
- + Mensaverhältnisse
- + Information für die Klinik
- + Abgabe bei Prof. Schneider

Titelblatt der Sectio [o. Nr.], [Januar 1969] (Ordner Hahn).

getretenen Fachschaftsvertreter aus der Gruppe 69 auf vier erhöht habe; wobei das Verhältnis der Gruppe Information zur Gruppe 69 nicht näher erläutert wurde).⁴³

Die erste Fakultätssitzung im Jahr 1969 fand am 16.1.1. statt (o.391). Als Studentenvertreter wurden die Herren Kemmer, Schulz [!],⁴⁴ Schupfner, Kieyck [S. 6: Kieyk] und Hahn sowie „Fräulein Reinhard“ [richtig wohl: Reinhardt] genannt (S.1).

Die Studenten stellten zunächst „unpolitische“ Forderungen. Es wurde ein Antrag der Fachschaft Medizin zur Einrichtung eines Kindergartens (bzw. einer Kinderkrippe) im Bereich des Klinikums diskutiert. Die Fakultät drückte ihre grundsätzliche Bereitschaft zur Unterstützung des Projektes aus. Ein Beschluss wurde nicht gefasst. Es wurde auch ein Antrag der Fachschaft Medizin zur Errichtung einer Zentralvermittlungsstelle für Dissertationsthemen besprochen. Die Fachschaft forderte, dass der zentralen Vermittlungsstelle in der Fachschaft die alleinige Vergabe von Dissertationen vorbehalten bleiben sollte (S. 3). Die Fakultät entschied, über den Antrag nicht abzustimmen, die selbstständige Durchführung eines derartigen Projektes durch die Fachschaft jedoch unter Berücksichtigung der Streichung des Alleinvergabevorbehalts zu befürworten.

Diskutiert wurde schließlich über die Rechtslage der Universität. U. a. verlas der Dekan den § 35 des hessischen Hochschulgesetzes. Die Zahl der Studentenvertreter und der Nicht-Habilitiertenvertre-

43 Zu diesem Komplex konnten auch die befragten Zeitzeugen nichts Genaueres sagen.

44 Ich vermute, dass der Name nicht richtig geschrieben wurde, gemeint war wohl Walter Schultz. Im Ordner o.384 findet sich ein Brief von Walter Schultz vom 29.4.1969 an den Dekan, in dem er seinen Austritt aus der Fachschaft Medizin erklärte. Er war laut Brief aufgrund seiner Äußerungen bei der Sitzung der Kommission für studentische Angelegenheiten am 24.4.1969 von der Fachschaft „abgewählt“ worden. Da auch die Studenten Langheinrich und Schupfner aus der Fachschaft ausgetreten seien, sei die Gruppe 69 „quasi nicht mehr vertreten“, eine „sinnvolle Arbeit“ sei derzeit „unmöglich“.

ter in der Fakultät war demnach mit Wirkung vom 1.1.1969 auf 5 erhöht worden. Student Hahn erklärte, dass seine Gruppe zunächst nicht an den Abstimmungen der Fakultät teilnehmen werde, da man der Ansicht sei, „die gegenwärtige Regelung verletze das Paritätsprinzip“ (S. 4). Hahn sprach sich explizit für die „Öffentlichkeit“ der Fakultätssitzungen aus (S. 4).⁴⁵

Am 17.1.1969 wurde erneut eine Vollversammlung der Medizinstudenten abgehalten (vgl. „Paf“: Der Zopf muss ab – oder – Wer hat Angst vorm bösen Streik, Sectio [o.Nr.], [Januar 1969], o.S., Ordner Hahn 1). Laut „Paf“ nahmen ca. 300 Studenten an der Vollversammlung teil. Die Versammlung habe u. a. die „Öffentlichkeit der Fakultätssitzungen“ (ausgenommen Teile zu Habilitationen und Berufungen) gefordert. Man habe dem AstA angeboten, bei einer polizeilichen Schließung seiner Räume in den Räumen der Fachschaft Medizin zu tagen. Es sei auch beschlossen worden, in den Streik zu treten, wenn einzelne Studenten wegen ihrer politischen Aktivität von der Universität verwiesen würden (Hintergrund: Es hatte eine Anzeige von Rektor Rüegg u. a. gegen den Medizinstudenten Peter Crell, SDS,⁴⁶ wegen einer Plakataktion im Hauptgebäude der Universität gegeben).

Am 22.1.1969 gab es noch eine „Vollversammlung“ der Studenten des 1. vorklinischen Semesters (Sectio [o.Nr.], [Januar 1969], o.S.). Die Zustände in Frankfurt im Bereich des ersten Semesters wurden als „bisher schon skandalös“ beschrieben. Im SS 1969 sollten nun nur ca. 60 von 200 eingeschriebenen Studenten einen Platz im Chemiepraktikum (im Chemischen Institut) bekommen. Es

45 Aufschlussreich ist noch die Aufforderung an die Studenten unter TOP 5, einen Fachschaftssprecher zu ernennen. Student Hahn hielt dem entgegen, dass die Fachschaft jetzt von einem Gremium geleitet werde. Da die Fakultät auf einer Einzelperson bestand, wurde anschließend Kemmer gewählt (S. 5).

46 Crell gehörte auch der Basisgruppe Medizin an, siehe dazu den Exkurs unten.

wurde eine Resolution verabschiedet, wonach die Erstsemester ab dem 29.1.1969 in einen dreitägigen Warnstreik treten würden (es ist unklar, ob dieser Warnstreik durchgeführt wurde).

Vor der nächsten (Gesamt-)Vollversammlung, die am 24.1.1969 geplant war (ein Bericht darüber liegt mir nicht vor), wehrten sich nach einem Artikel in der Sectio die „überalterten“ Ordinarien mit „hilflosen“ repressiven Maßnahmen gegen die Medizinstudenten (Bericht Hahn, Sectio [o.Nr:], [Januar 1969], o. S., Ordner Hahn, 1): Es gebe für Vollversammlungen kein „vorlesungsfrei“ mehr, die Informationsfreiheit sei eingeschränkt worden (Prof. Rotter habe z. B. verboten, ein Gegenplakat des AStA gegen ein Plakat des Rektors in seinem Institut aufzuhängen). Die Forderung der Studenten (so Hahn) lauteten: „Nehmen Sie neue Ideen ernst. Verlassen Sie Ihren reaktionären Standpunkt. Geben Sie uns die Möglichkeit, uns selbst zu erproben. Noch besteht die Möglichkeit zur Zusammenarbeit!“.

Man bemühte sich in dieser Zeit im Bereich der Basisgruppe Medizin (siehe dazu den Exkurs unten), zu der Hahn gehörte, um ein gewisses medizintheoretisches Niveau. Einer der besten Texte in diesem Zusammenhang (leider nur unterzeichnet mit „Basisgruppe Medizin“) findet sich in der Sectio [o.Nr:], [Februar 1969], S. 13-15 (Ordner Hahn, 1). U. a. wurde hier unter Verweis auf den Internisten und „Arztphilosophen“ Herbert Plügge darauf aufmerksam gemacht, dass das „spezifisch Menschliche [...] [der Medizin] sich nicht der naturwissenschaftlichen Frage erschließt“. Die „an der Leiche beginnende Erziehung“ und eine Physiologie, die sich „vornehmlich mit Katzen und Fröschen“ befasse, wurden explizit kritisiert: „Solange in der Medizin die Menschlichkeit des Kranken in Forschung und Lehre nicht methodisch für die Entstehung, Verlauf und Behandlung von Krankheiten anerkannt wird, bleibt Medizin Veterinärmedizin“ (S. 14).

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass an der Fakultätssitzung vom 13.2.1969 Studentenvertreter laut Protokoll nicht teilnahmen (o.391). Es ging vor allem um Lehrstuhlbesetzungen (Zahnheilkunde, Physiologie, Dermatologie, Orthopädie, Gynäkologie).

Ohne Studenten fanden auch die außerordentlichen Fakultätssitzungen am 3.3.1969 (es ging um den Lehrstuhl für Geburtshilfe und Gynäkologie) und am 1.4.1969 (es ging um den Lehrstuhl für Orthopädie) statt (o.391).

4.3. Das Sommersemester 1969: Die Proteste erreichen ihren Höhepunkt, eine Fakultätssitzung wird gesprengt (8.5.1969)

Nach einem Text mit der Überschrift „Was bisher passierte“ (ohne Provenienzanzeige, o.939) der Fachschaft Medizin in Frankfurt standen zu Beginn des Sommersemesters 1969 zwei Ereignisse im Vordergrund: 1.) 270 Studenten verweigerten die Biochemieprüfung. 2.) Prof. Geißendörfer (Chirurgie) führte die Anwesenheitskontrolle in der Chirurgievorlesung wieder ein.

Diese Themen konnten auf einer Vollversammlung am 21.4.1969 nicht beraten werden, da zu dieser Zeit die Auseinandersetzung zwischen Rektor und Fachschaft virulent gewesen sei (Fachschaft Medizin, „Was bisher passierte“, o.939).

Nach einem von der Fachschaft Medizin „dokumentierten“ Flugblatt der Medizinprofessoren war es den amtierenden Vertretern der Fachschaft Medizin seit dem 28.3.1969 durch eine „rechtsaufsichtliche Verfügung des Rektors“ untersagt, für die Medizinstudenten aufzutreten (o.939). Neue Fachschaftsvertreter könnten nur durch eine Neuwahl bestimmt werden, die „Bestätigung“ auf der Vollversammlung vom 21.4.1969 reiche nicht aus.⁴⁷

Die politisch aktiven Studenten ließen sich davon nicht abschrecken, sie beschlossen, ihre Kritik am Studium, besonders am herrschen-

⁴⁷ Nach einem undatierten Flugblatt der Fachschaft Medizin zur Situation an der medizinischen Fakultät (ohne Datum, kurz nach dem 22.5.1969 abgefasst) war der Versuch des Rektors, die Fachschaften zu suspendieren, vom Verwaltungsgericht Frankfurt als rechtswidrig eingestuft worden (Ordner Hahn, 1).

den Prüfungssystem, auf der Sitzung der „Kommission für studentische Angelegenheiten“ der Fakultät am 24.4.1969 vorzutragen (Fachschaft Medizin, „Was bisher passierte“, o.939). Etwa 20 Medizinstudenten wollten dabei – wie es hieß - die „Öffentlichkeit“ der Sitzung herstellen. Die Professoren Vosteen, Hövels, Geißendörfer, Rotter, Martin und Contzen hätten dieses „erweiterte Gremium“ für „nicht arbeitsfähig“ gehalten und die Sitzung beendet.⁴⁸

Die Studenten luden daraufhin alle Studenten und Professoren zu einer „öffentlichen“ Kommissionssitzung am 7.5.1969 ein (Flugblatt „Neurotische Professoren verweigern Zusammenarbeit“; o.939). Die Sitzung fand statt, laut Flugblatt erschienen vier Professoren, drei Assistenten und ca. 40 Studenten.

Im Ordner o.939 findet sich ein Schreiben von Prof. Hövels vom 8.5.1969 an den Dekan. Hövels hatte demnach mit den Professoren Harbauer, May und Vosteen an der „öffentlichen“ Kommissionssitzung am 7.5. teilgenommen. Er bat um Erlaubnis, zwei auf der „Kommissionssitzung“ erarbeitete Anträge (genauer: Antragskomplexe) auf der am selben Tag (8.5.) stattfindenden Fakultätssitzung stellen zu dürfen. Der Antragskomplex 1 enthielt drei Unterpunkte: 1. Zwischenprüfungen sollen nicht so abgehalten werden, dass von ihrem Ergebnis der Verlust eines Semesters abhängt. 2. Die Aushängung des Praktikantenscheines ist von der Teilnahme an einer Abschlussprüfung, aber nicht von deren Ergebnis abhängig zu machen. 3. Die Prüfung soll anonym sein. Zu Antragskomplex 2

48 Die Fachschaft Medizin gab dazu in dem Text „Was bisher passierte“ folgende Stellungnahme ab: „Die Fachschaft Medizin versteht ihre künftige Aufgabe darin, studentische Interessen zu artikulieren, die aufgrund ökonomischer Verhältnisse den Interessen der Professoren zuwider laufen müssen. Die Konsequenz hieraus ist, daß die Medizinische Fachschaft ab sofort aus den Kommissionen ihren Austritt erklärt, die von Professoren installiert wurden, und nur die Funktion erfüllen, die wahren Entscheidungsprozesse in der medizinischen Fakultät zu verschleiern [...] Die Universität gehört den Studenten. Die Universität gehört uns“ (o.939).

hieß es: „Die Fakultät möge beschließen: Über folgende Punkte: 1. die neue Approbationsordnung, 2. die Studienreform, 3. die Handhabung von Zwischenprüfungen, 4. Zulassungen zum Medizinstudium wird öffentlich in außerordentlichen Fakultätssitzungen verhandelt und beschlossen“ (0.939).

Diese „Anträge“ wurden dann auch auf der denkwürdigen Fakultätssitzung vom 8.5.1969 vorgelegt, wobei die Sitzung nicht durch die Anträge denkwürdig wurde, sondern durch die Tatsache, dass es die erste Sitzung der medizinischen Fakultät war, die von Studenten „gesprengt“ wurde (0.391).

Die Fakultät war vorgewarnt. Schon am 5.5.1969 konstatierte die Verwaltung der Kliniken in einem Schreiben (das im Ordner mit den Protokollen der Fakultätssitzungen in Abschrift enthalten war): „Laut Mitteilung des Herrn Dekan [Knothe] muss mit Störungen der Fakultätssitzung gerechnet werden. Im Einvernehmen mit dem Herrn Dekan wurden daher einige Maßnahmen vorbereitet [...]“ (0.391). U. a. wurde festgelegt, dass die Polizei Einsatzkräfte im 10. Revier bereithalten solle. Das Hausrecht werde vom Dekan und vom Verwaltungsleiter bzw. dessen Vertreter gemeinsam wahrgenommen. Die Mitarbeiter der Verwaltung sollten das Gebäude um 16 Uhr verlassen.

Die Sitzung begann um 16.15 Uhr (in der Anwesenheitsliste wurden die Studenten Hahn, Kemmer und Karsch sowie die Studentin Röllinghoff aufgeführt) (0.391). Gleich zu Beginn brachte Hövels die am Vortag zusammen mit den Studenten erarbeiteten „Anträge“ ein. Bezüglich des ersten Komplexes (Prüfungsmodalitäten) beschloss die Fakultät, den Antrag nicht weiter zu diskutieren. Bezüglich des zweiten Komplexes gab es ebenfalls keine ausführliche Debatte. Dekan Knothe setzte aber laut Protokoll nach einer kurzen Diskussion eine außerordentliche Fakultätssitzung für Dienstag, den 20.5. an, auf der diese Fragen öffentlich behandelt werden sollten (S. 2). Die Studenten Hahn und Karsch (beide gehörten der Basisgruppe Medizin an) forderten darauf hin die Öffentlichkeit aller Fakultätssitzungen, worauf der Dekan auf die Universitätssatzung

Vertreter seien deshalb auch nur als Gäste für diese Sitzung eingeladen. Hahn entgegnete, die Fachschaft besitze das Vertrauen der Studentenschaft und sei deshalb rechtmäßig. Es erfolgte eine Abstimmung, ob der Antrag I diskutiert werden soll: von 44 Anwesenden stimmten 3 (?) für eine Diskussion, 36 dagegen, 5 enthielten sich der Stimme. Damit war die Diskussion des Punktes I abgelehnt.

Der Dekan stellte dann den Antrag, den Fragenkomplex II des von Hövels eingebrachten Antrages öffentlich zu diskutieren. Starck stellte dazu die Frage, was unter "Öffentlichkeit" zu verstehen sei. Greven möchte die Öffentlichkeit auf Angehörige und Studenten der Medizinischen Fakultät beschränkt wissen. Von der Studentin Höllinghoff wurde der Fakultät eine Diskussion des Punktes II vorgeschlagen. Hövels unterstützte diesen Antrag mit dem Hinweis auf die Dringlichkeit. Der Dekan beraumte eine ausserordentliche Fakultätssitzung für Dienstag, den 20. Mai an, auf der diese Fragen öffentlich behandelt werden sollen.

Die Studenten Hahn und Karsch forderten dann die Öffentlichkeit aller Fakultätssitzungen, worauf der Dekan auf die Verbindlichkeit der Universitätsatzung hinwies, nach der die Sitzungen nicht öffentlich sind. Daraufhin forderte Hahn die Medizinische Fakultät auf, den Anfang mit der Öffentlichkeit zu machen und verweist auf die Öffentlichkeit von Senatssitzungen und auf den Modus der öffentlichen Ausschreibungen von Lehrstühlen. Der Dekan, und wie aus dem Verhalten zu schliessen, auch die Mehrheit der Fakultät, lehnten dieses Ansinnen ab. Student Hahn nahm hierauf Stellung zur Frage, was er unter "Öffentlichkeit" verstehe: Alle interessierten Studenten, die an den Sitzungen teilnehmen wollten. Er betonte ausserdem das Recht der Studenten teilzunehmen mit dem Hinweis auf in der Tagesordnung enthaltenen Punkte Habilitationen, Zulassungsfragen und Lehrstühle. Die Atmosphäre im Sitzungssaal nimmt an Gespanntheit zu. Die Lautstärke des Meinungsaustausches unter den Fakultätsmitgliedern schwoll beträchtlich an.

Dann ging der Dekan zur Tagesordnung über und berichtete über

1. Sitzungen

a. Senatssitzung vom 15.2.1969

b. Stellungnahme des Kurators zur Planung Carolinum und Anschluss an das Fernheizwerk.

Unterdessen verließ Student Hahn den Sitzungssaal, nachdem er sich mit den anderen Studentenvertretern abgesprochen hatte.

c. Bericht über die Senatssitzung vom 6.3.1969

Um 16 Uhr 45 Unterbrechung der Sitzung durch den Einmarsch von ungefähr 30 Studenten. Der Dekan forderte sofort die Studenten auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Die Eindringlinge kamen der Aufforderung nicht nach; verhielten sich schweigend.

Protokoll der Fakultätssitzung vom 8.5.1969, S. 2: Einmarsch der Studenten (o.391).

hinwies, nach der die Sitzungen nicht öffentlich seien. Student Hahn forderte darauf hin, die Medizinische Fakultät solle „den Anfang mit der Öffentlichkeit [gemeint: der Fakultätssitzungen]“ machen, die Senatssitzungen seien auch öffentlich. Die Atmosphäre im Sitzungssaal nahm laut Protokoll anschließend „an Angespanntheit“ zu. Der Dekan ging zur Tagesordnung über (Bericht über Senatsitzungen, Stellungnahme des Kurators zur Planung Carolinum), unterdessen verließ Student Hahn den Sitzungssaal, nachdem er sich mit den anderen Studentenvertretern abgesprochen hatte. Um 16.45 Uhr wurde die Sitzung unterbrochen, und zwar laut Protokoll „durch den Einmarsch von ungefähr 30 Studenten“. Das Protokoll weiter: „Der Dekan forderte sofort die Studenten auf, den Sitzungssaal zu verlassen. Die Eindringlinge kamen der Aufforderung nicht nach; verhielten sich schweigend. Der Dekan stellte in angemessenem Ton die Bitte, den Saal zu verlassen. Nachdem auch danach die Studenten nicht nachkommen [!], hob der Dekan gegen 16.50 Uhr die Sitzung auf“ (S. 2f.).

Mit einem undatierten Flugblatt („Neurotische Professoren verweigern Studenten das Gespräch“) lud die Fachschaft Medizin nach diesem Ereignis zu einer Vollversammlung am 13.5.1969 ein („Diskutiert über Maßnahmen gegen diese Notstands-Fakultät auf der Vollversammlung der Mediziner, Di, den 13.5., 10 Uhr“; o.939).⁴⁹

Auf der Vollversammlung am 13.5.1969 waren sich die Mitglieder der Fachschaft Medizin nach einem anonymen Text (im Anschluss an den Text „Was bisher passierte“) (angeblich) einig darüber, „dass, wenn überhaupt, nur noch durch radikale Aktionen auf die Professoren Einfluss genommen werden kann“ (o.939). Näheres dazu wurde nicht ausgeführt.⁵⁰

49 Laut Flugblatt waren die Studenten vor dem Dekanat fotografiert und vor dem Sitzungssaal von politischer Polizei beobachtet worden (o.939).

50 Am Ende des Textes („Was bisher passierte“) hieß es: „Gegen die Macht der Professoren hilft nur die Macht der Studenten“ (o.939). Es wurde

Die Formulierung „radikale Aktionen“ war kein Zufall, das Thema lag „in der Luft“, Mitte 1969 wurden „radikale“ Stimmen auch unter den Medizinstudenten vernehmbar. So hieß es in einer anonymen „nicht gehaltenen Rede vor der Vollversammlung am 13.5.69“: „Die Geschichte radikaler Aktionen der Studenten ist relativ kurz. Sie begann in Berlin am 2. Juni 1967 und erreichte in den Springer-Aktionen und der Notstandsopposition ein Jahr darauf ihren vorläufigen Höhepunkt [...]. Zum jetzigen Zeitpunkt aber müssen historische Herrschaftsverhältnisse selbst angegangen werden, wie sie sich auch an der Ordinarien-Universität ausgeprägt haben“ (o.939). Diese „radikalen“ Stimmen waren aber sicher nicht repräsentativ für die aktiven Studenten. Als Beleg dafür sollen hier zwei Äußerungen aus dem Kreis der Basisgruppe Medizin angeführt werden. Kristian Hahn schrieb z.B.: „Die Aktionen der Fachschaft sind weder auf die Zerstörung der Gesellschaft noch der Forschung ausgerichtet, sondern beziehen sich auf eine positive Änderung unserer Gesellschaft und eine Intensivierung als Ausweitung der Forschung, indem sie die Ordinarienuniversität abschaffen wollen“ (Brief der Studentenschaft an die Hochschullehrer der Medizinischen Fakultät vom 14.5.1969, unterzeichnet von K. Hahn, o.939). Student „paf“ schrieb in der Sectio [o. Nr], [Februar 1969], Ordner Hahn 1, S. 4 zum Thema Gewalt: „Somit sehe ich als einzige Möglichkeit [...] demokratische Verhältnisse in der Bundesrepublik zu erhalten bzw. wieder herbeizuführen den ständigen Kampf in den vorhandenen Institutionen, nicht gegen sie. Man könnte dieses Vorgehen als Evolution bezeichnen. [...] Solange wir aber nicht ‚drin‘ sind, helfen uns nur Kampfmaßnahmen wie Streiks und Demonstrationen. Da dies – um innerhalb der Verfassung zu bleiben – unsere einzigen Kampfmittel sind, müssen wir stets auf die Sicherung dieser ver-

noch zu den Sitzungen der Basisgruppe Medizin eingeladen, die jeden Montag um 20 Uhr im Studentenhaus in der Jügelstraße stattfinden würden.

fassungsmäßigen Rechte bedacht sein. Andererseits dürfen wir uns diese Rechte auch nicht dadurch verwirken [...], indem wir unnötig und letztlich sinnlos Gewalt anwenden [...].“

Im Nachgang zur Fakultätssitzung vom 8.5. schrieb Prof. Starck (Anatomie) am 9.5.1969 an das Hessische Ministerium für Arbeit, Volkswohlfahrt und Gesundheitswesen in Wiesbaden bezüglich der Vergabekriterien für Praktikantenscheine (o.939).⁵¹ Starck bezog sich auf den „Antrag Hövel“. Er wollte vor allem wissen, ob das Ministerium gewillt sei, die Streichung der Formulierung „regelmäßig und mit Erfolg“ auf den Scheinen zuzulassen. Starck wörtlich: „Die Regelmäßigkeit des Besuches kann nach bisher allgemein geltender Auffassung nur bescheinigt werden, wenn Anwesenheitskontrollen stattgefunden haben. Der Erfolg der Teilnahme kann nur bescheinigt werden, wenn die Leistung während oder bei Abschluß des Praktikums getestet wird. Die in dem Antrag [Hövel] vorgesehene Abschlußprüfung ist in diesem Zusammenhang illusorisch, da ihr Ergebnis keinen Einfluß auf die Aushändigung des Praktikantenscheines haben soll und da die Prüfung anonym sein soll“ (o.939).

Das Ministerium (gezeichnet: Staatssekretär Schmidt) antwortete am 14.5.1969 auf die Anfrage (o.939). Das Ministerium teilte Starck mit, dass die Worte „regelmäßig und mit Erfolg“ auf den

51 Im Ordner o.939 findet sich diesbezüglich noch ein Brief von Prof. Starck vom 12.5.1969 an den Dekan. Es ging um die auf der Fakultätssitzung am 8.5. vorgelegten Empfehlungen einer „öffentlichen Kommission für studentische Angelegenheiten“. Diese Empfehlungen seien von einer „Versammlung einer kleinen Studentengruppe“ am 7.5. beschlossen worden. Diese Versammlung im Schwesternhaus sei keine „Sitzung der Fakultätskommission für studentische Angelegenheiten“ gewesen und somit rechtlich nicht „zulässig“. Den anwesenden Mitgliedern der Fakultät sei das auch klar gewesen, denn sie hätten erklärt, dass sie der Veranstaltung nur als Gäste beiwohnen würden. Starck wollte die Empfehlungen als Aufforderung zur „Aufgabe des Leistungsprinzips“ gewertet wissen.

Scheinen für die Vorprüfung und für die ärztliche Prüfung (Praktikantenschein) nicht gestrichen werden dürften (die Bestallungsordnung als zwingendes Bundesrecht schreibe dies vor).

Vom Mai 1969 stammt ein studentisches Flugblatt (ohne Unterschrift), mit dem zu einem Teach-in vor dem Dekanat aufgerufen wurde, das am 21.5.1969 stattfinden sollte (o.939). Zum Hintergrund: Auf der (gesprengten) Fakultätssitzung am 8.5.1969 hatte die Fakultät den Studenten eine außerordentliche öffentliche Fakultätssitzung am 20.5. angeboten. Nach der Sitzung habe die Fakultät aus Wiesbaden erfahren, dass eine öffentliche Sitzung nicht beschlussfähig sei. Die Studenten nahmen dies der Fakultät nicht ab. Sie riefen zum Widerstand gegen eine „geheime ordentliche Fakultätssitzung“ auf, die man für den 21.5. „zusammengemaischelt“ habe.

Die nächste Fakultätssitzung fand dann weder am 20. noch am 21., sondern am 22.5.1969 statt (o.391). Studenten der Humanmedizin waren nicht anwesend, ein Antrag der Fachschaft Zahnmedizin auf Zulassung zur Sitzung wurde abgelehnt. Auf dieser Sitzung ging es u. a. um die Schaffung der Stelle eines Studiendekans (S.3). Die Stelle war „vor zwei Jahren“ von der Fakultät „beschlossen“ worden, aber noch nicht eingerichtet worden. Die Fakultät war über das Stellenprofil uneinig. Ein (neuer) Beschluss wurde nicht gefasst.

Zu Beginn der Fakultätssitzung am 26.6.1969 teilte Dekan Prof. Knothe mit,⁵² dass die Sitzung „wegen Androhungen von Störungen von Seiten der Studentenschaft von 16.15 auf 17 Uhr verlegt werden musste“ (o.391, S.1). Auf der Sitzung (Studenten waren laut Protokoll nicht anwesend) ging es u. a. um das „Chemiepraktikum für Medizin“, das im Juni von Studenten gestört worden sei.⁵³ Der

52 Zum nächsten Dekan wurde auf dieser Sitzung Harbauer gewählt, er erhielt 21 Stimmen. Die Nächstplatzierten Hövels und Gerchow erhielten je 5 Stimmen.

53 Im Ordner o.939 findet sich ein Schreiben von Prof. W. Ried vom Institut für Organische Chemie vom 23.6.1969 an den Rektor. Ried war Leiter des Chemischen Praktikums für Medizinstudenten. Er setzte den

zuständige Leiter weigere sich, ab WS 1969/70 mehr als 50 Teilnehmer aufzunehmen (S. 5). Es wurde die Frage gestellt, ob nicht die medizinische Fakultät das Chemiepraktikum übernehmen könnte.

Die politisch aktiven Frankfurter Medizinstudenten blieben „am Ball“. Vom Tag der Fakultätssitzung, also vom 26.6.1969, stammt eine „Resolution zur Situation an der Medizinischen Fakultät in Frankfurt/Main“, die als Unterschriftenaktion angelegt war (ohne Verfasserangabe; eine Provenienz aus dem Umfeld der Basisgruppe Medizin ist mehr als wahrscheinlich; Ordner Hahn, 1). Wer unterzeichnete, erklärte, dass er nicht länger bereit sei, die „unzulänglichen Maßnahmen“ des „verantwortlichen Ordinariensystems“ hinzunehmen. Was war damit gemeint? 1965 waren laut „Resolution“ 374, 1966 dann 314, 1967 nur noch 280 Studenten zugelassen worden. Für 1969 seien 220 Medizinstudienanfänger vorgesehen. Die für 1969 vorgesehene Reduzierung war jedoch laut „Resolution“ dadurch unmöglich geworden, dass durch ein Verwaltungsgerichtsverfahren die „verfassungswidrige“ Einschränkung der Zulassung zum Medizinstudium in Frankfurt aufgezeigt worden sei.⁵⁴ Zum WS 1969/70 sei mit einem ungewöhnlich starken Zustrom von Medizinstudenten zu rechnen. Die Studenten setzten in diesem Zusammenhang offenkundig auf ein „Krisenszenario“: Da die Ausbildungskapazität schon für die derzeit Studierenden nicht ausreiche (man verwies auf die Kurse Klinische Chemie, Propädeutische Gynäkologie, den Pathologisch-histologischen Kurs und das Praktikum Chemie für Vorkliniker), werde, so die „Resolution“, die „ausweglose Überfüll-

Rektor davon in Kenntnis, dass am Freitag, den 20.6.1969 die Einführung in das Chemische Praktikum durch einige ältere Medizinstudenten, die der Basisgruppe Medizin angehörten, durch Zwischenrufe so gestört worden sei, dass die Veranstaltung abgebrochen werden musste. Das Ganze ging nachrichtlich an den Dekan der medizinischen Fakultät. Eine Reaktion ist an dieser Stelle nicht überliefert.

54 Vgl. zur späteren Entwicklung die Darstellung der Fakultätssitzung am 28.4.1970 unten.

lung der Ausbildungsstätte mit der sich daraus ergebenden Unruhe und Revolte das Fehlverhalten der Verantwortlichen aufdecken“. Doch dieser Ansatz entbehrte der Logik. Sollten die „Verantwortlichen“ die Zulassungszahl wieder erhöhen? Dadurch hätte sich die Studiensituation (ohne zusätzliches Personal, zusätzliche Räume, zusätzliche Lehrmittel) sicher nicht verbessert. Als Erklärung für die „studentische Argumentation“ kann wohl nur auf den „Überschwang“ des Sommers 1969 verwiesen werden.

Im Sommersemester 1969 gab es neben den schon genannten Themen noch drei weitere Reizthemen für die Medizinstudenten: 1. das geplante neue Ordnungsrecht für die Universität, 2. die militärische Auftragsforschung und 3. die neue Approbationsordnung.

Ad 1: Ordnungsrecht

Ein deutlicher Hinweis auf ein neues (allerdings nur kurzzeitig wirksames) Reizthema war eine „Fassadenbeschriftung“ am Physiologischen Institut: „Kampf gegen das Ordnungsrecht“ (vgl. o.939, Brief von Prof. Antoni vom 28.5.1969 an den Dekan mit Fotodokumentation der Beschriftung).



Fassadenbeschriftung am Physiologischen Institut, 28.5.1969 (o.939).

Im Ordner o.939 fand sich ein Aufruf der Basisgruppe Medizin und der Fachschaft Medizin (undatiert, vor dem 11.6.1969 abgefasst) zum Kampf gegen das Ordnungsrecht. Zu diesem Thema sollte eine Vollversammlung am 11.6.1969 in der Mensa der Mediziner stattfinden.

Gegen das Ordnungsrecht protestierten auch Frankfurter Medizinalassistenten mit einem Aufruf (o.939, undatiert, vor August 1969, mit unterschrieben hatte Assistent Mausbach). Laut Aufruf sollte das neue Ordnungsrecht am 1.8.1969 in Kraft treten. Nach dem Ordnungsrecht sollten alle Mitglieder einer Universität verpflichtet sein, „die Ordnung der Hochschule und ihrer Veranstaltungen zu wahren“. Weitere Nachrichten zu diesem Thema fehlen im Ordner o.939.

Ad 2: Militärische Auftragsforschung

Im Ordner o.939 fand sich ein Brief des Frankfurter AStA an den Rektor (abgefasst zwischen dem 2. und dem 9.6.1969), in dem der sofortige Abbruch aller „Kriegsforschungen“ an der Universität Frankfurt gefordert wurde (nota bene: die Physiologie, dazu gleich mehr, wurde in diesem Brief nicht erwähnt).

Kurz zuvor war ein Artikel zum Thema militärrelevante Forschung an westdeutschen Universitäten im Auftrag des US-Verteidigungsministeriums im „Spiegel“ erschienen, der für Aufsehen gesorgt hatte.⁵⁵

Einige politisch aktive Medizinstudenten in Frankfurt griffen das Thema auf. Am 4.6.1969 fand ein Gespräch zwischen den Studenten K. Hahn und K. Karsch und Privatdozent Dr. Hans Müller vom Physiologischen Institut statt. Das Gedächtnisprotokoll (Notiz von Hahn vom 6.6.1969, Ordner Hahn, 1) ist nicht immer ganz klar, es ergibt sich aber in etwa Folgendes: Es gehe (so Müller laut Hahn) vor allem um das Forschungsvorhaben „Intra-

55 Der Artikel erschien in Heft 21 vom 19.5.1969, S. 22.

vasale Gerinnungsvorgänge“.⁵⁶ Das Projekt laufe seit 1957. „European Research“ [?] sei damals an Prof. Wezler herangetreten, dieser habe die vorgeschlagene Forschung zum Thema Schock abgelehnt („wegen Abneigung gegen die Amis“). Wezler habe aber Prof. Zahn freigestellt, den „Forschungsauftrag“ zu übernehmen. Zahn habe später Frankfurt verlassen und das Projekt Müller überlassen. Interesse des Pentagons sei es, so Müller laut Hahn, die Schock-Thesen von Hardaway zu bestätigen (Schock = intravasale Gerinnung in „kapillaren Gebieten“). Zur Höhe der Unterstützung machte Müller nur undeutliche Angaben (Gehalt für eine „MA“ und 150-200 Mark Sachmaterial pro Monat; in dem kurz zuvor erschienenen Spiegel-Artikel war laut Hahn von 2.400 Mark pro Monat die Rede gewesen). Müller wusste laut Hahn, dass das Militär „sein Unterstützer ist“. Er würde auf die Förderung durch das Militär verzichten, wenn er vom Staat Geld bekäme. Er wolle mit seinen Erkenntnissen Verwundeten und Verletzten helfen.

Wenig später brachten Unbekannte ihren Protest gegen die „Kriegsforschung“ auch mittels „Fassadenbeschriftung“ zum Ausdruck. Dies geht aus einem Schreiben des Direktors des Instituts für Animalische Physiologie, Prof. Antoni, vom 26.6.1969 an das 9. Polizeirevier in Frankfurt hervor (0.939). Antoni stellte Strafanzeige „gegen Unbekannt“. In der Nacht vom 25. zum 26.6.1969 waren laut Antoni „zum wiederholten Male“ von unbekanntem Tätern an der Ostseite des Instituts „Inschriften“ aufgesprüht worden (z. B. „Schluß mit der unkontrollierten Auftragsforschung“; „Kriegsforscher potenzielle Schreibtischmörder“; „Schluß mit der Pentagonforschung“; „Wenn Napalm brennt, lässt es sich nicht mehr

56 Es habe laut Müller noch ein zweites Projekt (begonnen ca. 1957) mit Militärbezug gegeben, das „jetzt aber ausgelaufen“ sei. Das Thema lautete: „Feststellung und Gewinnung von Enzymen des Verdauungssystems“ (dies sei, so die Anmerkung der Studenten, „eventuell nützlich zur Erforschung von Kampfgasen: Brechreiz, Kreislauf etc.“). Müller wollte keine näheren Angaben über die beteiligten Forscher machen.

löschen“). In dieser Nacht seien auch Flugblätter angeklebt worden („keine Forschung für den Krieg“). Antoni gab an, dass er in den nächsten Tagen „etwas aufpassen“ werde und bei entsprechenden Beobachtungen sofort das 9. Revier verständigen werde.

Ad 3: Approbationsordnung

Im Sommersemester 1969 beschäftigten sich die politisch aktiven Medizinstudenten in Frankfurt auch erstmals erkennbar mit dem Thema neue Approbationsordnung. Nach einem Flugblatt der Fachschaft Medizin (unterzeichnet von K. Hahn, Ordner Hahn, 1) fanden vom 2.7. bis 4.7.1969 Veranstaltungen der Fachschaft Medizin und der Basisgruppe Medizin zu diesem Thema statt (z. B. am Mittwoch, den 2.7. ein Teach-in zum Rohentwurf der Approbationsordnung, am 3.7. ein Vortrag von Dr. Kapuste über den Sinn und die Gestaltung von Prüfungen, am 4.7. eine Vollversammlung und eine anschließende Demonstration mit Ziel Römer).⁵⁷

Die geplante neue Approbationsordnung war auch Thema auf der letzten Fakultätssitzung des SS 1969 (ohne studentische Beteiligung) am 15.7.1969 (0.391). Unter TOP 7 wurde ein Rohentwurf der neuen Approbationsordnung diskutiert (S. 6). Hövels berichtete über die Sitzung der „kleinen Kommission“. Laut Protokoll bemerkte Hövels „ausdrücklich, dass man sich bis jetzt anscheinend nicht über die entstehenden Folgekosten Gedanken gemacht hätte“ (S. 6).

Auf der Sitzung wurde im Übrigen auch über die Bildung einer Schlichtungskommission (mit einem Studentenvertreter) für „fakultätseigene Probleme“ diskutiert. Eine Entscheidung wurde nicht gefällt.

57 Handschriftlich war auf dem Flugblatt notiert: Vorlesungsfrei Donnerstag [= 3.7.] und Freitag [= 4.7.] 9.15-13.00 Uhr.

4.4. Exkurs: Die Basisgruppe Medizin

Im Laufe des Jahres 1969 wurde die Basisgruppe Medizin zu einem wichtigen „politischen“ Faktor im Bereich der medizinischen Fakultät Frankfurt. Die Geschichte dieser Basisgruppe ist nicht einfach zu erheben, sie kann aber durch Unterlagen aus dem Besitz von Kristian Hahn, der Mitglied der Basisgruppe war, zumindest in Ansätzen rekonstruiert werden (Ordner Hahn, 2).

Die Basisgruppe war – soviel sei im Vorgriff gesagt – tendenziell antiautoritär und undogmatisch links eingestellt, sie suchte sich von den „etablierten“ (oft parteinahen) Studentengruppierungen wie dem Sozialdemokratischen Hochschulbund (SHB), der Humanistischen Studentenunion (HSU), dem Ring Christlich Demokratischer Studenten (RCDS) und partiell auch vom Sozialistischen Deutschen Studentenbund (SDS) abzugrenzen. Nach einer undatierten Mitgliederliste hatte die Basisgruppe im Jahr 1969 etwas über 50 Mitglieder (verzeichnet waren 53 Mitglieder plus zwei Ergänzungen; die Semesterzahlen der Mitglieder sind nicht angegeben; „Karteileichen“ sind natürlich nicht ausgeschlossen). Zu den Mitgliedern zählten laut Liste Ernst Gierrth [richtig: Girth], Kristian Hahn, Heidi Lassmann [auch: Laßmann] und die unter dem Begriff „Kommune“ (heute würde man eher sagen: WG) Schleusenstraße 11 geführten Peter Crell, Arthur [richtig wohl: Artur] Diethelm, Gerd Francke, Klaus Karsch und Stephan Kette (vgl. Rundbrief Basisgruppe Medizin, Anfang 1969 [vor dem 14.1.1969], Ordner Hahn, 2).⁵⁸

In einem „Arbeitspapier der Basisgruppe Medizin“ zur „Strategie-Diskussion WS 69/70“ (Ordner Hahn, 2) findet sich ein aufschlussreicher (allerdings nicht immer klarer) anonymer Text, der mit „Analyse der bisherigen Basisgruppenarbeit“ überschrieben ist. Der erste Abschnitt des Textes trägt die Überschrift „1. Elemente [!]“

58 In den Räumen der „Kommune“ stand laut Auskunft von K. Hahn die Druckmaschine, auf der die Flugblätter der Basisgruppe gedruckt wurden.

der Entstehung“ (S. 1). Demnach hatten sich „vor drei Semestern“ (es ist unklar, ob damit das WS 1967/68 oder das SS 1968 gemeint ist) kritische Medizinstudenten zu einer Gruppe zusammengeschlossen. Die Studenten waren laut „Analyse“ professorenkritisch und an gesellschaftlichen Fragestellungen interessiert (es fällt auch das Stichwort Psychoanalyse); sie wollten mit dem Zusammenschluss die Isolierung „linker“ Medizinstudenten überwinden. Laut „Analyse“ hatten einzelne Mitglieder („gleichsam parallel“ [!]) Erfahrungen „in der antiautoritären Bewegung seit dem 2. Juni 1967, im Kampf gegen den autoritären Staat“ gesammelt. Eine „Unterformation“ habe aus einigen SDS-Mitgliedern bestanden, die „formal ein Fakultätsspezifisches Pendant im Rahmen einer von ihnen nur kolportagehaft [!] übernommenen Basisgruppenstrategie schaffen wollten“ (S. 1; gemeint wohl: die den SDS „maskiert“ im Bereich der Medizin etablieren wollten).

Die zweite Überschrift lautet: „2. SS 68 Notstandsgesetzkampagne als feudale Diskussion“ (S. 1).⁵⁹ In diesem Abschnitt wird als erster Arbeitskreis der Basisgruppe ein „Arbeitskreis über Psychoanalyse und Krankenhaussoziologie“ (S. 1) erwähnt (wohl identisch mit dem Arbeitskreis Medizinsoziologie, siehe unten). Zu diesem Themenbereich habe man auch ein „paper“ publiziert (S. 1). Dieses „paper“ erschien, wenn ich das richtig sehe, in der ersten Ausgabe der maßgeblich von Mitgliedern der Basisgruppe Medizin herausgegebenen Studentenzeitschrift „Kritische Medizin“ (ohne Datum, um die Jahreswende 1968/69; siehe dazu unten). Unter der Überschrift „SS 68“ wurde auch erwähnt, dass man sich erstmals regelmäßig wöchentlich getroffen habe (S. 2). Man habe „als erste Gruppe politische Diskussion in die ob ihrer Isolierung noch frohe Fakultät, wenn auch in der feudalen Form professoral geleiteter Diskussion getragen“ (S. 2).

59 Wenn man die Überschrift zeitlich abgrenzend versteht, erfolgte der Zusammenschluss der Studenten zur Basisgruppe im WS 1967/68. Doch sicher kann man sich diesbezüglich nicht sein.

Unter der Überschrift „3. WS 68/69 Aktiver Streik als syndikalistische Massenmobilisierung“ wurde berichtet, dass die Basisgruppe den „Impetus des aktiven Streiks an der Gesamtuniversität“ aufgenommen und zunächst durch „Aktionen rein reformistischen Charakters“ (z. B. Kritik an Anwesenheitskontrollen) die „emotionale Abwehr“ [!] der Kommilitonen „durchbrochen“ habe (S. 2). Während die Basisgruppe als „politischer Faktor“ an der Fakultät anerkannt worden sei, sei in dieser Zeit unter den Mitgliedern „das Unbehagen über die theorieleiose Praxis und die praxislose Theorie“ gewachsen (S. 2). Das Fehlen einer „strategischen Konzeption“ habe sich „im Fehlen einer strafferen Organisation“ und „im mangelnden Arbeitseinsatz“ der Mitglieder „verdinglicht“ (S. 2). Unter der Überschrift „4. SS 69 Prüfungskampagne als Machtprobe“ wurde stolz notiert, dass es im SS 1969 eine „theoretisch vorbereitete“ Kampagne für die „Öffentlichkeit der beschlußfassenden Gremien und gegen repressive Abschlußprüfungen“ (S. 2) gegeben habe. Diese sei jedoch „relativ schnell kanalisiert und abgefangen worden“ (S. 2). In diesem Sommersemester habe man dann „die institutionellen Spielregeln“ durchbrochen und eine Fakultätssitzung gesprengt (S. 4).⁶⁰ Dabei handelte es sich um die Sitzung am 8.5.1969 (siehe dazu oben).

Für die zukünftige Arbeit (beginnend im WS 1969/70, und zwar am 20.10.1969 mit der ersten Sitzung der Basisgruppe im Studen-

60 Laut „Analyse“ habe sich schon im WS (gemeint wohl: 1968/69) eine Diskrepanz zwischen „elitären“ Kernmitgliedern und „unverbindlich Mobilisierten“ ergeben (S. 4). Am Ende des SS (1969) hätten die wöchentlichen Sitzungen dann das Bild eines „zerstrittenen Haufens“ geboten (S. 4), einige Mitglieder hätten durch Dauerreden die Zeit der Anderen usurpiert. Die „Analyse“ (wohl aus der Kommune Schleusenstraße kommend) wird dann radikal: Man stehe vor der schwierigen Aufgabe „des Erlernens der Schulmedizin und der Ausbildung zum Revolutionär“ (S. 5). Man forderte ein Fortschreiten von der „antiautoritären zur sozialistischen Phase der Bewegung“ (S. 5). Dazu müsse die Verbindung mit der Arbeiterklasse gesucht werden.

tenhaus, Jügelstraße 1) forderte man eine „Langzeitstrategie“, die das „Fortschreiten der antiautoritären zur sozialistischen Phase der Bewegung“ (S. 5) abbilden sollte. Man hatte auch die gängigen Agitprop-Worthülsen parat: „Die notwendige syndikalistische Interessenvertretung an der Universität und die Ausbildung zu kommunistischen Agitatoren in der Arbeiterschaft muß organisatorisch vereint werden“ (S. 5).

Zum Stichwort Arbeiterschaft: Eine Untergruppe der Basisgruppe engagierte sich Ende 1969 bzw. Anfang 1970 im Bereich Betriebsarbeit (das genaue Ausmaß ist nicht bekannt, siehe dazu auch das nächste Kapitel). In einem anonymen Text „Warum Basisarbeit“ (Beginn: Ordner Hahn, 2, Fortsetzung 3) hieß es, dass „die beiden Medizinerkonferenzen in Mainz und Frankfurt“ für die „frankfurter [!] Gruppe wie für die gesamte antiautoritäre Bewegung der Mediziner in der BRD entscheidende Bezugspunkte“ gewesen seien. Die Frankfurter Konferenz,⁶¹ sei von Bedeutung gewesen sowohl „durch die von den berliner [!] Genossen eingebrachten neuen Inhalte der Betriebsarbeit als auch dadurch, daß sie die Perspektivlosigkeit unserer bisherigen hochschulbornierten Praxis und die Theorielosigkeit unserer angeblichen Strategie- und Organisationsdebatten entlarvte“. In den „Ferien“ (gemeint wohl: Sommersemesterferien 1969) sei die Diskussion fortgeführt worden. Es wurde abschließend angeregt, in der zu Beginn des WS 1969/70 gegründeten Betriebsgruppe Hoechst mitzuarbeiten.

In einem weiteren anonymen Text aus dieser Zeit (WS 1969/70) wurde noch festgehalten, dass sich die „Betriebsarbeit“ der Basisgruppe im „Rahmen des SDS-Betriebsprojektes Frankfurt“ „konkre-

61 Das Datum der Sitzung ist unklar, vielleicht war eine Sitzung im Februar 1969 gemeint. Im Rundbrief, Anfang 1969 [vor dem 14.1.1969], Ordner Hahn, 2 wurde erwähnt, dass sich alle Basisgruppen nach einem Vorschlag aus Berlin in den Ferien in Frankfurt treffen sollten, und zwar eventuell im Februar, zum Termin der Tagung des „Fachverbandes Medizin“.

tisiere“ („Betriebsarbeit“, Ordner Hahn, 3). Die Kontaktaufnahme konzentrierte sich zunächst auf die Opel AG und die Farbwerke Hoechst, für „Genossen“ mit medizinischen Fachkenntnissen erscheine die Teilnahme an der Gruppe Hoechst angebracht.

In diesem Kontext (Ordner Hahn, 3) wurden weitere „Projekte“ der Basisgruppe aufgelistet:

„Arbeitskreis Gesundheitspolitik: Ergebnisse liegen noch nicht vor; bisher beteiligen sich nur examinierte Genossen, Zusammenarbeit mit Institut für marxistische Studien; seine Aufgabe ist es, an konkreten Beispielen und sachlich fundiert den Klassencharakter der Medizin zu entlarven; Umsetzung in Kampagnen mit der Forderung nach ‚Denunziation der Werkärzte‘, ‚klassenloses Krankenhaus‘ etc.

Arbeitskreis Medizinsoziologie,

Kampf gegen die Pharma-Industrie, in Zusammenarbeit mit der Höchst-Gruppe

Kinderladenarbeit,

Medizinische Situation im Gefängnis – ‚Gefängnisfamulaturen‘???

[so im Original]

Hilfeleistung: Organisation eines Notdienstes, Blaukreuz (Organisation der 1. Hilfe über die Wohngemeinschaften, Einrichtung von Apotheken, Ausbildung in 1. Hilfe), Rote Hilfe“.

Bevor die Frage nach dem Ende der Basisgruppe zu stellen ist, seien einige ihrer Projekte kurz charakterisiert.

Zunächst ist zu erwähnen, dass Mitglieder der Basisgruppe maßgeblich an der Herausgabe der Zeitschrift Sectio beteiligt waren. Die erste Sectio dürfte im WS 1968/69, und zwar vor dem Dezember 1968 erschienen sein (diese Ausgabe lag mir nicht vor). Die letzte mir vorliegende Ausgabe der Sectio erschien im Jahr 1970 (eine Übersicht der eruierten Ausgaben findet sich im Anhang dieser Untersuchung).

kritische medizin

APRIL '70

DM 1,-

— KLASSENLOSES KRANKENHAUS — ASSISTENTENSTREIKS — SCHWESTERN
AUSBILDUNG — BOCHNIK'S PSYCHIATRIE — PRÜFUNGSSPRENGUNGEN —



basisgruppe med. frankfurt

Titelblatt der Kritischen Medizin, April 1970 (Ordner Hahn, 2).

Mitglieder der Basisgruppe Medizin waren maßgeblich auch an der Herausgabe der Zeitschrift Kritische Medizin beteiligt (zwei Ausgaben sind im Ordner Hahn, 2 erhalten, eine ohne Datum, publiziert nach dem 20.11.1968 und vor dem 14.1.1969, und eine vom April 1970). In der Ausgabe ohne Datum publizierten Peter Crell, Gerd Francke und Klaus Karsch (zentrales Thema: „Ergebnisse des Arbeitskreises für Medizinsoziologie der Basisgruppe Medizin FFm.“), in der Ausgabe vom April 1970 (daran arbeiteten auch Assistenten und Krankenschwestern mit) publizierten Michael Regus, Hans Mausbach, Brigitte Kluthe, Artur Diethelm, Ernst Girth und Peter Crell. Im April 1970 (Kritische Medizin, S. 22) waren übrigens unter der Adresse Schleusenstraße 11 die Namen Crell, Diethelm, Karsch, Weiler und Wagner verzeichnet.

Die Basisgruppe Medizin richtete weiter diverse Arbeitskreise ein. Über die Arbeitskreise informiert ein Rundbrief, der Anfang 1969 erschien (Rundbrief Basisgruppe Medizin, Anfang 1969 [vor dem 14.1.1969], Ordner Hahn, 2).

Im 5. Abschnitt des Rundbriefs ging es um den (schon erwähnten) Arbeitskreis Medizinsoziologie. Er entstand laut Rundbrief „Mitte des SS 68 aufgrund der Initiative von einigen MAs [Medizinalassistenten; Anm. U.B.] und Medizinstudenten“. Man habe sich einmal in der Woche im Habermas-Seminar getroffen. Gegen Ende des Sommersemesters 1968 habe man über die Fachschaft bei der Fakultät den Antrag gestellt, den Arbeitskreis offiziell als Lehrveranstaltung zu übernehmen. Die Fakultät habe sich für nicht zuständig erklärt und den Antrag an die Kommission für studentische Angelegenheiten überwiesen. Diese Kommission war laut Rundbrief in einem deploralen Zustand. Prof. Hövels habe zu dem Antrag wie folgt Stellung genommen: „Was hat denn Medizin mit Soziologie zu tun?“. Während der Ferien habe es keine Kommunikation unter den Mitgliedern des Arbeitskreises gegeben, zu Beginn des Wintersemesters 1968/69 sei die Stimmung „desolat“ gewesen. Die Lage habe sich erst Ende November 1968 gebessert. Man habe sich entschlossen, die Ergebnisse des Arbeitskreises in

einem „paper“ zusammenzufassen.⁶² Es habe auch eine Diskussion über den Fortgang des Arbeitskreises gegeben. Auf der Vollversammlung am 13.12.1968 habe Prof. Hövels gesagt, die Fakultät bemühe sich um einen Lehrstuhl für Medizinsoziologie, dies habe sich jedoch als falsch erwiesen. Dekan Knothe bemühe sich aber – so die Darstellung des Rundbriefs - immerhin um einen Lehrbeauftragten für Medizinsoziologie. Außerdem habe er Mittel zum Bücherkauf zur Verfügung gestellt.⁶³

Im 5. Abschnitt des Rundbriefs wurde auch erwähnt, dass Prof. Wacker (Pharmakologie) sich um Kontakt zu dem in der „Kritischen Medizin“ (Ende 1968/Anfang 1969) angekündigten Arbeitskreis Pharmazeutische Industrie im Spätkapitalismus bemüht habe (unter Punkt 6 des Rundbriefs hieß es, dass man in diesem Arbeitskreis u. a. Marx, Luxemburg und Baran-Sweezy lesen würde).

Im 6. Abschnitt des Rundbriefs wurden weitere Arbeitskreise genannt (Rundbrief Basisgruppe Medizin, Anfang 1969 [vor dem

62 In der Ausgabe der Kritischen Medizin (ohne Datum; publiziert nach dem 20.11.1968 und vor dem 14.1.1969) im Ordner Hahn, 2 finden sich „Résumés aus Referaten und Diskussionen des Arbeitskreises für Medizinsoziologie der Basisgruppe Ffm.“ Diese Texte könnten das erwähnte „Paper“ gewesen sein.

63 Unter Punkt 6 wurde zum „Medizin-soziologischen“ Arbeitskreis (der Name war also nicht stabil) noch angeführt, dass im November 1968 mehrere Arbeitsgruppen gebildet wurden (Ordner Hahn, 2). Eine „Langnamen“-Gruppe beschäftigte sich mit Ausbildung, Hierarchie, Wissenschaftskritik etc.; eine Gruppe hatte „Sozialstatistik von Krankheiten und Todesursachen“, eine weitere „Sozialpsychiatrie“ zum Thema. Geplant war noch eine Gruppe zum Thema „Medizin, Strafe, Strafrecht: Ärztliche Gutachten über Teufel, Bartsch, Brandstifter etc.“ (der Rundbrief schlug vor, diese Gruppe aus Zeitgründen nicht durchzuführen). Nur nebenbei: In der Literaturliste des Gesamtarbeitskreises wurden u. a. Balint, Mitscherlich, Parsons, Jores, Viktor von Weizsäcker (Soziale Krankheit und soziale Gesundheit) und Habermas genannt (ob diese Texte auch gelesen wurden, muss offen bleiben).

14.1.1969], Ordner Hahn, 2). Vor den Weihnachtsferien 1968 habe sich der Arbeitskreis Sexologie konstituiert (dabei waren u. a. Peter Crell und Ernst Girth).⁶⁴ Laut Rundbrief sei jedoch unlängst eine Entwicklung eingetreten, die eine „Überprüfung“ dieses Arbeitskreises (gemeint: der separaten Fortführung) bedingen würde. Es wurde erwähnt, dass Prof. de Boor (Mitarbeiter von Alexander Mitscherlich) im Sommersemester 1968 ein Seminar über psychosomatische Medizin gehalten habe. Derzeit halte er in der Psychiatrie eine Vorlesung über psychoanalytische Neurosenlehre. Auf Anfrage von Crell habe er mitgeteilt, dass er bereit sei, das Seminar nach Weihnachten (also noch im Wintersemester 1968/69) neben der Vorlesung weiterzuführen. Die Studenten wollten de Boor fragen, ob er bereit sei, in seinem Seminar auch die Themen des Arbeitskreises Sexologie zu behandeln.

Verwiesen wurde im Rundbrief noch auf einen Arbeitskreis für Autorität und Gruppenverhalten (Interessenten sollten sich an Ernst Girth wenden; es ist unklar, ob dieser Arbeitskreis konstituiert wurde).⁶⁵

Das Ende der Basisgruppe Medizin liegt im Dunkeln. Spätestens ab SS 1970 war wohl nur noch ein kleiner Rest aktiv, die meisten der noch studierenden Mitglieder dürften sich dem Aufruf zur Betriebsgruppenarbeit im WS 1969/70 nicht angeschlossen haben. Ein Indiz für den Bedeutungsverlust der Basisgruppe ist auf jeden Fall, dass die Ende 1969 gewählten neuen Vertreter der Medizinstudenten in der Fakultät nicht der Basisgruppe zuzuordnen sind (weder Möller noch Steinau noch Reinand [?] noch Strobel standen

64 In der Literaturliste wurde nicht Freud, dafür aber der unvermeidliche Wilhelm Reich genannt (neben Kinsey und Masters/Johnson) (Ordner Hahn, 2; zum Thema Reich und 1968 vgl. Kraushaar S. 96-100). Thema der AG war im Übrigen auch Schwangerschaftsunterbrechung.

65 Ernst Girth konnte nicht sagen, ob er konstituiert wurde.

auf der oben erwähnten Basisgruppenliste). Es ist davon auszugehen, dass es Anfang der 70er Jahre zu einem „Aufsplittern“ und „Verlaufen“ der (ja nie formal fixierten) Basisgruppe kam.⁶⁶

66 In den Quellen fand sich als jüngster Beleg für die Existenz der Basisgruppe ein Flugblatt „Basisgruppe Medizin, Medizinische Arbeiter, Uni-Klinik Ffm“ vom 13.8.1970 (o.384). Ernst Girth schrieb dem Autor am 25.11.2010 per E-Mail, dass er zum Ende der Basisgruppe nichts Genaues sagen könne, nur „irgendwann Anfang der 70er Jahre hat sich die Arbeit der Mitglieder auf den ‚Bund gewerkschaftlicher Ärzte‘ in der ÖTV und später auf die Vorbereitung der Beteiligung an der Kammerwahl mit der Liste ‚demokratischer Ärzte‘ (seit 1976) in der Landesärztekammer verlagert. Entsprechend dem losen Zusammenschluss gab es weniger ein Ende als ein Aufsplittern und Verlaufen“. K. Hahn konnte dazu keine Angaben machen, er war ab WS 1969/70 in Heidelberg (ein Professor hatte angedeutet, dass er eventuell Schwierigkeiten beim Staatsexamen bekommen könnte).

5. Wann endete das „kleine 68“? Die politisch aktiven Medizinstudenten in Frankfurt im Wintersemester 1969/70 und im Sommersemester 1970

Es ist schwierig, eine historische Grenze zu ziehen, wenn kein markantes Ereignis am Ende einer „Epoche“ oder auch nur einer „bewegten Zeit“ steht. Da ein solches Ereignis für das „Ende“ des „kleinen 68“ der Medizinstudenten in Frankfurt fehlt, empfiehlt es sich, zunächst einmal ganz schlicht zu fragen, was nach den (relativ) heftigen Protesten des Sommersemesters 1969 geschah.

Bezüglich des WS 1969/70 konnten dabei im Rahmen dieser Studie nur relativ wenig Quellen eingesehen werden.⁶⁷

Die Protokolle der Fakultätssitzungen zum WS 1969/70 (o.481), auf die zuerst einzugehen ist, sind im Hinblick auf Studentenproteste relativ unergiebig (dies kann als Hinweis auf eine Abnahme der Protestintensität verstanden werden):

Im Protokoll der Fakultätssitzung vom 16.10.1969, auf der es u. a. um Zulassungsfragen ging, wurden als Vertreter der Studenten die „Herren Reinhardt und Kemmer und Fr. Reinhardt“ genannt (o.481). Eventuelle Äußerungen der Studenten zum Thema Zulassung sind im Protokoll nicht vermerkt.

An der Sitzung am 6.11.1969 nahmen „Fr. Reinhardt“ und Herr Möller für die Studenten teil (o.481). Auf dieser Sitzung wurde über einen neuen Entwurf der Approbationsordnung und eine Stellungnahme der Marburger Fakultät dazu diskutiert, Hövels hielt ein Referat über „Probleme, welche der Fakultät durch Einführung

67 K. Hahn ging, wie schon erwähnt, zum WS 1969/70 nach Heidelberg. In seinem Ordner ist nach dieser Zeit kaum noch etwas über Frankfurt enthalten.

der neuen Approbationsordnung erwachsen werden“ (u. a. wies er auf die unklare „Deckung des Bedarfs an Lehrpersonen“ hin; S. 5). Bemerkenswert ist, dass es (zumindest laut Protokoll) nur eine studentische Meldung zu diesem Komplex gab. Studentenvertreter Möller gab demnach „zu bedenken, dass unter diesen Umständen den kommenden Studenten keine Zeit zur Promotion bliebe“.

Auf der Sitzung am 8.1.1970 wurden von Dekan Prof. Harbauer als neugewählte Studentenvertreter Möller, Steinau, Reinand [?] und „Strobl“ [richtig: Strobel] sowie als Vertreter der Fachschaft Zahnmedizin „Herr Kien“ offiziell begrüßt (o.481). Es ging u. a. um die Schaffung eines Lehrstuhls für Arbeitsmedizin (TOP 6). Zitat aus dem Protokollentwurf (o.481): „Der Dekan verliest ein Schreiben des Hess. Kultusministers vom 28.11.1969. Herr Gerchow stellt die Frage, wie der Landtag die Schaffung eines Lehrstuhls für Arbeitsmedizin beschliessen kann. Der Prodekan erklärt dies als einen Vorstoß seitens der Gewerkschaften. Herr Wezler äußert den Verdacht, dass die Schaffung des Lehrstuhls allein nicht das Hauptanliegen der Gewerkschaft sei. Er legt nahe, eine Anfrage an das Ministerium zu richten, in welcher Form und wie die Struktur dieses Lehrstuhls gedacht sei. Man einigt sich, Anfragen bei verschiedenen Gewerbehygienikern zu stellen, wie ein solcher Lehrstuhl ausgestattet sein muss und beabsichtigt, bei der Rückfrage am Ministerium auch die finanzielle Sicherung eines solchen Lehrstuhls zu klären“ (S. 4). Äußerungen der Studenten zu diesem Komplex sind nicht überliefert.

Im Protokollentwurf der Fakultätssitzung vom 5.2.1970 wurden Möller, Reintorch [?], Menzel [?] und Steimann [Steinau?] als Studentenvertreter aufgeführt (o.481). Auf dieser Sitzung forderten die Studenten, dass im SS „echte Ringvorlesungen von verschiedenen Kliniken“ durchgeführt werden sollten (S. 7). Die Fakultät setzte eine Kommission ein, die sich mit der Anregung beschäftigen sollte.

An der Sitzung am 19.2.1970 nahmen laut Protokollentwurf keine Studenten teil (o.481). Diskutiert wurde u. a. die Frage einer Kapazitätserhöhung im Bereich der Medizinischen Fakultät.

Auch im Protokollentwurf zur Sitzung vom 11.3.1970 wurden keine studentischen Vertreter genannt (o.481). Thema der Sitzung war u. a. die Frage der Auswirkung des Hessischen Hochschulgesetzes, dessen dritte Lesung im Mai 1970 erfolgen sollte (S. 6).

Die „politisch aktiven“ Studenten waren jedoch zumindest zum Ende des WS 1969/70 hin nicht untätig, wie sich aus einem Artikel von „mm“ [Manfred Möller] „Zur Situation“ in der Sectio Nr. 2, 1970, S. 3f. ergibt.⁶⁸

Laut Möller war die Situation zu Beginn des Wintersemesters 1969/70 die, dass sowohl die Fachschaft Medizin als auch die Basisgruppe Medizin „inaktiv außerhalb des Geschehens verharrten“. In der Fachschaft herrsche demnach Frustration darüber vor, dass kleine Erfolge bei der Verbesserung des Studiums in kürzester Zeit wieder „verloren“ gegangen waren, während die Basisgruppe laut Bericht „in konsequenter Verfolgung ihrer revolutionären Ziele ihre Aktivität weitgehend auf den außeruniversitären Bereich verlegt“ hatte.⁶⁹ Möller führte als Beispiel für die verlorenen „kleinen

68 Diese Ausgabe der Sectio fand sich nicht im Ordner Hahn, sondern im Universitätsarchiv Frankfurt (Signatur: 120.o.396). Mein Dank für die Auffindung gilt Herrn PD Dr. Ralf Forsbach.

69 Gemeint war die Betriebsgruppenarbeit, vgl. dazu den Exkurs zur Basisgruppe Medizin oben. Nur nebenbei und natürlich ohne Gewähr: Dass ein Frankfurter Medizinstudent in die seit 1970 virulente terroristische Szene (Stichwort: RAF; vgl. Kraushaar S. 206-212) „abdriftete“, ist mir nicht bekannt geworden (nach Aussagen von K. Hahn und E. Girth gibt es keinen Anhalt dafür). Ob jemand von den Frankfurter 68er-Medizinstudenten in der KPD/ML (gegründet zum Jahreswechsel 1968/69; die KPD/ML grenzte sich scharf von der DKP ab, verurteilte den Kommunismus sowjetischen Typs und orientierte sich am „Maoismus“), in der KPD (gegründet als KPD/AO im Juni 1970 in Westberlin unter Beteiligung von ehemaligen SDS-Mitgliedern) oder im KBW (entstanden 1973) aktiv wurde, muss offen bleiben (vgl. zu diesen „Politsekten“ Kraushaar S. 190-192). Es muss auch offen bleiben, ob 68er-Medizinstudenten später zur Frankfurter „Spontiszene“ bzw. „Häuserbesetzungsszene“ (vgl. Kraushaar S. 218-224) stießen.

Erfolge“ an (wobei er darin eine „Taktik“ der Ordinarien am Werk sah), dass in der Chirurgie bereits Ende des Sommersemesters 1969 die Anwesenheitskontrollen durch Aufrufen wieder eingeführt wurden. Auch bei den gegen Ende des WS 1969/70 „wie Pilze aus dem Boden geschossenen“ Kursen und Praktika hätten die Professoren mit wenigen Ausnahmen auf Anwesenheitspflicht und Klausur als Kontrolle nicht verzichten wollen. Als Grund für diese „Bewußtseinsänderung“ bei den Ordinarien glaubte Möller „die vom Bund verordnete neue Technokraten-Ralley, die neue AO“ erkannt zu haben. Die Professoren seien den Anforderungen der neuen Approbationsordnung nicht gewachsen, sie würden mit billigen Reformen (wie z. B. „einer pauschalen Abschlußklausur“) reagieren, statt die Kurse zu „intensivieren“ (z. B. durch kleinere Gruppen).

Laut Möller sei die Fachschaft Medizin aber „zum Unglück der Ordinarien“ im Laufe des WS 1969/70 wieder aktiv geworden und habe die neuen Prüfungen „in einem eindeutigen Beschluß der Vollversammlung zu Gunsten von anonymen Prüfungen abgelehnt“.⁷⁰ Die darauf folgenden Aktionen gegen Klausuren waren laut Bericht zum größten Teil erfolgreich.

Diese Aktionen im Februar 1970 wurden in einem Beitrag in der Kritischen Medizin (April 1970, S. 11, Ordner Hahn, 2) aufgeführt: Demnach hätten sich am 2.2.1970 110 Studenten geweigert, im Rezeptierkurs eine Prüfung mit Namensangabe zu schreiben. Am 5.2.1970 sei die Klausur Medizinische Poliklinik (trotz eines Appells

70 Gemeint war wohl die Vollversammlung am 3.12.1969 (vgl. Einladungsflugblatt zur Vollversammlung am 3.12.1969, Ordner Hahn, 1). Es ging hier explizit um die neue AO. Die Fachschaft lehnte laut Einladungsflugblatt die neue AO als „technokratische Scheinreform“ ab. Besonders das Internatsjahr wurde als „Engpaß“ kritisiert. Zu erwähnen ist noch, dass in diesem Einladungsflugblatt auf eine Vollversammlung am 20.11.1969 zum Thema Boykott der „GO-Wahlen“ [Bedeutung unklar] hingewiesen wurde (vgl. Ordner Hahn, 1). In der Kritischen Medizin vom April 1970 wurde auf S. 10 noch auf eine Vollversammlung am 29.1.1970 hingewiesen (Thema u. a. anonyme Prüfungen) (Ordner Hahn, 2).

von Prof. Frey) anonym geschrieben und von Kommilitonen korrigiert worden. Am 6.2.1970 sei es im Klopfkurs den Dozenten gerade noch gelungen, die Studenten zu überreden, Klausuren mit Namensangabe abzugeben. Im Biochemie-Kurs (Prof. Heinz) habe es zwar eine Abstimmung (Mehrheit gegen die Namensangabe) gegeben, doch durch Drohungen habe man auch hier den Studenten den „Ordinarien-Willen“ aufgedrängt. Trotz massiver Drohungen sei es den Studenten aber gelungen, die Psychiatrieabschlussklausur bei Prof. Bochnik anonym zu halten.

In den Semesterferien hatten die Professoren laut Möller (Sectio Nr. 2, 1970, S. 3f.) Zeit, sich von „diesem Schrecken“ zu erholen. Sie befänden sich in Sachen Prüfung wieder „auf dem Vormarsch“ (u. a. mit dem Argument, dass eine anonyme Klausur keine wirkliche Erfolgskontrolle sei). Möller resümierte: „Eine inaktive Studentenschaft verführt einige Ordinarien zum Gebrauch immer perfekterer Repressionsmechanismen im Sinne von Anwesenheitskontrollen und Abschlussklausuren. [...] Nur eine ständige Kontrolle der Ordinarien seitens der Studenten gewährleistet ein Halten der erreichten Positionen“.

Auch zum Sommersemester 1970 konnten nur relativ wenige Unterlagen eingesehen werden, die aber doch einen gewissen Eindruck von der Lage auf der „Medizinerseite“ des Mains vermitteln.⁷¹

Wichtig war eine studentische Vollversammlung am 23.4.1970 (vgl. Flugblatt „Vollversammlungsbeschlüsse“ der Fachschaft Medi-

71 Nach den Fakultätsprotokollen (o.481) zu urteilen, war es im SS 1970 bezogen auf studentische Proteste relativ ruhig, mit Ausnahme der ersten Sitzung am 28.4.1970, auf die noch einzugehen sein wird. Weitere Sitzungen, zu denen mir Protokolle vorlagen, fanden am 14.5.1970 (Studentenvertreter: die Herren Möller, [Hans-Ulrich] Steinau, Nolte, [Stephan] Strobel; die Vornamen ergänzt nach Sectio Nr. 2, 1970, S. 2) und am 4.6.1970 (Studentenvertreter: die Herren Steinau, Lindenberger, Möller, Strobel) statt.

zin, o.384). Es ging hier nicht um ein „großes“ Thema, die Vollversammlung solidarisierte sich mit den Studenten, die vor kurzem durch eine einstweilige Verfügung zum Studium der Medizin in Frankfurt zugelassen worden, nun aber vom Ausschluss bedroht waren. Man beschloss, am 5. und 6.5.1970 einen aktiven Warnstreik durchzuführen.

Es kam zu einem (kleinen) „Go-in“, und zwar in die erste Fakultätssitzung im Sommersemester am 28.4.1970 (o.481).⁷² Laut Protokollentwurf betraten um 16.20 Uhr „drei nicht namentlich bekannte junge Männer das Zimmer 212 [das Sitzungszimmer; Anmerkung U.B.] und „identifizierten“ sich als „Vertreter der Vollversammlung der Med. Studenten“: „Es sei der Wunsch einer Mehrheit der Vollversammlung, den Numerus clausus mit der Fakultät in der Öffentlichkeit zu diskutieren“ (S. 2). Der Dekan sagte, er sei nicht bereit, in diesem Rahmen mit den Studenten zu diskutieren, bot jedoch an, die Sitzung nach dem entsprechenden Punkt zu unterbrechen, so dass die Fakultät mit den Studenten diskutieren könne. Die Studenten wurden gebeten, den Raum zu verlassen, was sie um 16.25 Uhr auch taten (S. 2). Der Vorschlag des Dekans wurde von der Fakultät begrüßt (wobei allerdings Prof. Rotter noch zu Protokoll gab, dass es einen „Fakultätsbeschluss“ gebe, „nach welchem mit der sogenannten Basisgruppe nicht diskutiert würde“; S. 2). Wenig später wurde dem Dekan Mitteilung gemacht, dass eine Gruppe von Studenten vor der Tür stehen würde. Dekan Prof. Harbauer verließ laut Protokoll den Raum. Er kehrte um 16.50 Uhr zurück, nachdem er den Studenten eine Unterbrechung der Sitzung angeboten hatte. Die Fakultät stimmte offiziell über eine Diskussion mit den Studenten ab, sie wurde mit 30:9 Stimmen akzeptiert (S. 4). Nach einigen weiteren Tagesordnungspunkten wurde ausführlich über die Frage Zulassungsbeschränkung diskutiert. Derzeit würden in Frankfurt

72 Als offizieller Studentenvertreter auf der Sitzung am 28.4.1970 wurde nur „Herr „Kiyek“ genannt.

120 [recte: 121, siehe S. 10, nach den Ausführungen auf S. 10 galt die Zahl für das WS 1970/71; Anmerkung U.B.] Human- und 17 Zahnmedizinstudenten aufgenommen (nach den Vorschlägen des Wissenschaftsrates wären insgesamt nur 100 aufzunehmen). Ein absoluter Engpass bestehe in der Klinik. Problematisch sei, dass nach einer „einstweiligen Verfügung“ des Verwaltungsgerichtes in Frankfurt im SS 1969 und im WS 1969/70 40 „Extra-Studenten“ (es bleibt unklar, ob diese Zahl insgesamt oder pro Semester galt) aufgenommen worden seien (S. 7). Diese hätten teilweise bereits das Vorphysikum abgelegt. In einem Musterprozess vor dem Verwaltungsgerichtshof in Kassel sei nun eine einstweilige Anordnung in dieser Angelegenheit als nicht zulässig bezeichnet worden. Diese Entscheidung habe in der Studentenschaft für „verständliche Unruhe“ wegen möglicher Zwangsexmatrikulation gesorgt (S. 7). Am 27.4.1970 habe eine kleine Kommission der Fakultät zur „Vermeidung von Härten“ getagt und einen Vergleichsvorschlag gemacht (die Protokollantin sollte nach Anweisung des Dekans den Bericht der Kommission abtippen, im Ordner o.481 war er nicht vorhanden).

Kurz vor Abschluss der Fakultätssitzung verlas der Dekan noch einmal das Schriftstück der „kleinen Kommission“ und ließ darüber abstimmen, ob ihn die Fakultät ermächtige, den Studenten diesen „Vergleich“ vorzutragen. Die Fakultät ermächtigte ihn. Die Sitzung wurde zur Diskussion mit den Studenten um 18.02 Uhr unterbrochen, sie wurde um 18.50 Uhr wieder eröffnet (S. 9). Im Protokoll ist nichts über die Diskussion vermerkt. Nach einem Bericht in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung hatten sich die Studenten aber von Dekan Harbauer „beruhigen“ lassen.⁷³

73 Laut FAZ vom 29.4.1970 (Universitätsarchiv Frankfurt, Signatur: 120.o.391; mein Dank für die Auffindung des Artikels gilt Herrn PD Dr. Ralf Forsbach, Siegburg) konnte Dekan Harbauer „gestern“ gerade noch verhindern (er sei den protestierenden ca. 70 Medizinstudenten in der Vorhalle des Dekanatsgebäudes entgegengetreten), dass Studenten

Der am 23.4.1970 von der Vollversammlung beschlossene „Warnstreik“ fand statt, wie ein Brief des (wenig souveränen) Prof. Antoni an den Dekan vom 6.5.1970 zeigt (Antoni hatte seine Vorlesung nach „Störung“ in den Kurssaal des Physiologischen Instituts verlegt; o.384).

„Störungen“ gab es auch in der Anatomie (vgl. den Brief von Prof. Starck an den Dekan vom 6.5.1970; o.384). Wie Starck berichtete, war am 6.5.1970 im Hörsaal Anatomie auch ein „Stinkkörper“ („Buttersäure“) geworfen worden.

Wie die Geschichte der von der Exmatrikulation bedrohten Studenten ausging, war aus den mir vorliegenden Unterlagen nicht zu ersehen.

Für das Sommersemester 1970 habe ich nur noch ein Schreiben von Manfred Möller, dem Sprecher der Fachschaft Medizin, an Dekan Harbauer vom 4.6.1970 (o.384) gefunden. Er teilte mit, dass sich die Fachschaft entschlossen habe, auf das „ihr im Moment zugestandene Stimmrecht“ (4 Stimmen) in der Fakultät zu verzichten. Man würde das Stimmrecht erst wahrnehmen, wenn „die Paritäten hergestellt sind, die im Hess. Universitätsgesetz für die Fachbereichskonferenz vorgesehen sind“.⁷⁴

die laufende Fakultätssitzung sprengten. Die Studenten hätten Unterstützung für ihre von der Exmatrikulierung bedrohten Kommilitonen gefordert. Harbauer sagte laut FAZ, dass die Fakultät mit ziemlicher Sicherheit eine Erklärung zur Unterstützung der Studenten beschließen werde, die „meinungsbildend“ sein könne. Die Studenten hätten darauf auf das „Go-in“ verzichtet und sich in einen Hörsaal zur Diskussion zurückgezogen.

74 Auf der Fakultätssitzung am 4.6.1970 (o.481) ging es u. a. um die Konstituierung des demnächst zu errichtenden „Fachbereichs“ Humanmedizin, der die alte Fakultät ablösen würde (S. 2). Über die Entwicklung informiert der Jahresbericht 1971 des Fachbereichs Humanmedizin und [des] Klinikums der Johann-Wolfgang-Goethe-Universität, S. 3f. Demnach wurden am 1.3.1971 die Mitglieder des vorläufigen Fachbereichs-

Damit zur eingangs gestellten Frage der historischen „Grenzziehung“. Eine eindeutige Lösung ergab sich nicht. Man kann zwar davon ausgehen, dass die Protestintensität auf der „Medizinerseite“ des Mains im WS 1969/70 und im SS 1970 abnahm, doch zu einer „Beruhigung“ im wahrsten Sinne des Wortes kam es nicht. Es muss also offen bleiben, ob man (zumindest) diese beiden Semester (eventuell

rates (FBR) durch den Hessischen Kultusminister gemäß § 38 (2) HUG bestellt. Die erste Sitzung des vorläufigen FBR fand am 29.4.1971 statt (Wahl des vorläufigen Dekans). Am 8.7.1971 fand die erste Sitzung der Fachbereichskonferenz statt (Wahl des Dekans, Bildung diverser Kommissionen, u. a. der Satzungskommission). Am 4.11.1971 wurde auf der 2. Sitzung der Fachbereichskonferenz eine Wahlordnung verabschiedet und es wurde der FBR gewählt. Die erste Sitzung des FBR fand am 18.11.1971 statt. Laut Jahresbericht ging die „durch unvermeidbare Kompetenzüberschneidungen nicht unproblematische Zusammenarbeit zwischen Fachbereichsrat und Vorstand des Universitätsklinikums [...] vermutlich deswegen reibungslos vonstatten, weil der Vorstand des Universitätsklinikums alle Angelegenheiten, die Zuständigkeiten des Fachbereiches betrafen, im Fachbereichsrat als Anträge einbrachte“ (S. 4). Auf den S. 4f. wurden im Übrigen die Zentren, ständigen Betriebseinheiten und Einrichtungen besonderer Rechtsnatur aufgezählt. Zurück zur Fakultätssitzung am 4.6.1970 (o.481): Kurz wurde unter TOP 8 das Stichwort Approbationsordnung abgehandelt (es sei vor drei Wochen eine überarbeitete Fassung vorgelegt worden, „heute“ fände in Bad Godesberg eine Sitzung dazu unter Beteiligung von Prof. Hövels statt, S. 9). Unter TOP 9 ging es noch einmal um Kapazitätsfragen. Das Gericht (in Kassel?) habe eine Überprüfung der Kapazitätsverordnung von „neutraler Seite“ vorgeschlagen. Prof. Greven berichtete noch, dass die Fachschaft nun eine neue Position einnehme. Früher habe man „immer darauf gedrungen, das Klinikum nicht weiter zu überfüllen, jetzt habe man eine 180-Grad-Wendung vollzogen“ (S.10). Student Strobel erläuterte dazu, dass er das Klinikum zwar für „ausgelastet“ halte, dass er es aber für „erweiterungsbedürftig“ (d.h. auch erweiterungsfähig) halte (S. 10). Die Fakultät beschloss, sich „nach an den vorliegenden juristischen Begebenheiten zu richten“ (S.11).

sogar noch weitere, von mir nicht untersuchte Semester)⁷⁵ zum „kleinen 68“ der Medizinstudenten hinzuzählt oder als „Nach-68-Phase“ definiert.

75 Dazu nur ein zufällig gefundener Beleg vom Januar 1972: Im Ordner o.384 fand sich ein Flugblatt der Fachschaft Medizin, mit dem zu einer Vollversammlung am 19.1.1972 eingeladen wurde. Neben einem Rechenschaftsbericht der Fachschaft (Sprecher: Michael Krawinkel) waren die „Abgaben im Präparierkurs“ und die Kündigung des Arbeitsverhältnisses des Assistenten Hans Mausbach Thema. Nur nebenbei: Bei der Fachschaftswahl zum WS 1970/71 wurden nach einem Schreiben der Fachschaft vom 27.11.1970 an Dekan Harbauer folgende 12 Vertreter gewählt: Stephan Strobel, Manfred Möller, Beate Reinhardt, Hans Ulrich Steinau, Michael Krawinkel, Dieter Zigel, Elke Weinel, Eberhard Zimmermann, Bernhard Nolte, Rolf Dieter Krebsler, Klaus Helmut Schradin und Gunther Fischer (o.384). Und ebenfalls nur nebenbei: Bei der AStA-Wahl Ende 1971 siegte nach einem Ausschnitt aus der Frankfurter Neuen Presse vom 20.12.1971 (o.384) bei den Medizinern der SHB, bei den Philosophen und „Geisteswissenschaften“ dominierten die „Roten Zellen“, bei den Natur-, Rechts- und Wirtschaftswissenschaften siegte das Aktionskomitee Demokratischer Studenten (ADS).

6. Schlusszusammenfassung

In der BRD und in Westberlin waren es im Jahr 1967 vor allem drei Komplexe, an denen sich studentische Proteste entzündeten: 1. Notstandsgesetzgebung, 2. Vietnamkrieg und 3. Bildungs- und Hochschulreform. Es war dann aber die Erschießung des Studenten Benno Ohnesorg durch einen Polizisten am 2. Juni 1967 in Berlin, die zu „68“ führte (denn anschließend wurde verstärkt gegen den Staat und die universitäre „Obrigkeit“ protestiert). Im Zusammenhang mit der 2. und 3. Lesung der Notstandsgesetze im Mai und im Juni 1968 erreichten die studentischen Proteste in der BRD und in Westberlin ihren Höhepunkt. Nach Ansicht der meisten Forscher endete das „große 68“ relativ bald nach diesen (letztlich vergeblichen) Protesten.

Etwas anders verlief die Entwicklung in Bezug auf die Medizinstudenten in Frankfurt am Main.

In den 60er Jahren waren die „politisch aktiven“ Medizinstudenten in Frankfurt höflich, sie waren auf Kooperation mit den Professoren aus. Auch von Anfang 1967 bis zum Beginn des Sommersemesters 1968 ging es den aktiven Studenten vor allem um „kleine Verbesserungen“ im Bereich des Medizinstudiums. Die Ereignisse auf der „anderen Mainseite“ wurden zur Kenntnis genommen (was sicher im Sinne einer „Politisierung“ wirkte). Doch die Einstellung der aktiven Studenten blieb pragmatisch. Tiefgreifende Differenzen zwischen ihnen und ihren Professoren waren nicht zu erkennen.

Nach den vorliegenden Quellen begann das „kleine 68“ der Medizinstudenten in Frankfurt im Sommersemester 1968 (also etwas später als das „große 68“ auf der anderen Mainseite). Zunächst ging es in den Diskussionen der Studenten untereinander und mit den Professoren um die Reform des Medizinstudiums, um die allgemeine Hochschulreform (Stichwort: Satzungsdiskussion)

und um Probleme im Bereich der Medizinalassistenten. Zum letztgenannten Thema war auf Bundesebene ein „Aktionstag“ für den 14.5.1968 angesetzt worden. Die Vertreter der Frankfurter Medizinstudenten beantragten für diesen Tag einen „Vorlesungsstreik“, der von der Fakultät auch genehmigt wurde. Es ist nicht klar, ob, und wenn ja, in welchem Ausmaß, dieser Aktionstag in Frankfurt durchgeführt wurde. Denn kurzfristig gab es eine andere Entwicklung. Verschiedene Studentenorganisationen bzw. -gruppen (VDS auf Bundesebene, Studentenparlament Frankfurt, Sozialdemokratischer Hochschulbund) hatten für den 15.5.1968, den ersten Tag der zweiten Lesung der Notstandsgesetze im Bundestag, zu einem Streik aufgerufen (der Rektor hatte die Durchführung der Vorlesungen ins Benehmen der jeweiligen Hörer gestellt). Dieser Streik fand nicht nur auf der „anderen“ Seite, sondern auch auf der „Medizinerseite“ des Mains statt (wobei er auf der „Medizinerseite“ relativ friedlich ablief).

In diesem Sommersemester 1968 entfaltete im Übrigen auch die Basisgruppe Medizin (ihr Gründungs- bzw. Entstehungsdatum, Wintersemester 1967/68 oder Sommersemester 1968, konnte im Zuge dieser Untersuchung nicht exakt geklärt werden) erste deutlich erkennbare Aktivitäten. Die Basisgruppe Medizin, ein Zusammenschluss (tendenziell) linker Studenten, wandte sich u. a. gegen die Notstandsgesetzgebung, man richtete aber auch einen Arbeitskreis Medizinsoziologie ein. In den beiden folgenden Semestern wurde die Basisgruppe zu einem gewissen Machtfaktor im Bereich der Medizinischen Fakultät (man stellte z. B. mehrere Fachschaftsvertreter).

Im Wintersemester 1968/69 fanden in Frankfurt relativ viele Vollversammlungen der Medizinstudenten statt. Reizthema war vor allem die Organisation des Medizinstudiums in Frankfurt. Massive Proteste (mit Streikdrohung) gab es gegen die Chirurgievorlesung von Prof. Geißendörfer (vor allem gegen die regelmäßigen Anwesenheitskontrollen). Durch die Vermittlung von Fakultätskollegen (dabei taten sich vor allem Dekan Prof. Knothe und der Professor

für Kinderheilkunde, Hövels, hervor), wurde ein (wenn auch fragiler) Kompromiss gefunden, so dass es nicht zu einem Streik kam. Probleme (zuwenig Plätze) gab es auch im Bereich des Chemiepraktikums für Erstsemester, das vom Chemischen Institut organisiert wurde. Diesbezüglich drohten die Erstsemester mit Streik.

In diesem Wintersemester 1968/69 war die Basisgruppe Medizin (laut einer Liste hatte sie zu dieser Zeit etwas mehr als 50 Mitglieder) in Fachschaft, Kommissionen und Vollversammlungen sehr aktiv, es wurden auch weitere Arbeitskreise gebildet (u. a. für Pharmazeutische Industrie im Spätkapitalismus und für Sexologie).

Das Sommersemester 1969 war der Höhepunkt des „kleinen 68“ der Medizinstudenten in Frankfurt. Zunächst ging es um „Binnenthemen“ wie die Biochemieprüfung und die Chirurgievorlesung. Doch rasch wurde klar, dass es in diesem Semester zahlreiche weitere Reizthemen für die Studenten gab: Prüfungen und Scheinkriterien generell, das geplante neue Ordnungsrecht der Universität, militärische Auftragsforschung und schließlich die geplante neue Approbationsordnung (verabschiedet am 28.10.1970, in Kraft getreten am 1.10.1972). Die Studenten wollten über diese Reizthemen „diskutieren“, und zwar „öffentlich“. Damit waren nicht nur öffentliche „Diskussionsveranstaltungen“ gemeint, auch Fakultäts- und Kommissionssitzungen sollten „öffentlich“ sein. In diesem Zusammenhang wurde am 8.5.1969 (in höflich-ruhiger Form) eine Sitzung der Fakultät gesprengt, die sich den studentischen Forderungen nicht beugen wollte.

Das Sommersemester 1969 war im Übrigen auch die „Hochzeit“ der Basisgruppe Medizin, die bei den Protesten „voranging“. Schon im Wintersemester 1969/70 gab es allerdings Auflösungserscheinungen. Ein kleiner Teil der Basisgruppe blieb aber auch im Jahr 1970 aktiv und widmete sich (in welchem Ausmaß ist unklar) der Betriebsgruppenarbeit.

Damit ist die schwierige Frage nach dem Ende des „kleinen 68“ der Medizinstudenten in Frankfurt aufgeworfen. Auf der Basis der untersuchten Quellen (die bis zum Ende des SS 1970 reichen),

kann keine exakte Grenze gezogen werden. Wenn man die Entwicklung im Wintersemester 1969/70 und im Sommersemester 1970 verfolgt, kann man – verglichen mit dem Sommersemester 1969 – eine gewisse Beruhigung konstatieren. Doch es ist festzuhalten, dass es zum Ende des Wintersemesters 1969/70 Proteste gegen diverse Klausuren gab (die Studenten forderten „anonyme“ Klausuren) und dass es im Sommersemester 1970 zu Protesten gegen drohende Zwangsexmatrikulierungen kam (mit kleinem „Go-in“ in eine Fakultätssitzung). Es bleibt also offen, ob man diese beiden Semester (eventuell sogar mit weiteren, noch zu untersuchenden Semestern) zum „kleinen 68“ zu rechnen hat, oder ob man sie zur „Nach-68-Phase“ zu zählen hat.

7. Anhang: Überblick über die mir vorliegenden Ausgaben der Zeitschrift Sectio

Sectio Nr. 2, [Dezember 1968], Ordner Hahn, 1 (eher doppelseitiges Flugblatt als Zeitschrift, es ging um Ereignisse vom Dezember 1968).

Sectio Nr. 3, [Dezember 1968], Ordner Hahn, 1 (Titelblatt mit selbst-gemaltem Schriftzug Sectio, darunter folgender Text: „herausgeber FACHSCHAFT MEDIZIN FRANKFURT MAIN redaktion nr. 3 BASISGRUPPE MEDIZIN FRANKFURT MAIN“; der Hauptteil bestand aus zwei Seiten; es ging um die Frage: „Warum fand die Wiederholung der Parlamentswahl [zwischen dem 16.12. und dem 18.12.1968] nicht statt?“).

Sectio [o. Nr:], [Januar 1969] Ordner Hahn, 1 (Titelblatt: Photo Student mit Pfeife und Student mit Zigarette).

Sectio [o. Nr], [Februar 1969], Ordner Hahn, 1 (Titelblatt: Photo Nackte Muse mit Jüngern des Hippokrates; diese Ausgabe entstand in Zusammenarbeit mit der Staatlichen Hochschule für Bildende Künste – Städel).

Sectio Nr. 2, 1970, Universitätsarchiv Frankfurt 120.o.396 (Titelblatt: Professor Maurer, München, mit Fliege und weißem Kittel).

8. Quellen

1. Archivquellen

o.384 = Ordner Studentenschaft (ca. 1966-1972).

Universitätsarchiv Frankfurt am Main, vorläufige Signatur o.384,
früher: Dekanatsarchiv Medizin, o.384.

o.391 = Ordner Protokolle bzw. Protokollentwürfe der Sitzungen
der Medizinischen Fakultät Frankfurt (2.11.1967-15.7.1969).

Universitätsarchiv Frankfurt am Main, vorläufige Signatur o.391,
früher: Dekanatsarchiv Medizin, o.391.

o.481 = Ordner Protokolle bzw. Protokollentwürfe der Sitzungen
der Medizinischen Fakultät Frankfurt (16.10.1969-4.6.1970).

Universitätsarchiv Frankfurt am Main, vorläufige Signatur o.481,
früher: Dekanatsarchiv Medizin, o.481.

o.939 = Ordner Studenten, Allgemeines (ca. 1963-1970)

Universitätsarchiv Frankfurt am Main, vorläufige Signatur o.939,
früher: Dekanatsarchiv Medizin, o.939.

Ordner Hahn = Ordner mit Materialsammlung von Dr. Kristian
Hahn aus der Zeit um 1968.

Senckenbergisches Institut für Geschichte und Ethik der Medi-
zin Frankfurt am Main (Kopien aus dem Originalordner, mit
ausdrücklicher Genehmigung des Besitzers).

In dem Ordner sind auch Dokumente mit Bezug auf Heidelberg
und andere Universitätsstädte gesammelt. Die Seiten sind nicht
paginiert. Um die Auffindung etwas zu erleichtern, wurde das
Material in sieben etwa gleich große Teile (diesfalls: Mappen)
aufgeteilt (die ersten drei Mappen betreffen Frankfurt). Ordner
Hahn, 1 heißt also übersetzt, dass sich die Quelle im ersten Sieb-
tel des Ordners befand.

2. Gedruckte Literatur

- Aly, Götz: *Unser Kampf. 1968 – ein irritierter Blick zurück*. Frankfurt am Main 2. Auflage 2008.
- Bauß, Gerhard: *Die Studentenbewegung der sechziger Jahre in der Bundesrepublik und Westberlin*. Köln 2. Auflage 1983.
- Brauer, Heinz-Peter und Stobrawa, Franz: *Approbationsordnung für Ärzte (ÄAppO). Bundesärzteordnung (BÄO). Mit Erläuterungen und praktischen Hinweisen*. Stand 1993. Köln 1994.
- Forsbach, Ralf: *Die 68er und die Medizin. Gesundheitspolitik und Patientenverhalten in der Bundesrepublik Deutschland (1968-2010)*. Göttingen (im Erscheinen).
- Frei, Norbert: *1968. Jugendrevolte und globaler Protest*. München 2008.
- Gilcher-Holtey, Ingrid: *Die 68er Bewegung. Deutschland – Westeuropa – USA*. München 4. Auflage 2008.
- Kraushaar, Wolfgang: *Achtundsechzig. Eine Bilanz*. Berlin 2008.

Hans-Jürgen Birkholz: 1968 und die Medizin in Frankfurt aus der Sicht des damaligen AStA-Vorsitzenden

Vorbemerkung

Der folgende Beitrag basiert auf einem Vortrag, den ich am 19.6.2010 im Senckenbergischen Institut für Geschichte und Ethik der Medizin in Frankfurt gehalten habe.

Biographisches

Mein Name ist Hans-Jürgen (mit Gedankenstrich, trotz häufiger Schreibweise in der Literatur ohne Bindestrich!) Birkholz. Ich wurde 1940 in Eisenach geboren. Während der Kriegsjahre war ich in Berlin (ich erinnere mich an zahlreiche Nächte im Luftschutzkeller). Das letzte Kriegsjahr verbrachte ich in Eisenach. Dort besuchte ich die Volksschule, wurde dann wegen reaktionärer Gesinnung und Nichtzugehörigkeit der Eltern zur Arbeiterklasse nicht zur Oberstufe zugelassen. Meine Mutter war Krankenschwester (u. a. hatte sie kurzzeitig Kaiser Wilhelm II. im holländischen Exil betreut). Mein Vater war in der Kriegsgefangenschaft gestorben, er war kaufmännischer Angestellter in einer Berliner Brauerei gewesen.

Nach einer Gärtnerlehre in Eisenach und nach Gehilfenjahren in Leuben (bei Riesa) und in Quedlinburg (dabei Umgang mit radioaktivem Material) erhielt ich keine „Delegierung“ für eine Gartenbaufachschule, denn ich war nicht bei den jungen Pionieren, nicht in der FDJ. Ich war konfirmiert, meine Mutter hatte mich und meine Brüder christlich (und kaisertreu) erzogen.



H.-J. Birkholz mit Megaphon am 29.4.1967 (Photo: H.-J. Birkholz).

1959 erfolgte der Übertritt in den Westen. In Schwäbisch Gmünd arbeitete ich als Gärtnergehilfe, dann als Metallarbeiter. Nach dem Besuch einer Gärtnerfachschule in Heidelberg (1962) wurde ich gärtnerischer Betriebsleiter. Ständig stieß ich im Westen auf Alt-nazis. Kurze Zeit arbeitete ich als Reviergärtner im Botanischen Garten in Göttingen (1963), besuchte dann die Berufsaufbauschule in Wertheim, machte die Mittlere Reife (1964), schließlich auf dem Hessenkolleg in Rüsselsheim das Abitur (1966).

1966 begann ich dann das Jurastudium an der Universität Frankfurt. In Frankfurt trat ich sofort in den SHB (Sozialdemokratischen Hochschulbund) ein. Dies lag für mich nahe, denn ich war seit 1963 Mitglied der SPD (vor allem wegen Willy Brandt). An der BRD störten mich damals der versteinerte, verkrustete Adenauer-Staat, Franz Josef Strauß (Spiegelaffäre), Hans Globke (Staatssekretär in der Adenauer-Regierung, Kommentator der Nürnberger

Rassengesetze in der NS-Zeit). Ich empfand den Vietnam-Krieg als amerikanische Aggression, die Notstandsgesetze als Angriff auf die Demokratie. Die Universitäten begannen sich zu überfüllen, die Mittel wurden knapp. Die Hochschulen erschienen mir reformbedürftig.

Zu meiner AStA-Tätigkeit in Frankfurt

1967 wurde ich zum AStA-Vorsitzenden gewählt. Mit ausschlaggebend für die Kandidatur waren die Ereignisse in Berlin nach der Erschießung von Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967.

Ich habe noch einen Artikel aus der FAZ vom 15.6.1967. Danach wurde ich in der Nachtsitzung des Studentenparlaments vom 13. (Dienstag) auf den 14. Juni (Mittwoch) gewählt. Mein Vorgänger Siegfried Peters hatte das Amt zum 15.7. aus privaten Gründen niedergelegt.

Nach einer Zeitungsnotiz (Quelle unklar) vom 15.6.1967 hatte ich (vor der Stupa-Sitzung) schriftlich einen Antrag gestellt, wonach das Sozialreferat des AStAs eine Liste von Frankfurter Ärzten erstellen sollte, die Verhütungsmittel an ledige Studentinnen ausgeben würden (siehe dazu unten). Diese Liste sollte in der Studentenzeitung Diskus veröffentlicht werden. Laut Zeitungsnotiz wurde über diesen Antrag in der Nachtsitzung aus Zeitmangel nicht entschieden. Auf dieser Sitzung wurde im Übrigen laut FAZ beschlossen, sich von Flugblättern der Berliner Kommune I zu distanzieren („Wann brennen in Berlin die Warenhäuser?“). SDS-Vertreter im Stupa hatten die Flugblätter als „legitime Form politischer Ironie“ verteidigt.

Ich glaubte damals (vgl. dazu die Veröffentlichung in: Der Spiegel fragte: Ist eine Revolution unvermeidlich? 42 Antworten auf eine Alternative von Hans Magnus Enzensberger. Herausgegeben vom Spiegel-Verlag Hamburg, Hamburg (ohne Jahr), S. 41f.) an die Reformfähigkeit der Demokratie. Ich glaubte aber auch, dass der



*H.-J. Birkholz mit Krawatte 1967 neben Prof. Wiethölter (am Mikrofon) und Kultusminister Schütte (mit verschränkten Armen)
(Photo: H.-J. Birkholz).*

Staat gegen Studenten und Gewerkschafter, die sich im Ringen um die Verfassungsänderungen zu einer Zusammenarbeit entschlossen hatten, „aufrüstete“ (z. B. durch Polizeitraining mit Handgranaten).

Ich habe aus der Zeit noch ein Foto, das ein studentisches Go-in zeigt. Es handelte sich um eine Vorlesung von Prof. Carlo Schmid [am 20.11.1967; Anmerkung U. Benzenhöfer]. Ich hielt damals dieses Go-in mit Vorlesungsstörung für unnötig. Mit Schmid konnte man „diskutieren“. Der SDS hatte sich damals radikalisiert, er wollte die Arbeiterschaft von der SPD lösen.

Was waren meine Aufgaben als AStA-Vorsitzender? Neben den bekannten „politischen“ Aufgaben hatte ich weitere arbeitsintensive Aufgaben, u. a. war ich verantwortlich für das Reisereferat (mit Millionenumsätzen) und war Mitglied des Aufsichtsrates der bundesweiten Studentenkrankenversicherung DSKV (die später wegen

der teuren Behandlung von psychischen Störungen von Studenten pleite ging).

„Mein“ AStA richtete damals eine Vorlesungsreihe zum Thema Kritische Universität ein. Rektor Rüegg (ein Soziologe) gestand für diese Reihe Hörsäle zu. Es sprachen zum Beispiel Hans Mayer und Max Horkheimer. Ich habe noch ein Foto, das zeigt, wie ich die Diskussion nach dem Vortrag von Horkheimer leite (genaues Datum nicht bekannt). Horkheimer war schwerhörig, ich musste deshalb die zum Teil sehr komplizierten Fragen aus dem Auditorium für ihn wiederholen.

Nach der Hetze der Bild-Zeitung gegen Studenten und nach den Auslieferungsblockaden vor der Societäts-Druckerei und dem Bahnhof in Frankfurt hat damals auch die Provinzpresse in unglaublicher Manier gegen die Studenten und gegen den SDS gehetzt (ich habe noch einen Zeitungsartikel aus der „Mainspitze“ vom 18.10.1967: „Entfernt weiße Chinesen!“).

Ich und viele andere Studenten hatten von der großen Koalition in Bonn (1966ff.) mit dem Außenminister Willy Brandt eine andere Außenpolitik erwartet. Brandt hatte sich nach der Verschleppung von Südkoreanern durch den koreanischen Geheimdienst aus Deutschland in dieser Zeit merkwürdig schweigsam verhalten. Als ich mit dem SDS-Vorsitzenden KD Wolff und mit einem Herrn Kreppel von der Humanistischen Studentenunion nach Bonn fuhr, um mit Willy Brandt über die Verschleppung des Frankfurter Studenten Chung zu sprechen, hat die Polizei uns im Außenministerium nicht einmal bis zum Pförtner vorgelassen, was auch mitgereiste Frankfurter Journalisten unverständlich fanden.

Ich möchte noch kurz etwas über meinen größten politischen Erfolg sagen. Als 1967 Berliner Studenten nach dem Schah-Besuch angeklagt wurden, ein ausländisches Staatsoberhaupt beleidigt zu haben, rief ich zur Selbstbezeichnung auf. Innerhalb kürzester Zeit wurden an deutschen Universitäten 50.000 Selbstbezeichnungen mit dem Inhalt gesammelt: „Auch ich habe gerufen, dass der Schah ein Mörder ist“. Die Verfahren wurden danach eingestellt.



H.-J. Birkholz (rechts) zusammen mit Hans-Jürgen Krahl (SDS Frankfurt) (Photo: H.-J. Birkholz, ohne Datum).

Zur weiteren Biographie

Ich war drei Semester lang (WS 67/68, SS 68 und WS 67/68) AStA-Vorsitzender. In dieser Zeit war ich auch stellvertretender Vorsitzender des Studentenwerkes. Das Arbeitspensum forderte seinen Tribut, ich schaffte den Abschluss als Jurist nicht. Ich sattelte um, legte 1974 die Erste, 1976 die Zweite Staatsprüfung für das Lehramt an Haupt- und Realschulen ab, erhielt aber keine feste Anstellung. Ich bewarb mich dann erfolgreich (1976) bei der Stadt Rüsselsheim als Abteilungsleiter für die Jugendfreizeiteinrichtungen. 1979 wurde ich stellvertretender Kulturamtsleiter. 1996 wurde ich in das Schulverwaltungsamt versetzt. 2001 bis 2005 war ich Sachbearbeiter im städtischen Umweltamt in Rüsselsheim. Ehrenamtlich engagierte ich mich nach 1968 u. a. in den Gewerkschaften GEW und verdi, in der SPD, im Bund Umwelt und Naturschutz (BUND), im Bezirksnatur-



H.-J. Birkholz mit Fliege als Gastredner bei einer schlagenden Verbindung (Photo: H.-J. Birkholz, ohne Datum).

schutzbeirat beim Regierungspräsidium in Darmstadt (davon sechs Jahre als Vorsitzender, Schwerpunkte: Großprojekte in Südhessen wie Flughafenerweiterung, Neubau von ICE-Strecken, Ansiedlung von Großmärkten etc.), als Vorsitzender des Rüsselsheimer Mietervereins und als Sprecher der Nauheimer Bürgerinitiative gegen den Flughafenausbau in Frankfurt.

Zur Medizinischen Fakultät und zu den Medizinstudenten 1967/68

Ich hatte im AStA die oben schon erwähnte Pillen-Initiative gestartet, die in den Bereich der Medizin hineinreichte. Dabei habe ich weder von der Fachschaft Medizin noch von Medizinprofessoren Unterstützung bekommen. Eine ungeplante Schwangerschaft war damals für Studentinnen ein riesiges Problem. Es gab weder eine

Krippe für Studentenkinder noch einen Studentenkindergarten. Meine Kommilitonen und ich fanden tatsächlich drei Ärzte, die bereit waren, ledigen Studentinnen die Pille zu verschreiben. Nur die AStA-Sekretärin kannte die Namen dieser Ärzte.

Zu den Vorgängen habe ich noch einen Artikel aus der FAZ vom 18.7.1967. Danach beschloss das Studentenparlament am Freitag, den 14.7.1967, dass der AStA „einzelne Studentinnen um Auskunft über Ärzte bitten [solle], die die Anti-Baby-Pille auch ledigen Frauen verschreiben“ (eine Veröffentlichung der Ärztenamen in der Zeitschrift Diskus war demnach nicht mehr vorgesehen). Laut FAZ-Artikel vom 18.7.1967 protestierte der Vorsitzende des Ärztekammer-Bezirks Frankfurt gegen diese Aktion.

Eine Bemerkung am Rande: Bei den großen Demonstrationen setzte die Frankfurter Polizei damals ihre Reiterstaffel ein. Ich erhielt eine Einladung von Prof. Alexander Mitscherlich. Anstelle von Mitscherlich empfing mich damals ein Mitarbeiter (der Name ist mir entfallen). Er nannte mir die Namen eines Präparates, das man auf Lappen träufeln sollte. Die an Stangen angebrachten Lappen würden die Pferde scheu machen. Ich verzichtete aber auf diese Art Notwehrmaßnahme, nachdem ich schon heftig angegriffen wurde, weil ich 500 Bauhelme für den AStA hatte kaufen lassen, um die studentischen Köpfe vor den Knüppeln (den so genannten Hackklötzchen) der Polizei zu schützen. Die Frankfurter Polizei hat sich zu dieser Zeit übrigens neue starke Wasserwerfer angeschafft, sie brauchte dann keine Pferde mehr.

Damit zu meinem Hauptthema: Wie oft sich Medizinstudenten an Demos, Teach-ins etc. auf der Seite der Hauptuniversität beteiligt haben, kann ich nicht sagen. Es gab damals nach meinen Informationen ca. 17.000 Studenten in Frankfurt, eine Zuordnung von Demonstrationsteilnehmern zu einzelnen Fakultäten ist in der Regel nicht möglich gewesen.

Offensichtlich war ich damals aber mit der Beteiligung der Medizinstudenten an den Protestaktionen auf dem Campus der Hauptuniversität nicht zufrieden. Ich schickte seinerzeit (Zeitpunkt

unklar) meinen Hochschulreferenten Veit Feger, einen schwäbischen Philosophiestudenten, zur Mobilisierung der Medizinischen Fakultät los.

Feger schrieb mir am 17.6.2010 per E-Mail dazu Folgendes: „Ich sollte zu den Klinik-Hörsälen gehen und direkt in diesen Hörsälen für die Veranstaltung am gleichen Tag auf dem ‚Campus‘ werben. – Mein Auftritt wurde ein Fiasko. Als ich kurz vor Beginn einer Vorlesung in einem Hörsaal mein Anliegen vortragen wollte, wurde ich von den Studenten ausgebuht. Es war irre: Der Gynäkologe Prof. Dr. Käser, ein Schweizer (was vielleicht einiges erklärt), sagte nach diesem Akt der Ablehnung zu den Studenten, er bitte, mir kurz Gehör zu schenken, er werde gern von seiner Vorlesungszeit einige Minuten abgeben. Unwillig hörten sich daraufhin die Medizin-Studenten meine allenfalls drei, vier Minuten dauernde Bitte an, zu einer studentischen Veranstaltung ins Uni-Hauptgebäude zu kommen. Der Professor war unvergleichlich liberaler als seine Studenten“.

Weitere einschlägige Veröffentlichungen des Verlags:

Udo Benzenhöfer

**Zur Genese des Gesetzes
zur Verhütung erbkranken
Nachwuchses**

1. Auflage 2006, 143 Seiten
ISBN 978-3-932577-95-6

Udo Benzenhöfer (Hg.)

**Mengele, Hirt, Holfelder,
Berner, von Verschuer, Kranz:
Frankfurter Universitäts-
mediziner der NS-Zeit**

1. Auflage, 2010, 96 Seiten
ISBN 978-3-932577-97-0

Udo Benzenhöfer

**Der Fall Leipzig (alias
Fall „Kind Knauer“)
und die Planung der
NS-„Kindereuthanasie“**

1. Auflage 2008, 151 Seiten
ISBN 978-3-932577-98-7

Udo Benzenhöfer, Monika Birkenfeld

**Opposition in der NS-Zeit:
Der Fall des Frankfurter
Medizinstudenten Arnd
von Wedekind (1919-1943)**

1. Auflage, 2010, 68 Seiten
ISBN 978-3-86281-009-3

Dietmar Schulze

**Untersuchungen zum
Frankfurter Teilnachlass
des Rassenhygienikers
Prof. Dr. Otmar Freiherr
von Verschuer**

1. Auflage 2008, 69 Seiten
ISBN 978-3-932577-92-5